

Asyl: Wieder keine Rückführung S. 2



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 27 – 5. Juli 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Spurwechsel« gegen alle Vernunft
Zögern bei der Rückführung von Asylsuchern 2

Deutschland

»Einen Donnerstag der Demokratie«
Neue Ideen für den »Kampf gegen rechts« 3

Hintergrund

Trotz Sanktionen schlagkräftig
Irans Wehrkraft gilt als die dreizehntstärkste der Welt 4

Preußen / Berlin

Zweifel an Elektrobussen wachsen
Die Kosten sind immens, die Reichweite ist kläglich 5

Ausland

Türkische Nachspielzeit
Nach der Bürgermeisterwahl in Istanbul 6

Kultur

Turm der Entrüstung
Der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche 9

Geschichte

Burg Rheinfels bleibt Staatseigentum
Entscheidung in Koblenz 10



„Kriegerische Handlung“: Carola Rackete nach ihrer Festnahme auf Lampedusa

Bild: action press

Weder Recht noch Moral

Die Aktionen der »Seenotretter« im Mittelmeer entlarven deren Heuchelei

Das Eindringen der „Sea-Watch 3“ in Lampedusa stürzt die deutsch-italienischen Beziehungen in die Krise. Und mehr als das.

Die Berliner Reaktion auf die Verhaftung der „Kapitänin“ des Schlepperschiffes „Sea-Watch 3“, Carola Rackete, durch die italienischen Behörden war nahezu einhellig. „Wer Menschenleben rettet, kann nicht Verbrecher sein“, lobt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Aktion von Rackete. Außenminister Heiko Maas (SPD) fordert, „Seenotrettung“ dürfe nicht „kriminalisiert“ werden, und Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) „erwartet“, dass die EU die „sofortige Freilassung“ Racketes „einfordert“.

Die „Sea-Watch 3“ hatte am 12. Juni 53 Asylsucher vor der Libyschen Küste aufgenommen, die von Schleppern auf See gebracht

worden waren, wo sie – mutmaßlich „nach Plan“ – in Seenot gerieten. Die Besatzung weigerte sich, näher gelegene, etwa tunesische Häfen anzulaufen, um die Schiffbrüchigen an Land zu bringen, wie es das Seerecht vorsieht. Staatdessen wollte man unbedingt die Einreise nach Italien erzwingen.

Abgesehen von Härtefällen lehnte Rom dies jedoch ab. Schließlich drang die „Sea-Watch 3“ gewaltsam in den Hafen von Lampedusa ein. Ein italienisches Patrouillenboot wurde nach Angaben von dessen Kommandant bei dem Manöver beinahe von den 600 Tonnen des Schlepperschiffs „zerquetscht“. Italiens Innenminister Matteo Salvini spricht von einer „kriegerischen Handlung“.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte Eilanträge der Berliner „Sea-Watch“-Organisation zur Erzwingung der Aufnahme von Asylsuchern in Italien bereits abgelehnt. Es handelt sich beim gewaltsamen Einbruch in einen italienischen Hafen also eindeutig um Rechtsbruch.

Höchste deutsche Politiker aber schert das nicht, sie haben ihre angeblichen „Werte“ über das Gesetz gestellt. Das bedeutet in Wahrheit: Ihnen geht Ideologie vor Recht.

Selbst das Argument der Humanität ist fadenscheinig. Erst durch rigidere Grenzkontrollen am und im Mittelmeer konnte die Zahl der bei der Überfahrt ertrunkenen Asylsucher von fast 4600 (2016) auf 341 im ersten Halbjahr 2019

verringert werden. Grund: Viel weniger Menschen wagten sich auf die gefährliche Seefahrt, weil die Aussicht schwand, in die EU hineinzugelangen. Die Aussicht auf Einschleusung durch sogenannte „Rettungsschiffe“ dagegen wirkt wie ein Lockmittel, das zigtausende Afrikaner erst zum Losfahren gen Europa verleitet.

So können „Sea-Watch“ und seine Unterstützer weder das Recht noch eine verantwortungsbewusste Moral für sich verbuchen. Das eine verachten sie, die andere verfehlen sie in der Wirklichkeit.

Schließlich ist die spalterische Wirkung auf die EU nicht zu unterschätzen, wenn sich Berlin gegen die Souveränität eines EU-Partners auf die Seite von Rechtsbrechern mit zweifelhafter Moral stellt. Das dürfte sich für Deutschland rächen.

Hans Heckel

Die »Retter« verleiten viele Afrikaner erst zum Losfahren

Trump ist in den USA beliebter als Obama

Die Zustimmung zum aktuellen Präsidenten erklimmt nach Umfragen mit über 50 Prozent neue Rekordstände

Donald Trump hat in Orlando im Bundesstaat Florida seine Kandidatur für eine zweite Präsidentschaft bekannt gegeben. Kaum jemand zweifelt an einem erneuten Wahlsieg. Bei den US-Amerikanern ist mit der US-Präsident, der vor zweieinhalb Jahren angetreten ist, Amerika wieder groß zu machen, so beliebt wie kaum ein Präsident zuvor.

Die Zustimmung zu Donald Trump erklimmt nach Umfragen mit über 50 Prozent neue Rekordstände. Was vor Kurzem noch als undenkbar galt, ist Realität geworden. Die Mehrheit der US-Amerikaner halten Trump sogar für einen besseren Präsidenten als Barack Obama.

Weder die diversen Personalkapriolen innerhalb der Regierung noch die Debatte über eine Mauer zu Mexiko, Trumps Handelskrieg mit China, die Ermittlungen zur sogenannten Russland-Affäre oder der härtere Kurs gegenüber dem Iran haben auf Trumps Beliebtheitswerte einen nachhaltigen Einfluss gehabt. Das unterstützt die These von einer relativ stabilen Sympathiebasis, auf die sich Trump verlassen kann. Seine total neue Nordkorea- und Nahostpolitik, die nach einem jahrzehntealten Stillstand in diesen internationalen Konflikten neuen Wind hineingebracht hatten, veranlassten manchmal sogar seine Gegner zu Respekt.

Immer mehr US-Amerikaner sehen in Trumps Politik große Chancen für ihr Land. Die Arbeitslosigkeit war in Generationen noch nie so niedrig wie jetzt unter ihm, die Börsenkurse noch nie so hoch. Laut einer Studie der Quinnipiac-

University sind sieben von zehn US-Amerikanern der Meinung, die US-Wirtschaft laufe „gut“ oder „ausgezeichnet“.

Dabei hatten gerade Ökonomen in seinen umstrittenen Wirtschaftsreformen, in seinen Steuersenkungen und seinen Zöllen auf chinesische Waren große Gefahren gesehen.

In Deutschlands Großer Koalition hat es mehr als zwei Jahre gedauert, bis man auch positive Aspekte in Trumps Politik gesehen hat. Als erste hatte die CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer das Tabu gebrochen. Die Kanzlerin weigert sich bis heute, solche positiven Aspekte zu erkennen, im Gegensatz zu EU-Ländern wie Polen und Frankreich, die Trump in manchen seiner Aktionen recht geben.

Seine Wiederwahl 2020 kann im Grund nur einer verhindern – das ist er selber

Universität sind sieben von zehn US-Amerikanern der Meinung, die US-Wirtschaft laufe „gut“ oder „ausgezeichnet“. Dabei hatten gerade Ökonomen in seinen umstrittenen Wirtschaftsreformen, in seinen Steuersenkungen und seinen Zöllen auf chinesische Waren große Gefahren gesehen.

Die Chinesen wurden von Trumps „America first“-Politik kalt erwischt und glaubten zunächst nicht an das, was er angekündigt hatte. Mit der Zeit aber haben sie erkannt, dass mit einem Mann, der zu seinem Wort steht, nicht zu spaßen ist. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ging das Wirtschaftswachstum in China zurück. Die Grünen müssten doch jetzt eigentlich jubeln, mitnichten. Die Grünen sind ebenso wenig wie die Bundesregierung bereit, sich einzugestehen, dass Trumps Politik Erfolg hat, weil sie die eingetretenen Bahnen und Pfade verlassen hat.

In den USA hat man erkannt, dass eine ganz andere Politik, die

zuerst das eigene Land und den Erfolg dort im Blick hat, auch die beste Politik für den Rest der Welt sein kann. Ein Land kann ja auch nur dem Rest der Welt helfen, wenn es ihm selbst gut geht.

Trump kommt bei seiner Kandidatur auch die Zerstrittenheit der Demokratischen Opposition zugute, die sich in den 20 Bewerbern dieser Partei für die Präsidentschaft ausdrückt. Die beiden aussichtreichsten dieser Bewerber stehen kurz vor ihrem 80. Lebensjahr. Dagegen ist und wirkt der 73-jährige Trump mit seiner neuen Politik geradezu jung. Seine Wiederwahl 2020 kann im Grund nur einer verhindern – das ist er selber.

Bodo Bost

MELDUNGEN

Register für Implantate

Berlin – Da in der Vergangenheit Patienten immer wieder Implantate mindererer Qualität operativ eingesetzt wurden, begrüßen Gesundheitsexperten die geplante Einrichtung eines bundesweiten Implantateregisters. Die Bundesärztekammer mahnte allerdings an, dass eine angemessene Balance zwischen dem Datenschutz und den Zielstellungen des Registers gewährleistet sein müsse. Auch müsse die Verantwortung für die Registrierung beim Hersteller der Implantate und nicht bei den Gesundheitseinrichtungen liegen. Der Medizintechnologieverband BVMed fordert, dass nicht nur Auffälligkeiten „beim Implantateversagen“, sondern auch die Operationsergebnisse ausgewertet werden müssten. Ungeklärt ist, wer die Kosten für das Register tragen soll. *MRK*

Medizin mit Batteriebetrieb

Houston – Forscher einer Studie des Houston Methodist haben ein Implantat entwickelt, das die Tabletteneinnahme für Patienten mit chronischen Krankheiten wie Arthritis, Diabetes oder Herzleiden überflüssig macht. Das traubengroße, batteriebetriebene Implantat enthält einen Mikrochip, der über Bluetooth ferngesteuert wird. Es verabreicht kontinuierlich vorher festgelegte Medikamentendosierungen. Die Patienten könnten bis zu einem Jahr ohne Nachfüllung auskommen. Was in Experimenten bereits gelungen ist, soll 2020 auf der Internationalen Raumstation getestet werden. Wenn das Implantat serienreif wird, profitieren medikamentenpflichtige Patienten, da sie keine Tabletteneinnahme mehr versäumen. Vorteile bietet das Implantat auch, weil Medikamente gegen chronische Krankheiten in den Nachtstunden am besten wirken. Die Patienten können beruhigt durchschlafen, da die Medikamentengabe automatisch erfolgt. *MRK*

Dürreschäden

Regierung plant Ausfall-Versicherung

Die Bundesregierung führt derzeit Gespräche mit der Versicherungswirtschaft über die Absicherung von Verdienstaufällen wegen Niedrigwassers. Die Trockenheit im vergangenen Sommer hatte das Transportgewerbe auf den Flüssen Rhein und Elbe geschädigt. Weil Erdöl über den Rhein transportiert wird,



Niedrigwasser noch im Herbst: Die Elbe bei Dresden

wurde an einigen Tankstellen im Rheinland Diesel knapp, in der Schweiz stieg der Benzinpreis, weil das Land auf dem Wasserweg über den Rhein mit Erdöl versorgt wird. Auch für die Freizeit- und Fahrgastschiffahrt stellt Niedrigwasser eine Bedrohung dar, da die Anbieter bei Wassermangel

Nach Angaben des Konfliktforschungsinstituts der Universität Oslo war das Jahr 2018 in Syrien und im Irak das Jahr mit den wenigsten Kriegstoten seit 2011. Erste Nachbarländer wie der Libanon haben daher mit Rückführungen von Flüchtlingen begonnen. Auch die deutsche Innenministerkonferenz beschäftigte sich erstmals mit Abschiebungen nach Syrien.

Einzelne Bundesländer, vor allem Bayern, drängen darauf, angesichts der hohen Straffälligkeitsraten unter syrischen und irakischen Asylsuchern ähnlich wie zuvor im Falle Afghanistan den Abschiebestopp in diese Länder aufzuheben. Sie fordern die Bundesregierung auf, die Bewertung der Sicherheitslage kontinuierlich fortzuschreiben, um bei einer Entspannung zunächst schwere Straftäter und Gefährder zurückzuführen.

In weiten Teilen Syriens und im Irak besteht keine Gefahr mehr für Leib und Leben von Menschen, weil die Bürgerkriege dort vorüber sind. Vor allem das Auswärtige Amt von Heiko Maas hält weiter an seiner Analyse aus dem November 2018 fest, nach der in keinem Teil Syriens ein „umfassender, langfristiger und verlässlicher interner Schutz für verfolgte Personen“ besteht. Dabei erlebt gerade der kurdisch beherrschte Nordosten Syriens, immerhin ein Drittel des Landes, nach der Niederringung des Islamischen Staates (IS) einen landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Aufschwung, wie es ihn in dieser Region auch unter Baschar al-Assad vor 2011 noch nie gegeben hatte.

In vielen Teilen Syriens und des Iraks hat der Wiederaufbau begonnen, da werden junge Leute und Flüchtlinge gebraucht. Der syrische Machthaber Assad hatte bereits im Juli 2018 seine geflüchteten Landsleute erstmals offiziell aufgerufen heimzukehren und die internationale Gemeinschaft aufgefordert, dieses Anliegen zu unterstützen.

in der Saison existenzsichernde Einnahmen entgehen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium Enak Ferlemann (CSU) sieht darüber hinaus den Zustand der Infrastruktur und der Personalausstattung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung mit Sorge. Nach Stellenreduzierungen in den vergan-

genen Jahren stockte die derzeitige Koalition das Personal zwar wieder auf, aber es fehlen Wasserbauingenieure. Von 500 Planstellen sei nur etwa ein Drittel besetzt. Viele Schleusen auf deutschen Wasserwegen müssten dringend saniert werden, da sie bis zu 120 Jahre alt sind. *MRK*

Syrien und Irak gelten inzwischen als sicher – Doch Deutschland zögert mit Rückführung von Asylsuchern

Auch der irakische Außenminister Mohammed Ali al-Hakim hatte 2018 seine Landsleute öffentlich aufgefordert, in die Heimat zurückzukehren, weil die Sicherheitslage „exzellent und stabil“ sei. Aber von deutscher Seite will man den Wiederaufbau Syriens und des Irak lieber mit Geld als mit Rückkehrern unterstützen, trotz der gegenteiligen histori-

ziellen Förderung nach Syrien zurückgekehrt. Auch die Kirchen, Wirtschaftsverbände und Medien haben bisher den Eindruck erweckt, dass die etwa 800 000 „Flüchtlinge“ aus Syrien und dem Irak dauerhaft im Land bleiben können.

In ihrer Neujahrsansprache 2016 betonte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass es wichtig sei, wenn Flüchtlinge „bei uns Tritt fas-



Leert sich allmählich: Die Menschen im UNHCR-Flüchtlingscamp Debaga im Irak trauen sich, in ihre Heimat zurückzukehren

schen Erfahrung von nach 1945 im eigenen Land, als gerade Flüchtlinge zum Wirtschaftswunder beitrugen.

Nach einer OECD-Umfrage im März 2017 wollen 85 Prozent der „Flüchtlinge“ aus arabischen und muslimischen Ländern langfristig in Deutschland bleiben. Freiwillig sind von den nach Deutschland „geflüchteten“ Syrern 2017 nur 199 Menschen mit einer finan-

sen und sich integrieren“, obwohl sie weiß, dass das Asylrecht nach der Genfer Konvention ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht ist, das nur solange gilt, wie Krieg und Verfolgung fortbestehen. Aufgrund solcher Bekundungen haben sich auch danach noch, als die Konflikte bereits am Abklingen waren, Hundertausende von Syrern und Irakern auf den Weg nach Deutschland gemacht.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist verpflichtet, bei jedem „Flüchtling“ spätestens nach drei Jahren zu prüfen, ob die Schutzgründe noch bestehen. Sind sie entfallen, muss die Behörde die Aufenthaltstitel widerrufen. Das steht auf jedem positiven Asylbescheid. Widerrufsprüfungen hat das BAMF bisher jedoch kaum durchgeführt, weil die Behörde



weiterhin mit unerledigten Asylverfahren und der Nachprüfung falscher Asylbescheide überlastet ist.

In der öffentlichen Wahrnehmung herrscht der Eindruck, dass sich Zuwanderung und Integration nur auf zwei Ebenen abspielen. Abgelehnte Asylsucher sollen in ihr Herkunftsland zurückkehren, und Anerkannte dürfen auf unbestimmte Zeit bleiben. Die dritte Ebene, die Rückkehr in die Heimatländer

Bundesregierung ändern. Deshalb hat sie über das bisher geltende Recht hinaus die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ geschaffen. Damit sollen Asylsucher, auch nach Wegfall ihres Schutzstatus oder auch nach Ablehnung ihres Asylantrages, als Einwanderer im Sinne der betriebs- wie volkswirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Land bleiben dürfen.

Bodo Bost

Ziel von Millionen: Deutschland

Neue UN-Flüchtlingsstatistik – Bundesrepublik ist begehrtes Ziel für Immigranten

Deutschland ist nach der neuesten UN-Flüchtlingsstatistik mit mehr als einer Million „Flüchtlingen“ das westliche Land, in dem die meisten anerkannten Flüchtlinge leben. Es belegt Platz fünf weltweit, die USA belegen Platz 22. Japan, China, aber auch Saudi-Arabien, alles Länder unter den ersten Zehn der Wirtschaftskraft, kommen dagegen gar nicht vor.

Die Zahl der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, ist im vergangenen Jahr erneut gestiegen und hat sich in den vergangenen 20 Jahren sogar verdoppelt. Das geht aus dem jährlich kurz vor dem Weltflüchtlingstag, dem 20. Juni, veröffentlichten Bericht des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) hervor.

Aktuell sind demnach fast 71 Millionen Menschen auf der Flucht. Das sind 2,3 Millionen mehr als noch im Jahr zuvor. Verantwortlich dafür ist vor allem Venezuela, das mittlerweile rund vier Millionen Menschen verlassen haben, die meisten allerdings in Richtung Nachbarländer. Insgesamt gab es in Deutschland zum Jahreswechsel 1,06 Millionen anerkannte „Flüchtlinge“. Genau die Hälfte, 532 100, waren aus Syrien, gefolgt vom Irak

(136 500), Afghanistan (126 000), Eritrea (55 300), dem Iran (41 200), der Türkei (24 000), Somalia (23 600), Serbien und dem Kosovo (9 200), Russland (8 100), Pakistan (7 500) sowie Nigeria (6 400).

Auch bei den neuen Asylanträgen 2018 liegt Deutschland mit 165 000 immer noch auf dem dritten Platz, hinter den USA mit 250 000 Anträgen und Peru, das sich als Lieblingsland für die flüchtenden Venezolaner entpuppte. Nach Ländern wie Japan oder China sowie den superreichen arabischen Ländern, die an vielen der akuten Konflikte in der arabischen Welt schuld sind, sucht man unter den Aufnahmeländern der Flüchtlingsmassen vergeblich.

Die 71 Millionen Flüchtlinge sind knapp ein Prozent der Weltbevölkerung. Weniger als die Hälfte, nämlich 25,9 Millionen Flüchtlinge, haben ihr Land verlassen. Darin enthalten sind 5,5 Millionen palästinensische Flüchtlinge unter dem Mandat von UNRWA, die, ein Unikum, ihren Flüchtlingsstatus vererben können, weil sie als politisches Druckmittel auch von den Ver-

einten Nationen noch gebraucht werden. Von den palästinensischen Flüchtlingen, die ihre Heimat im heutigen Israel verloren haben, leben nur noch etwa 10 000 in Lagern.

Die größte Zahl der neuen Flüchtlinge kam im Jahr 2018 aus Venezuela, deren Zahl nach UNHCR-Angaben auf 350 000 explodiert ist. Das sind mehr als dreimal so viele wie im Jahr davor. Venezolaner machten damit ein Fünftel aller neuen Anträge weltweit aus, und sie waren mit Abstand die größte Asylsuchergruppe, gefolgt von Afghanen und Syrern.

Knapp 600 000 Flüchtlinge kehrten im letzten Jahr in ihre Heimat zurück, 62 000 wurden Staatsbürger des Landes, in dem sie Schutz gefunden hatten, die meisten davon wiederum in Deutschland.

Mehr Immigranten als in Deutschland leben demnach nur in der Türkei mit 3,5 Millionen, Pakistan, Uganda und dem Sudan. Deutschland ist damit das einzige westliche Industrieland unter den zehn ersten Aufnahmeländern. Hinter Deutschland kommen der Iran, der Libanon, Bangladesch, Äthiopien, Jorda-

nien und Kolumbien. Deutschland ist darüber hinaus das Nicht-Nachbarland zu einem Konfliktgebiet, das die meisten Asylsucher aufgenommen hat.

Auf Rang 15 folgt mit Frankreich das nächste Industrieland, das kein Nachbarland eines Konfliktes ist. Die klassischen Auswandererländer, die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada oder Australien, die von Immigration abhängig sind, fungieren bei Flüchtlingen unter ferner liefen, die suchen sich ihre Neubürger lieber nach den selbstgegebenen Kriterien aus. Kein Wunder, dass der UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi Deutschland als Modell propagierte, aber davon werden sich die Einwanderungsländer nicht beeindrucken lassen.

Neben den Flüchtlingen gibt es die Armutsflüchtlinge, die vom UN-Büro für Migration (IOM) 2017 auf 258 Millionen weltweit geschätzt werden. Wie viele davon in Deutschland gelandet sind, gibt die Statistik nicht her, eigentlich müssten das auch eine Million sein, denn alle abgelehnten Asylsucher, die kein politisches Motiv für ihre Emigration hatten, etwa die Hälfte aller Antragsteller, sind per se Armutsflüchtlinge. *B.B.*

»Einen Donnerstag der Demokratie«

Wie Politiker der etablierten Parteien den »Kampf gegen Rechts« verstärken wollen

Der in Neonazikreisen verkehrende Stephan E. hat mittlerweile sein Geständnis widerrufen, den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke getötet zu haben. Laut Verdacht war er ein Einzeltäter. Dennoch tobt in Deutschland nunmehr eine Debatte über den »Kampf gegen Rechts.«

Laut Beobachtern seien die Parallelen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) unverkennbar. Der Verfassungsschutz hatte Stephan E. nach eigener Aussage zwar auf dem Schirm, ihn aber in den letzten Jahren eher aus den Augen verloren.

Und so ergriff Behördenchef Thomas Haldenwang die Flucht nach vorne. Vor dem Innenausschuss des Bundestags sprach er von einer „in jüngerer Zeit wachsenden Gewaltbereitschaft“ der rechten Szene. Seine Behörde gehe von momentan 12 700 gewaltbereiten Rechtsextremisten aus, sagte der Verfassungsschutzpräsident weiter. Es sei nahezu unmöglich, diese alle rund um die Uhr im Blick zu behalten.

Obwohl es derzeit nach einer Einzeltäterschaft aussieht, haben Politiker aller etablierten Parteien die Tat zum Anlass genommen, zum Kampf gegen Rechts aufzurufen. Außenminister Heiko Maas forderte die Bürger auf, sich an Protesten gegen Rechtsextremisten zu beteiligen: „Zeigen wir, dass wir mehr sind als die Rechtsradikalen, die Antisemiten, die Spalter. So wie die ‚unteilbar‘-Demonstranten in Berlin und an vielen anderen Orten.“ Maas rief dazu auf, sich an den Klimaprotesten zu orientieren: „Vielleicht braucht unser Land nicht nur die ‚Fridays for Future‘, die so viel in Bewegung gebracht haben. Sondern auch einen Donnerstag der Demokratie“, so Maas. Er forderte: „Kein Millimeter mehr den Feinden der Freiheit! Demokratie muss wehrhaft sein. Wehren wir den Anfängen – gemeinsam, jeden Tag und überall“, erklärte der Außenminister.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) meldete sich ebenfalls zu

Wort und kündigte eine härtere Bekämpfung von gewaltbereiten Neonazis an. Diese müssten „in den Anfängen bekämpft werden und ohne jedes Tabu“, sagte Merkel. „Deshalb ist der Staat hier auf allen Ebenen gefordert, und die Bundesregierung nimmt das sehr, sehr ernst.“ Zum Kasseler Mordfall sagte Merkel, das sei „nicht nur eine furchtbare Tat, sondern für uns auch eine große Aufforderung, auf allen Ebenen noch einmal zu schauen, wo es rechtsextreme Ten-

tionierte sich ausgerechnet SPD-Linksaußen Ralf Stegner. „Die Rechtsradikalen wollen unsere Grundrechte aushöhlen und streben ein System an, in dem es solche Grundrechte gar nicht geben würde“, erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende: „Unser demokratischer Rechtsstaat unterscheidet sich von solchen Systemen grundsätzlich auch dadurch, dass diese Grundrechte für alle gelten.“ Statt Einzelnen die Grundrechte zu entziehen, müssten die

nicht jeden rund um die Uhr im Blick haben. „Das sind Leute, die sich möglicherweise heute regelkonform verhalten – und morgen begehen sie eine Straftat. Man kann den Leuten nicht hinter die Stirn schauen.“ Eine Rundum-Überwachung sei unmöglich – und führe außerdem zu einem „Staat, den niemand von uns haben möchte“.

Sicherheitspolitiker aus der Union, offenbar bemüht, Druck von Innenminister Horst Seehofer zu

wurf, seine Partei habe nicht genug Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ergriffen. Schuster erklärte, dass die CDU seit den NSU-Morden in keinem anderen Arbeitsbereich der Sicherheitsbehörden so viele Reformen umgesetzt habe wie im Kampf gegen Rechts-Extremismus. Allerdings müsse man sich jetzt fragen, warum die bisherigen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus eventuell nicht gewirkt haben. „Dass wir nichts getan hätten, also das wäre ein kras-



Schwebt Heiko Maas am Donnerstag und für die Demokratie vor: „Fridays for Future“-Demonstration

Bild: Tobias Möritz

denzen oder Verwebungen gibt“. Bundesinnenminister Horst Seehofer hat unterdessen angekündigt, er wolle prüfen, Demokratiefinden Grundrechte zu entziehen. „Wir sind das Verfassungsressort. Wir werden die Möglichkeiten ernsthaft prüfen“, erklärte er. Der frühere CDU-Generalsekretär Peter Tauber hatte dies vorgeschlagen. Artikel 18 des Grundgesetzes biete dazu das passende Instrument.

Dieser Vorstoß stieß aber auf breite Kritik. Am deutlichsten posi-

rechten Demokratiefinde mit allen friedlichen Mitteln bekämpft und geächtet werden.

Der frühere Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen hat unterdessen Vorwürfe zurückgewiesen, seine Behörde habe die rechte Szene nicht genug im Blick gehabt. Ein Attentat durch einen gewaltbereiten Rechtsextremisten habe man schließlich immer für möglich gehalten. „Wir haben nichts verschlafen“, sagt Maaßen. Bei zirka 25 000 gewaltbereiten Rechtsextremisten könne man

nehmen, plädierten dagegen für strengere Gesetze. CDU und CSU stellen seit 2005 den Bundesinnenminister. Der Staat müsse extremistische Organisationen auch in digitalen Medien beobachten, sagte Fraktionsvize Thorsten Frei. Daher sollten aus seiner Sicht das Bundesverfassungsschutzgesetz sowie das Bundespolizeigesetz geändert werden. Sicherheitsbehörden bräuchten Instrumentarien, um ihre Arbeit gut erledigen zu können.

Der CDU-Innenexperte Armin Schuster widersprach dem Vor-

ses Fehltrail“, meint Schuster.

Offenbar aus Furcht die Union könne Schaden nehmen, forderte CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer ein generelles Verbot von Koalitionen mit der AfD auch auf kommunaler Ebene. Es sollten „alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt werden, auch juristische.“

Und CSU-Chef Markus Söder rief seine Parteifreunde gar dazu auf, AfD-Mitglieder überall auszugrenzen. „Auch am Stammtisch.“

Peter Entinger

Späte Kriegslasten

Blindgänger und Munition stellen noch heute eine Gefahr dar

Rund 75 Jahre nach Kriegsende ist in einem Weizenfeld bei Limburg-Ahlbach in Hessen eine Weltkriegsbombe explodiert. Experten des Kampfmittelräumdienstes gehen davon aus, dass es sich bei der Fliegerbombe um ein Exemplar mit einem chemischen Langzeit-Zeitzündler gehandelt hat, das rund 250 Kilogramm schwer war. Vermutet wird, dass die Bombe in mindestens vier Metern Tiefe gelegen hat. Nach Angaben des Polizeipräsidiums Südhessen verursachte die Explosion der Weltkriegsbombe einen Krater von zehn Metern Breite und vier Metern Tiefe. Aufgrund der Stärke der Detonation registrierte sogar der Erdbebedienst eine starke Erschütterung für das Gebiet des Limburger Stadtteils Ahlbach.

Thomas Rech, der für den Kampfmittelräumdienst zuständige Dezernatsleiter beim Regierungspräsidium (RP) in Darmstadt, gab als mögliche Ursache für die Detonation des Blindgängers Alterungsprozesse im Zündmechanismus an. Nach Angaben des Regierungspräsidiums Darmstadt kommt es in Deutschland statistisch gesehen jedes Jahr einmal zu einer solchen Detonation einer Bombe ohne Fremdeinwirkung.

Ein besonderes Problem durch alte Munition hat Brandenburg. In keinem anderen Bundesland ist der Umfang von Flächen, die mit alter Munition belastet sind, so groß wie in Brandenburg. Gleichzeitig toben in Brandenburg aber jedes Jahr auch hunderte Waldbrände.

Das Innenministerium in Potsdam geht von 350 000 Hektar mit ziviler Nutzung aus, die noch immer unter Kampfmittelverdacht stehen. Im Weltkrieg war nicht nur

Alte Bomben detonieren auch ohne Fremdeinwirkung

Berlin das Ziel zahlreicher alliierter Bomberangriffe, sondern auch Orte wie Oranienburg. Viel Munition ist auch durch die Kämpfe an Oder und Neiße und bei den Kämpfen um Berlin im Boden geblieben. Hinzu kommen noch munitionsbelastete Truppenübungsplätze und Flächen, die in früheren Zeiten militärisch genutzt wurden. Brechen Waldbrände auf solchen Flächen aus, dann muss die Feuerwehr besonders vorsichtig vorgehen, da die Gefahr besteht, dass die Löschmannschaften

durch die Altmunition im Boden gefährdet sind. Erst Ende Juni brannte in der Lieberoser Heide ein großes Waldgebiet, in dem Altmunition vermutet wurde. Anfang Juni tobte der bislang größte Waldbrand der vergangenen Jahrzehnte ebenfalls auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz bei Jüterbog.

Als ein wachsendes Problem werden auch die großen Mengen von Munition in der Ost- und Nordsee eingeschätzt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ließen die Alliierten große Mengen von konventionellen Waffen, aber auch chemische Waffen auf dem Meeresboden versenken. Allein in der Kieler Bucht werden 35 000 Tonnen Weltkriegsmunition vermutet. Die Menge von nicht detonierte Kampfmitteln an der deutschen Ostseeküste wird sogar auf 300 000 Tonnen geschätzt. Nach mittlerweile 70 Jahren sind viele Munitionskörper verrotten, so dass giftige Substanzen austreten. Bei anderen Bomben wächst mit der Zeit die Gefahr, dass schon geringe Druckänderungen ausreichen, sie zur Explosion zu bringen. Auf der anderen Seite steht die immer intensivere Nutzung durch die Schifffahrt und den Bau von Windkraftanlagen vor den deutschen Küsten.

Norman Hanert

Jet-Set der »Klimaretter«

Nicht wenige Verzicht predigende Spitzen-Grüne sind Vielflieger

Bei den Protesten gegen den Tagebau Garzweiler in Nordrhein-Westfalen haben hunderte „Klima-Aktivisten“ der Bewegung „Ende Gelände“ auch Äcker zertrampelt und Flurschäden angerichtet. Ein geschädigter Landwirt hatte daraufhin auf seiner Internetseite kommentiert: „Es geht mir viel mehr darum, dass mit dem unsinnigen Verhalten Lebensmittel zerstört und damit unsere Arbeit missachtet wurde. Das schmerzt mehr als der finanzielle Schaden.“

Für den Berliner Abgeordneten Georg Kössler (Grüne) war die Kritik des Landwirtes Anlass, über den Internet-Dienst Twitter wie folgt zu reagieren: „Deine Möhren sind nicht wichtiger als unser Klima, sorry.“

Der Blogger Don Alphonso beschäftigte sich daraufhin etwas näher mit dem Social-Media-Auftritt des Grünen-Politikers. Eine ganze Reihe von Fotos Kösslers auf Instagram sprechen dafür, dass es sich bei dem Grünen-Politiker um einen ausgesprochenen Vielflieger handelt, der oft per Flieger auf Fernreise geht.

Der Berliner Grünen-Politiker ist dabei kein Einzelfall: Schon andere Grüne haben auf sozia-

len Medien Urlaubsfotos veröffentlicht und sahen sich danach dem Vorwurf der Doppelmoral in Sachen Klimaschutz ausgesetzt. Katharina Schulze, die Spitzenkandidatin der bayerischen Grünen bei der letzten Landtagswahl, hatte Anfang dieses Jahres ebenfalls über den



Katharina Schulze

Internet-Dienst Instagram ein Urlaubsfoto veröffentlicht, das von einer Reise zum Jahreswechsel nach Kalifornien stammte. Zu sehen war auf dem Foto aus Los Angeles eine große Portion Eis in einem Einwegbecher samt Kunststofflöffel. Die Politikerin, Mitglied bei den Grünen und im Naturschutz-

MELDUNGEN

Kein Plan für Gedenkort

Berlin – Berlins rot-rot-grünem Senat fehlt gut drei Jahrzehnte nach dem Fall der Berliner Mauer offenbar noch immer ein Gesamtkonzept zum Gedenkort im ehemaligen Ost-Berliner Polizeigefängnis. Das einstige Gefängnis der Deutschen Volkspolizei (DVP) in der Keibelstraße steht inzwischen für Schülerbesuche offen. Ein breites Bündnis aus Regierungsfractionen und Opposition hat sich dafür ausgesprochen, das ehemalige Gefängnis als Gedenkort für die breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aus einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Grünen-Abgeordneten Andreas Otto geht hervor, dass innerhalb des Senats nach mehr als einjähriger Suche bislang nicht geklärt werden konnte, welche Senatsverwaltung für die Entwicklung eines entsprechenden Konzepts zuständig sein soll. *N.H.*

Vorgaben für gesundes Essen

Berlin – Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Bundestags hat sich mit dem Thema gesunde Ernährung befasst. Die Sachverständigen kritisierten, dass der Gesetzgeber zu sehr auf das Prinzip der Freiwilligkeit setze und forderte mehr verbindliche Vorgaben. In Kitas und Schulen könne ein kostenloses Essensangebot zur gesünderen Ernährung beitragen. Für zuckerhaltige Getränke fordern Fachleute seit Längerem eine höhere Besteuerung. Diese hätte eine sinnvolle Regulierungswirkung. Bewegungsmangel, ein hohes Angebot an ungesunden Lebensmitteln und fehlendes Wissen über eine gesunde Ernährung führten zu Übergewicht. Inzwischen habe jedes siebte Kind Adipositas, was zu individuellem Leid und hohen Kosten für die Gesellschaft führe. Mehr als 20 Prozent aller Todesfälle weltweit können laut Medizikern auf schlechte Ernährung zurückgeführt werden. *MRK*

Zeitzeugen



Mike Pompeo – Der Außenminister der Vereinigten Staaten macht dem Iran für die jüngsten Angriffe auf Öltanker im Golf von Oman verantwortlich. Gegenüber dem US-amerikanischen Sender Fox News betonte er jedoch, Präsident Donald Trump wolle keinen Krieg. Pompeo war bis 2018 Direktor des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) und hatte davor den US-Bundesstaat Kansas im Repräsentantenhaus vertreten. Er war gegen den Nuklearvertrag mit dem Iran.

Hassan Seifi – Der Brigadegeneral ist Assistent des iranischen Armeechefs. Der halbstaatlichen iranischen Nachrichtenagentur Mehr sagte er, vernünftige Amerikaner und erfahrene US-Kommandeure würden die radikaleren Elemente von einem Krieg abhalten. Bereits 2012 hatte er erklärt, die Streitkräfte seien in der Rüstungsproduktion unabhängig.



Keith B. Alexander – Der jetzige Vier-Sterne-General im Ruhestand leitete einst den US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst National Security Agency (NSA) und war der erste Chef des United States Cyber Command (USCYBERCOM). In einem Text für die Zeitschrift „The Hill“ schreibt er, Iran werde einen niedrigschwelligen Krieg im Cyberspace gegen die USA und deren Verbündete führen. Er sieht US-amerikanische Firmen und Institutionen bedroht und fordert besseren Schutz durch die Regierung.

Jonathan Spyer – Der Experte für Sicherheits- und Konfliktforschung arbeitet für den renommierten britischen Fachverlag Jane’s. Für Spyer liegt Irans Stärke in dessen irregulären Verbündeten in der Region, etwa der Hizbollah oder dem Islamischen Heiligen Krieg. Die größte Bedrohung sieht er im iranischen Raketenarsenal. Es ist das stärkste in der Region.



Ian Bremmer – Der Gründer und Leiter der Politikberatungsfirma Eurasia Group glaubt nicht, dass ein Konflikt bevorsteht. „Das iranische Regime will keine weiteren Konflikte provozieren“, sagte er vor Pressevertretern, „aber für die Verantwortlichen wird es immer schwieriger, sich ohne irgendeine Form von Gegenwehr Rückhalt im Innern zu sichern.“

Trotz Sanktionen schlagkräftig

Irans Wehrkraft gilt als die dreizehntstärkste der Welt

Der Iran ist heute trotz Sanktionen eine starke Regionalmacht. Seine Streitkräfte sind schätzungsweise 534 000 Mann stark.

Im Global Firepower Index, einer Online-Plattform für Sicherheitspolitik, steht das Land auf Platz 13 von 136 erfassten Ländern. Zum Vergleich: Der Index platziert Ägypten auf Platz 12, Israel erstaunlicherweise auf Platz 16 und Saudi-Arabien auf Platz 26. In den Index gehen allerdings auch Faktoren wie Geografie, Wirtschaftskraft oder Bevölkerungszahl ein. Iran kann hier eine Bevölkerung von rund 80 Millionen Menschen in die Waagschale werfen, eine Geografie mit Hochgebirgen und Wüsten, die quer zu den meisten sinnvollen Vormarschachsen liegen, und eine eigene Wehrindustrie.

Iran gab 2017 umgerechnet rund 13,7 Milliarden Euro oder 16 Milliarden US-Dollar für seine Streitkräfte aus. Israel hatte mit umgerechnet 18,5 Milliarden Dollar etwas höhere Ausgaben. Das saudische Militärbudget belief sich auf umgerechnet 76,7 Milliarden US-Dollar.

Die iranischen Streitkräfte unterstehen direkt dem Revolutionsführer.

Sie bestehen aus drei Komponenten – den als Armee bezeichneten regulären Streitkräften, der auch als Revolutionswächter, Sepah oder Pasdaran genannten Iranischen Revolutionsgarde und der Polizei. Die regulären Streitkräfte sind rund 398 000 Mann stark und gliedern sich in Heer, Luftwaffe, Luftverteidigung und Marine. Die 12 500 Mann starken Revolutionswächter verfügen ebenfalls über eigene Bodentruppen, Seestreitkräfte und fliegende Verbände. Außerdem kontrollieren sie die Hochtechnologie- und Wehrindustrie des Landes und das ballistische Raketenprogramm. Zudem untersteht ihnen die Al-Quds-Einheit, die Spezialeinheit für Einsätze im Ausland. Ebenfalls unter Kontrolle der Revolutionsgarde stehen die Basij-Milizen, paramilitärische Verbände. Iranische Quellen nennen eine personelle Stärke von 12,6 Millionen Männern und Frauen, von denen 600 000 militärisch ausgebildet seien. Die Revolutionswächter sind faktisch ein Staat im Staat, gegen den die Führung nicht regieren kann.

Zum militärischen Potenzial des Landes können auch die irregulären Gruppen gerechnet werden, die der Iran in Teilen der Region unterstützt. Dazu gehören die Hisbollah-Milizen im Libanon, die Huthi-Rebellen im Jemen und die schiitischen Milizen im Irak.

Auch vier Jahrzehnte nach dem Umsturz von 1979 stammt ein großer Teil des militärischen Geräts aus der Schah-Zeit. Das Rückgrat der Luftwaffe bilden immer noch

Jets vom Typ Grumman F-14 „Tomcat“, McDonnell Douglas F-4 „Phantom II“ und Northrop F-5 „Freedom Fighter“.

Neuere Kampfflugzeuge verdankt das Land ausgerechnet dem früheren Kriegsgegner Irak. Saddam Hussein ließ nämlich zahlreiche Flugzeuge in den Iran ausfliegen, sodass heute auch russische MiG-29-Jäger und Su-24-Bomber sowie französische Dassault Mirage F1 im Einsatz sind. Die Revolutionswächter fliegen eine kleine Zahl Mig-21-Nachbauten aus chinesischer Produktion.

Die iranische Industrie produziert mittlerweile nicht nur Kurz- und Mittelstreckenraketen, sondern

auch T-72-Kampfpanzer, Hubschrauber, Raketen-Schnellboote, Klein-U-Boote, Lenk Waffen und Artilleriesysteme. Marine und Revolutionswächter haben sich darauf spezialisiert, mit Schnellbooten, Minen, Drohnen und Klein-U-Booten gegen Ziele vor der eigenen Küste zu operieren. Aus der Northrop F-5 hat die Iran Aircraft Manufacturing Industrial Company ein eigenes Kampfflugzeug entwickelt. Aber bislang sind nur wenige Maschinen produziert worden. Westliches Niveau erreichen die iranischen Streitkräfte nicht.

Der Luftwaffe fehlen moderne Lenk Waffen, aber auch Führungsmittel wie AWACS-Flugzeuge. Im Einsatz sind Nachbauten US-amerikanischer Raketen sowie russische Typen älteren Datums.

Auf der Höhe der Zeit sind die iranischen Fähigkeiten zur cybernetischen Kriegsführung. Iranische Experten haben nach den Stuxnet-Attacken von 2005 eigene Angriffs- und Verteidigungswaffen entwickelt. Cyberkriegs-Einheiten des Militärs und der Revolutionswächter, aber auch unabhängige Gruppen, haben nicht nur in den USA, sondern auch in Europa, in Israel und in Saudi-Arabien Computersysteme infiltriert.

Friedrich List



Bild: pa

Aus Anlass des diesjährigen Nationalen Tags der Armee: Iranische Soldaten paradieren in Teheran

Auf dem Weg zur Autarkie

Einst war der Westen der Hauptlieferant von Wehrmaterial

Bereits der Schah von Persien versuchte, sein Land von Waffenimporten unabhängig zu machen. Damals waren noch westliche Staaten wie die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik die Hauptlieferanten. 1963 unterstellte die Regierung alle Rüstungsfabriken der Military Industries Organization (MIO), die wiederum dem Kriegsministerium unterstand. In den nächsten Jahren wuchs so eine industrielle Organisation, die Munition aller Art, Waffen wie Sturmgewehre und Maschinengewehre, Granatwerfer, aber auch elektrische Geräte und Batterien herstellte. Außerdem montierten iranische Fabriken Geländewagen, Hubschrauber und Lastwagen aus angelieferten Fertigteilen. In den 1970er Jahren traf die Regierung des Schah Lizenzvereinbarungen zur Pro-

duktion von Flugzeugen, Hubschraubern, Lenk Waffen, Computern und optischen Geräten. So wurden Bell-214-Hubschrauber komplett im Land produziert.

Die Revolution von 1979 unterbrach diesen Modernisierungs-

Die erzwungene Umstellung gestaltet sich schwierig

prozess. Das neue Regime war plötzlich von westlichen Technologieimporten abgeschnitten. Auch die Versorgung mit Ersatzteilen für das Militär kam zum Erliegen, was sich empfindlich bemerkbar machte, als der Irak 1981 sein Nachbarland überfiel. Die MIO brach zusammen, weil

plötzlich ausländische Spezialisten fehlten und im Westen ausgebildete Iraner ins Exil gingen.

Während des Krieges mit dem Irak baute man unter der Ägide der Iranischen Revolutionsgarde die Wehrindustrie neu auf. Ersatzteile wurden selbst hergestellt. Nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges und des Kalten Krieges besserte sich die Lage etwas. Das Land kaufte Kampfflugzeuge in Russland und in China. Die Volksrepublik liefert Lenk Waffen und Präzisionsbomben, obwohl diese nicht immer iranischen Anforderungen standhielten. Heutzutage produziert der Iran auch hochtechnologische Waffen im eigenen Land. Allerdings sind die Stückzahlen oft gering. Waffensysteme wie die Grumman F-14 „Tomcat“ oder größere Kriegsschiffe kann die Industrie bis heute nicht produzieren.

F.L.

Der Iran schlägt im Internet zurück

Iran hat Kapazitäten für den Cyber-Krieg aufgebaut. Mehrere US-amerikanische Firmen für Cybersicherheit behaupten, jüngst Anzeichen für vermehrte Aktivitäten iranischer Hacker verzeichnet zu haben. Die Firmen CrowdStrike und FireEye vermelden einen Anstieg von Aktivitäten wie dem Versenden von täuschenden Nachrichten, mit denen die Empfänger dazu gebracht werden sollen, Schadsoftware oder Spionageprogramme auf ihren Computern zu installieren. „Jedes Eindringen kann ein erster Schritt zu einem stärkeren Angriff sein“, sagte Ben Read der US-Zeitschrift „Politico“. Read arbeitet als Senior-Cyberkriegs-Analystiker für FireEye.

Laut Read gehen die Angriffe, die Anfang Juni begannen, auf die iranische regierungsnah Hacker-Gruppe APT39 zurück. Dieser Gruppe werden Attacken auf Ziele wie den Ölkonzern Saudi Aramco zugeschrieben, bei der Computersysteme zerstört wurden. APT steht für „Active Persistent

Vergeltung für Stuxnet-Attacken

Threat“ (aktive ständige Bedrohung). Diese Bezeichnung geht auf US-amerikanische Sicherheitsfirmen und -behörden zurück. APT39 ist auf Identitätsdiebstahl spezialisiert.

Das FBI hatte bereits im April die heimische Industrie vor iranischer Vergeltung im Cyberspace gewarnt, nachdem die USA ihren Druck auf das mittelöstliche Land erhöht hatten. Iran versucht, durch derartige Mittel die militärische und technologische Überlegenheit seiner Gegner auszugleichen. Iranische Hacker griffen 2012 und 2018 Aramco an, operierten 2012 und 2013 auf US-Banken sowie in den folgenden Jahren auf US-Firmen und die globale Internet-Infrastruktur.

Iran nutzt seine Kapazitäten auch, um die eigenen Bürger und Exil-Iraner in den sozialen Medien zu überwachen. Neben APT39 beschäftigen sich andere Gruppen mit Desinformation, Regierungsbehörden, Wirtschaftsunternehmen oder militärischen Einrichtungen.

F.L.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Zweifel an Elektrobussen wachsen

Berlin will bis 2030 ganz umstellen: Doch die Kosten sind immens, die Reichweite kläglich



Die Zukunft oder nur ein „hochgejubelter Trend“? Elektrobus „New Urbino“ an einer Berliner Ladesäule

Bild: Imago images/snapshot

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) wollen 90 Busse mit Batterieantrieb kaufen. Die Elektrobusse kosten den dreifachen Preis im Vergleich zu herkömmlichen Fahrzeugen. Im Vergleich zu den bisherigen Bussen weisen die Elektromodelle im Alltagsbetrieb jedoch noch einen weiteren, gravierenden Nachteil auf.

Vor allem auf der Buslinie 142 setzt die BVG probeweise schon jetzt einige Elektrobusse ein, die von Mercedes und dem polnischen Hersteller Solaris geliefert wurden. Bei diesen Fahrzeugen mit Batterie fällt vor allem die sehr geringe Reichweite auf. Während die normalen Dieselbusse auf tägliche Reichweiten von rund 700 Kilometern kommen, müssen die Elektrobusse bereits nach einer Fahrtstrecke von 140 Kilometern wieder zurück an die Ladesäule.

Da auch das Stromtanken mehrere Stunden dauert, reduziert sich die Einsatzdauer so stark, dass scherzhaft bereits von „Halbzeitkräften“ die Rede ist. Wegen der geringen Reichweite setzen die Verkehrsbetriebe die Batteriefahrzeuge bislang nur auf relativ kurzen Abschnitten ein. Die nun geordneten „New Urbino 12 electric“ des Posener Herstellers Solaris werden

zudem auch noch zu den eher kleineren Bussen im BVG-Fuhrpark gehören. Sie sind für maximal 70 Fahrgäste ausgelegt.

Schon in wenigen Jahren werden auf die Verkehrsbetriebe zudem Anschaffungskosten in Milliardenhöhe zukommen. BVG-Chefin Sigrid Evelyn Nikutta hatte bereits im Frühjahr angekündigt, dass die Busflotte bis 2030 komplett auf Strom umgestellt werden soll.

Mit derzeit etwa 1400 Fahrzeugen verfügen die landeseigenen Berliner Verkehrsbetriebe ohnehin über den größten Busfuhrpark in Deutschland. Die jetzt bestellten 90 Fahrzeuge schlagen inklusive der Ladeinfrastruktur mit 61 Millionen Euro zu Buche.

Einen Teil der immensen Kosten – voraussichtlich 14 Millionen Euro – will der Bund übernehmen. Der Großteil von wahrscheinlich 47 Millionen Euro werden indes das Land Berlin und die BVG schultern müssen. Die Folge: Trotz der Förderung durch den Bund wird bei diesem ersten Großauftrag jeder der E-Busse ein Mehrfaches dessen kosten, was für einen her-

kömmlichen Dieselbus bezahlt werden muss.

Anderswo mehrten sich die Stimmen, die vor einer ausschließlichen Festlegung auf batteriegetriebene Elektrofahrzeuge warnen. So forderte Thomas Kiel vom Deutschen Städtetag auf einer Fachtagung in Berlin, dass grundsätzlich technologieoffen gearbeitet werden müsse: „Wir wissen schließlich nicht, welche Technologie sich in Zukunft durchsetzen wird“.

Die Frage der Technologieoffenheit steht auch im Zentrum einer Debatte, die mittlerweile in der deutschen Automobilindustrie geführt wird. Der VW-Konzern unter seinem Chef Herbert Diess hat einen radikalen Schwenk hin zur Elektromobilität eingeleitet. Zudem kommt von VW auch die Forderung nach einem „Masterplan Elektromobilität“, mit dem etwa der Bau von Stromtankstellen organisiert werden soll.

In der Branche ist die von VW vorgeschriebene Festlegung auf die Elektromobilität allerdings durchaus umstritten. Wolf-Henning Scheider, Chef des Zulieferers ZF, kommentierte

etwa im Berliner „Tagesspiegel“: „Man darf nicht die Strategie eines einzelnen Unternehmens mit der gesamten Branche gleichsetzen.“

Mit deutlichen Zweifeln hat sich auch der BMW-Entwicklungschef Klaus Fröhlich zu Wort gemeldet. Er sprach von einem „hochgejubelten“ Trend zur Elektrifizierung, während das tatsächliche Interesse bei den Kunden in Europa nur gering sei. „Es gibt keine Anfragen von Kunden für Batterie-Elektroautos. Keine“, so Fröhlich vor Pressevertretern. Chancen sieht der Entwicklungschef des deutschen Premiumherstellers in Europa bei Fahrzeugen mit Hybridantrieb, die eine gute Elektro-Reichweite vorweisen können.

Auch auf dem wichtigen chinesischen Markt bahnt sich eine Entwicklung an, die starken Einfluss auf die Zukunftspläne der deutschen Autobauer ausüben dürfte. Die chinesische Regierung will ihre Subventionen für Elektroautos in diesem Jahr drastisch kürzen und langfristig sogar weitgehend auslaufen lassen. Beobachter rechnen damit, dass die chinesischen Autobauer als Reaktion auf die Subventionskürzungen ihre Preise für Elektroautos deutlich erhöhen werden.

Norman Hanert

Experten hegen arge Zweifel am Weg der Hauptstadt

Versklavte Kinder für Berlin

Vietnamesische Schleuserbanden im Visier der Ermittler

Die Integration von Vietnamern in Deutschland ist häufig als Beispiel für einen Erfolgsgeschichte dargestellt. Da passt diese Meldung nicht ins Bild: Laut Medienberichten werden allein in Berlin und Brandenburg mehrere 100 vietnamesische Kinder und Jugendliche vermisst. Die Berliner Polizei hat seit 2012 insgesamt 472 Fälle registriert, in denen minderjährige Vietnamesen als vermisst gemeldet wurden; in Brandenburg sind es 32.

In vielen Fällen vermutete man, dass Menschenhändler hinter dem Verschwinden stecken. Der Verlauf der meisten Fälle ähnelt sich. Greifen Polizei oder Zoll illegal eingereiste Kinder oder Jugendliche auf, dann übergeben sie diese den zuständigen Kindermisshandlungsstellen und Jugendämtern. Dort verschwinden die Aufgegriffenen allerdings meist schon wieder nach kurzer Zeit. Vermutet wird, dass die illegal eingereisten Min-

derjährigen aus Vietnam zügig wieder Kontakt zu eben jenen Menschenhändlerbanden aufnehmen, die ihre Einschleusung organisiert haben.

Laut RBB ist Warschau Drehscheibe für die Schlepperorganisationen. Geschleust werden die

Berichte belasten das gute Image der Vietnamesen

Vietnamesen über Russland, die baltischen Länder und Polen. Von dort geht es weiter in Richtung Deutschland und Westeuropa.

Die Vietnamesen zahlen den Banden 10.000 bis 15.000 Euro, die sie entweder abarbeiten müssen oder aber durch das Begehen von Straftaten aufbringen. Endstation ist damit oftmals eine Zwangsarbeit in Europa: Sie werden zur Arbeit in Nagelstudios

oder zur Prostitution gezwungen oder zum Handel mit geschmuggelten Zigaretten. Laut Ermittlern erfolgt die illegale Einreise zu den eigentlichen Zielorten in Europa etappenweise. Dabei lassen die Banden die Minderjährigen erst dann weiterreisen, wenn eine entsprechende Geldsumme für die Reiseetappe bezahlt wurde.

Im Zuge der Berichterstattung wurde das Berliner Dong Xuan Center als eine Drehscheibe für die Schleusungen genannt. Dabei handelt es sich um einen weitläufigen Komplex aus sechs Markthallen in Berlin-Lichtenberg. Auf dem gelegentlich auch „Klein Hanoi“ genannten Gelände befinden sich viele asiatische Lebensmittelgeschäfte, Restaurants und auch Nagelstudios, die von Vietnamesen betrieben werden. Bundesweit stößt der deutsche Zoll bei Kontrollen gegen Schwarzarbeit in vietnamesischen Nagelstudios immer wieder auf illegal Beschäftigte. N.H.

Direkt aus Afrika

Müller will Asylsucher aus Libyen holen

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, will Asylsucher von der libyschen Küste direkt nach Berlin holen. Er will damit in die Kompetenzen des Bundes eingreifen. Es könne nicht sein, „dass wir als Städte die zusätzliche Aufnahme von Menschen (...) anbieten und das dann an der fehlenden Zustimmung des Bundesinnenministeriums scheitert“.

Italien verweigert Schlepperschiffen das Anlegen, auch Frankreich und Spanien sind zurückhaltend. Erst dieser Tage wurde in Italien die deutsche Kapitänin Carola Rackete verhaftet, weil sie ohne Genehmigung in die Hoheitsgewässer Italiens eingedrungen war, um mit dem Schlepperschiff „Sea-Watch 3“ die Immigranten aus Afrika anzulanden, die sie zuvor vor der libyschen Küste aufgelesen hatte. Innenminister Matteo Salvini

charakterisierte die Besatzung der „Sea-Watch“ als „Komplizen der Menschenschlepper“.

Müller brachte die Haltung des Senats in einen Zusammenhang mit dem Luftbrücken-Jubiläum: Die Berliner seien vor 70 Jahren gerettet worden. Für sie sei es deshalb „nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern eine Pflicht“, zu helfen. Zum Bündnis „Sichere Häfen“ gehören Berlin,

Hamburg, Bremen, Potsdam, Mainz, Wiesbaden, Hannover und Kiel sowie die Kommune Brilon im Sauerland, der Kreis Nordfriesland und die Insel Sylt. Schon jetzt werden in Berlin jeden Tag 30 neue Asylanträge gestellt. Kritiker verweisen auf die dadurch verursachten Kosten, die ohnehin drückende Wohnungsknappheit und pochen auf die Einhaltung der Gesetze, welche die Einreise regeln. Frank Bucker

Berliner kocht am besten

Von THEO MAASS

Tim Raue stammt aus Berlin-Kreuzberg. 1974 erblickte er im „Wrangel-Kiez“ (auch als Berlin SO 36 bekannt) das Licht der Welt. In seinen „Flegeljahren“ gehörte er der Jugendgang „36 Boys“ an. In elf Jahren hatte Raue acht verschiedene Schulen mit wenig Erfolg besucht. Die Entscheidung, eine Lehre als Koch zu beginnen, war aus der Not geboren. Er hatte keine kulinarisch aufregende Kindheit gehabt.

Seine ursprünglichen Berufswünsche, Architekt oder Designer zu werden, ließen sich nicht realisieren. Raues erste Lehrstätte, das Gourmet-Restaurant „Auerbach“ in Kreuzberg, wurde im Oktober 1992 von linken Straßenkämpfern zerstört. Er setzte seine Lehrzeit im „Chalet Suisse“ in Grunewald fort.

In Singapur wurden nun die „World’s 50 Best Restaurants“ gekürt. Tim Raues nach ihm selbst benanntes Lokal in der Rudi-Dutschke-Straße (früher Kochstraße) kam in dem Wettbewerb auf Platz 40. Die Rangliste wird jährlich seit 2002 aufgestellt. Raue beweist: Berlin kann durchaus Erfolge erlangen, wenn sie von der wirtschaftsfeindlichen Politik des Berliner Senats nicht behindert wird.

Raue: „Wahnsinn! Wir freuen uns unglaublich, dass unser Restaurant auch in diesem Jahr diese internationale Anerkennung erhalten hat. Herzlichkeit, Disziplin, Mut, Ehrgeiz und Leidenschaft sind die Attribute, die unser grandioses Team und wir jeden Tag leben und damit versuchen, unsere Gäste zu begeistern.“ Raues Lokal ist das einzige deutsche in der Rangliste. Unter den 50 besten Köchen ist kein einziger weiblicher.

Nach eigenem Bekunden ließ ihm sein Großvater eine „preußische Erziehung“ angedeihen, womit er seine Disziplin erklärt. Die Großmutter verwöhnte ihn mit Königsberger Kloppen. Beides gab ihm als Scheidungskind Geborgenheit und Sicherheit. In Lebenskrisen waren die Großeltern sein fester Halt.

Nach der Lehrzeit gab Raue seine kulinarische Visitenkarte unter anderem im Hotel Adlon und im „Schloßrestaurant Glienicke“ ab. Schließlich eröffnete er 2010 „Tim Raues“. Wer die Preise auf der Speisekarte studiert, wundert sich, dass der linke Straßenvögel ihn heute nicht wieder heimsucht.

Vermutlich ist sein internationales Ansehen ein Schutz davor, auch auf seiner Speisekarte für „soziale Gerechtigkeit“ sorgen zu müssen. Auch als Buchautor ist Raue erfolgreich: 2008 erschien: „Aromen(r)evolution“ und 2011: „Ich weiß, was Hunger ist: Von der Straßengänge in die Sterneküche“.

Cinestar droht die Schließung

Das bekannte Berliner CineStar-Kino im Sony-Center am Potsdamer Platz schließt zum Jahresende vermutlich. Laut Gewerkschaft Verdi könnten zwei Gründe zu dem Schritt führen. Einerseits könnte der Kinobetreiber bei einem Versuch scheitern, einen Nachlass bei der Mietzahlung zu erwirken, oder aber ein neues Konzept mit Wohnungen und Büros verspricht höhere Gewinne, was den Kinobetrieb uninteressant machte. Sollte der Kinokomplex wirklich schließen, wären 120 Mitarbeiter von Arbeitslosigkeit bedroht. Der Betreiber ist an den Betriebsrat herangetreten und hat Verhandlungen über einen Sozialplan aufgenommen. Cinestar betreibt bundesweit mehr als 50 Multiplex-Kinos mit 449 Leinwänden, dazu gehören in Berlin sieben Standorte. Der Kinokomplex am Potsdamer Platz umfasst 19 Filmvorführsäle. Die Gewerkschaft Verdi klagt darüber, dass die Mitarbeiter nur knapp oberhalb des Mindestlohnes bezahlt würden. F.B.

MELDUNG

Antonow-Streit erreicht Leipzig

Kiew/Leipzig – Ein im sächsischen Schkeuditz stehendes Flugzeug des Typs Antonow AN-124 soll aufgrund eines ukrainischen Gerichtsbeschlusses beschlagnahmt werden. Der ukrainische Hersteller, der „Antonov Aeronautical Scientific/Technical Complex“, hatte Klage eingereicht, weil an dem Flugzeug angeblich illegale Wartungsarbeiten durchgeführt worden seien. Die von der russischen Volga-Dnepr Airlines betriebene Maschine wurde zuletzt für zivile Frachtflüge ge-



Stein des Anstoßes: Eine Antonow AN-124 wird entladen

nutzt, wurde aber seit Monaten nicht mehr bewegt. Seit die Ukraine Ende 2016 wegen der Krimkrise die Zusammenarbeit mit Russland aufgekündigt hat, gibt es Streit darüber, wem die Maschinen gehören. Die ukrainische Seite, die einst ihre eigenen Maschinen in Schkeuditz hatte warten lassen, argumentiert nun, durch die nicht lizenzierten Wartungsarbeiten sei die Betriebserlaubnis für die betroffene AN-124 erloschen. Es geht vor allem um Modernisierungsarbeiten an der Technik des Flugzeugs. Die russische Airline fühlt sich an den ukrainischen Gerichtsbeschluss nicht gebunden. Die Ende der 70er Jahre in der Sowjetunion entwickelte AN-124 ist ein Großraum-Transportflugzeug, das für die Streitkräfte konzipiert war. *MRK*

Diese Ausgabe enthält eine Beilage von RSD Reiseservice Deutschland GmbH

Türkische Nachspielzeit

Nach der Bürgermeisterwahl in Istanbul – Präsident Erdogan kämpft um sein politisches Überleben



Wird schon jetzt gefeiert wie der neue türkische Präsident: Istanbuls Bürgermeister Ekrem Imamoglu nach seiner zweiten Wahl

Die Bürgermeisterwahl in Istanbul war nicht nur für Präsident Recep Tayyip Erdogan ein Schlag ins Gesicht, sondern auch für viele seiner Günstlinge. Steht die Türkei vor einem Umbruch?

Ekrem Imamoglu war bereits im März zum Bürgermeister gewählt worden. Die Hohe Wahlkommission hatte das Ergebnis wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten und auf Antrag der AKP jedoch annulliert und die Abstimmung wiederholen lassen. In der vergangenen Woche war das Ergebnis so deutlich, dass Erdogan nicht umhinkam, dem Sieger zu gratulieren. „Der Willen des Volkes ist uns immer willkommen“, erklärte der Staatschef. Mit der Wahl seien zudem „Zweifel“ darüber ausgeräumt worden, wie sich das Volk entschieden habe.

Gut ein Jahr ist es her, als Erdogan den Zenit seiner Macht er-

reicht hatte. Am 24. Juni 2018 wurde ebenfalls gewählt – und zwar der Staatspräsident. Erdogan hatte damit den Gipfel seiner Macht erreicht. Das neue, von ihm kreierte Präsidialsystem verleiht ihm seitdem Befugnisse wie keinem türkischen Präsidenten zuvor. Erdogan ist Staatschef, Regierungschef, Parteichef und Oberbefehlshaber in einer Person. Damit scheint er den Bogen überspannt zu haben. Grünen-Politiker Cem Özdemir sieht bereits ein Ende der Ära Erdogan. „Wir sind in der Nachspielzeit“, sagte Özdemir im Deutschlandfunk. Aber die Risiken für die Türkei seien unter Erdogan groß: „Er hat das Potenzial, das Land in den Abgrund zu reißen.“

Abschreiben sollte man den Präsidenten aber nicht. Er gilt als versierter Machtpolitiker. Experten glauben, dass er zwei Optionen habe, um sich im Sattel zu

halten. Erdogan könnte auf die Opposition zugehen und einen breiten gesellschaftlichen Konsens suchen, so wie er es Anfang der 2000er Jahre tat. Oder er versucht, weiter zu polarisieren, um seine Macht noch zu zementieren. Finanzexperten fürchten, der Präsident könnte die Niederlage zum Anlass nehmen, sich noch stärker in wirtschaftliche Belange einzumischen.

Einen Großteil seiner Popularität verdankt Erdogan der Tatsache, dass zu Beginn seiner Amtszeit die Wirtschaft zu florieren begann. Während des Wahlkampfes hatte er sich regelmäßig über die hohen Zinsen der Notenbank beschwert und Senkungen gefordert, damit billiges Geld der schwächelnden Konjunktur einen Auftrieb geben könnte.

Fachleute fürchten um die Unabhängigkeit der Notenbank. „Je mehr sich Erdogan aus Zentral-

bank-Angelegenheiten rauhält und stattdessen echte Wirtschaftsreformen angeht, desto besser kommt das an den Börsen an“, sagte Jürgen Michels, Chefvolkswirt der BayernLB im, „Focus“. Er glaubt nicht an eine große wirtschaftliche Aufbruchsstimmung.

Sollte diese nicht kommen, könnte Erdogans Zeit ablaufen. Vier von fünf großen Städten sind mittlerweile an die Opposition gefallen, selbst in seinem engsten Umfeld wächst die Kritik. Alle relevanten Medien haben für den Präsidenten getrommelt, in den Ämtern wimmelt es von Günstlingen. Sie könnten die Angst vor dem Machtverlust in die Arme der Erdogan-Gegner treiben. Und die gibt es im gegnerischen wie im eigenen Lager. Seine wenigen engen Vertrauten sind zu einem guten Teil Familienmitglieder. Und das Parlament hat so gut wie nichts zu sagen.

Noch bleiben Erdogan drei Jahre. Erst 2023 werden Parlament und Staatspräsident neu gewählt. Trotzdem wird schon spekuliert, ob der neue Stern am Polihimmel Imamoglu dann gegen Erdogan antreten wird. Wenn er sich bis dahin als Istanbuler Bürgermeister bewährt, könnte er Erdogan gefährlich werden. Der Wahlgewinner selbst erklärt, er wolle sich jetzt auf die Probleme der 16-Millionen-Metropole konzentrieren. Unter den Großstädten der Welt gehört Istanbul nach 25 Jahren Erdogan- und AKP-Herrschaft in puncto Lebensqualität zu den Schlusslichtern.

Mit dem Verlust des Bürgermeisteressels in Istanbul verliert die Regierungspartei vor allem das wirtschaftliche Zentrum des Landes. Vor allem regierungsnahe Bau-firmen hatten zuletzt von der AKP-Kontrolle Istanbuls profitiert, indem sie bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt wurden. Yalçın Karatepe von der Universität Ankara sagte dem türkischsprachigen Dienst der Deutschen Welle, dass Istanbul eine wichtige finanzielle Rolle in der türkischen Politik spiele – vor allem im Zusammenhang mit öffentlichen Aufträgen. „Die Firmen, die die öffentlichen Aufträge der Kommunen bekommen, fangen nach einer Zeit an, die Partei, von der sie die Aufträge erhalten haben, finanziell zu unterstützen“, erklärte der Wirtschaftswissenschaftler.

Nun kommt es intern zu einer offenen Rebellion. Erdogan-Kritiker in der AKP, wie der frühere Wirtschaftsminister Ali Babacan oder Ex-Premier Ahmet Davutoglu, kokettieren mit dem Gedanken, eine rechtskonservative Konkurrenzpartei zu gründen. Die Erdogan ergebenen Medien versuchen, den Wind des Wandels noch zu ignorieren. „Istanbul hat seine Wahl getroffen“, titelten große Zeitungen, verschwiegen aber das Ergebnis. Stattdessen wurden die Landsleute mit folgender Meldung überrascht. „Erdogan ist beliebtester Staatsmann in den arabischen Ländern“. Wenigstens noch da. *Peter Entinger*

Wieder salonfähig

Russland darf zurück in den Europarat – Dafür gehen die Ukrainer

Der Europarat hat mit 118 zu 62 Stimmen einen zuvor schon inoffiziell akzeptierten Beschluss angenommen, die vor fünf Jahren wegen des Anschlusses der Krim an Russland gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen zu beenden. Damals war Russland das Stimmrecht entzogen worden, was Moskau mit einem Boykott der Sitzungen und schließlich vor zwei Jahren mit einer Sperre der Mitgliedsbeiträge quittierte. Insbesondere Letzteres schien dann dem Ratsapparat weh zu tun, denn es fehlte ihm rund ein Zehntel seines Budgets.

Trotz der lange Zeit offensiv russlandfeindlichen Politik des zwar von NATO-Staaten kontrollierten, aber weit über das US-Bündnissystem hinausreichenden Gremiums, für die sich insbesondere sein in diesem Jahr ausscheidender norwegischer Generalsekretär Thorbjørn Jagland verantwortlich zeichnete, hat die russische Führung beharrlich weiterverhandelt und ist nun mit einer Mehrheit der übrigen Staaten übereingekommen, ab Ende Juni wieder als vollgültiges Mitglied mit uneingeschränktem Stimmrecht an den Sitzungen teilzunehmen.

Um dies zu ermöglichen, wurde sogar die Satzung des Rates geändert – nach einer zweijährigen Nichtzahlung der Gebühren wäre nämlich sonst ein Ausschluss fällig gewesen. In-



Parlamentarische Versammlung des Europarates

samt verdichten sich die Anzeichen eines allgemeinen Auslaufs der gerade für viele Ratsstaaten verheerenden Russland-Sanktionen, die in Europa immer weniger akzeptiert werden. Die Ukraine hat hingegen inzwischen ihre Mitarbeit in der

Parlamentarischen Versammlung des Europarates ausgesetzt. Ihr dienstjunger Präsident Wladimir Selenskij kritisierte öffentlich die Regierungschefs von Deutschland und Frankreich, die er nicht von einer Zustimmung zur Rückkehr Russlands habe abbringen können.

Kritik kam auch von den Regierungen der baltischen Staaten. Mit dem Europarat eng verbunden ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), an den sich jeder Bürger eines Mitgliedsstaates wenden kann und auf dessen nun vorgeblich gesicherte Anrufbarkeit durch russische Bürger Bundesaußenminister Heiko Maas nach der von ihm begrüßten Entscheidung des Rates verwies.

Gegen Russland sind vor dem EGMR in der Tat die meisten Strafverfahren anhängig. Doch dessen Verurteilungsquote war bis zum Beginn der Sanktionen im Verhältnis zur Bevölkerung deutlich geringer als die vieler anderer Länder – zum Beispiel zehnmal geringer als die Sloweniens, weniger als halb so hoch wie die der Ukraine oder Polens und immer noch etwas geringer als selbst jene Österreichs.

Thomas W. Wyrwoll

Allianzen gegen links

Spanien: Bürgerliche Parteienbündnisse gegen siegreiche Sozialisten

Sowohl bei den Parlamentswahlen im April als auch bei den Kommunal- und Regionalwahlen, die parallel zu den Europawahlen im Mai stattfanden, gingen in Spanien die Sozialisten als Wahlgewinner hervor. Die nationalliberale Partei „Ciudadanos“ (Bürger) konnte jedoch ebenfalls Stimmen hinzugewinnen, und die neue rechte Partei „Vox“ (Stimme) sogar zum ersten Mal mit zehn Prozent ins Parlament einziehen.

Nun stehen die Koalitionsverhandlungen in vielen Städten und Regionen Spaniens an. Dabei wurde klar, dass nicht überall, wo die Sozialisten stärkste Partei geworden sind, was fast in allen Regionen und Städten der Fall war, sie auch jetzt regieren können.

In der Hauptstadt Madrid zum Beispiel hatte der Kandidat der Sozialisten, Pepu Hernandez, die Kommunalwahl gewonnen. Zum Bürgermeister gewählt wurde jedoch José Luis Martínez-Almeida von der Volkspartei (PP), und zwar mit den Stimmen von Ciudadanos und Vox, die knapp die Mehrheit bilden. Er folgt auf Manuela Carmena, die 2015 von den Sozialisten und der extremen Linken zur Bürgermeisterin gewählt worden war.

Ähnliche Allianzen gab es in vielen anderen Städten, wo eine

linke Mehrheit verhindert werden konnte. Mit dieser Wahl deutet sich eine unerwartete Umformierung des spanischen Politikspektrums an. Dabei wurde bereits im Januar im seit 40 Jahren sozialistisch regierten Andalusien ein Mitglied der Volkspartei mit den Stimmen von VOX, aber ohne eine Koalition, zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Vor allem der Wechsel von Ciudadanos ins rechte Lager hat überrascht. In den Reihen der li-

Ex-Regierungschef Frankreichs mischt in Barcelona mit

beralen Partei war der ehemalige sozialistische französische Regierungschef mit einem katalanischen Vater Manuel Valls sogar als Bürgermeisterkandidat in Barcelona angetreten. Valls hat nach den neuen Allianzen sofort seinen Austritt aus der Ciudadanos-Fraktion im Stadtrat von Barcelona angekündigt.

Für Valls war das Ergebnis in Barcelona enttäuschend. Im vergangenen Winter war er, nach einem halben Jahr Bedenkzeit, noch als neuer Retter und Superstar in

Katalonien gefeiert worden. Valls konnte jedoch als parteiloser Spitzenkandidat von Ciudadanos bei den Kommunalwahlen nur vier Mandate im Rathaus gewinnen. Daraufhin stimmte er, gegen den Willen seiner Fraktion, für die Konkurrentin Ada Colau von der linken Protestpartei „Podemos“ (Wir können) zur neuen alten Bürgermeisterin der katalanischen Mittelmeermetropole. Damit wollte Valls verhindern, dass Ernest Maragall von den separatistischen Linksrepublikanern die Macht über die zweitwichtigste Stadt Spaniens bekommt. Das Stadtratsmitglied Valls wird nun als Unabhängiger im Stadtrat sitzen. Die drei anderen Ciudadanos-Abgeordneten im Stadtrat werden in der Partei bleiben.

Bereits nach den vergangenen Parlamentswahlen vom 28. April kam es immer wieder zum Streit zwischen Valls und der Parteispitze. Valls drohte immer wieder mit seinem Rücktritt, sollte Ciudadanos Regierungskoalitionen mit den Konservativen von der PP beitreten, die sich von Vox unterstützen lassen. Jetzt gibt es Gerüchte, dass Valls als parteiloses Mitglied in die spanische Regierung eintreten könnte, um den separatistischen Katalanen Einhalt zu gebieten. *Bodo Bost*

Ladendiebstahl wird professioneller

Die Organisierte Kriminalität drängt auch in diesen traditionell verharmlosten Bereich des Verbrechens

In der Branchensprache heißt es Inventurdifferenzen, umgangssprachlich Ladendiebstähle. Wie man es genau formuliert, ist dabei egal. Der Schaden ist groß.

Bedingt durch Diebstähle geht dem deutschen Einzelhandel pro Jahr ziemlich genau ein Prozent seines Umsatzes verloren. Nach Einschätzung des EHI Retail Institute, einem Forschungs- und Bildungsinstitut für den Handel, entsteht durch Kundendiebstähle ein Schaden in Höhe von rund 2,38 Milliarden Euro, durch eigene Mitarbeiter von etwa 1,01 Milliarden Euro sowie durch Lieferanten und Servicekräfte von zirka 350 Millionen Euro. Statistisch gesehen bedient sich jeder Haushalt jährlich an Waren im Wert von 60 Euro im Einzelhandel, ohne zu bezahlen. Im Branchenvergleich ragen Baumärkte und Drogerien heraus.

Die polizeilich erfassten Ladendiebstähle sind zwar 2018 gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent auf 339 021 Fälle zurückgegangen, die Dunkelziffer ist allerdings hoch. Sie soll bei 98 Prozent liegen. Hochrechnungen des EHI Retail Institute zufolge bleiben jährlich fast 24 Millionen Ladendiebstähle unentdeckt. „An jedem Verkaufstag entsteht dem deutschen Einzelhandel ein Schaden in Höhe von fast 7,7 Millionen Euro durch Kundendiebstahl“, so das Institut.

Fast zwei Drittel der ermittelten Tatverdächtigen sind demnach männlich. Der Ausländeranteil ist überdurchschnittlich hoch, und der Anteil der Mehrfachtäter beträgt rund 60 Prozent. Fast jeder zehnte erwischte mutmaßliche Ladendieb stand zum Tatzeitpunkt unter dem Einfluss harter Drogen.

Die Daten basieren auf einer aktuellen Untersuchung des EHI Retail Institute, an der sich 95 Unternehmen beziehungsweise Vertriebsketten mit insgesamt 22 551 Verkaufsstellen beteiligten, die einen Gesamtumsatz von rund 98,3 Milliarden Euro erwirtschaftet haben. Auf die Frage nach dem

beliebtesten Diebesgut hat das Institut eine einfache Antwort: „Generell gilt: Was sich gut verkauft, wird auch oft geklaut.“ Im Lebensmittelhandel sind es bevorzugt Alkoholika, in Drogeriemärkten Parfüms und Kosmetik. „Im Modehandel werden besonders häufig hochwertige Markenbekleidung, beispielsweise Jeans und Turnschuhe entwendet“, heißt es weiter, während in Baumärkten Akuschrauben und anderes Werkzeug das bevorzugte Diebesobjekt sind. Im Elektronikhandel sind es vor allem „Konsolenspiele, Smartphones und Speicherkarten“.

„Im Handel wird nach wie vor gestohlen, was nicht niet- und na-

lich rund 126 000 Täter wegen Diebstahls und 10 500 wegen schweren Diebstahls. Dem standen laut Kriminalstatistik etwa 378 000 angezeigte Ladendiebstähle gegenüber.

»Die Vorstellung, dass Ladendiebstähle alleine auf das Konto von Jugendlichen und Drogensüchtigen gehen, ist leider naiv«

Erschwerend kommt hinzu, dass es sich oftmals um professionelle Täter handelt. Handel und Polizei beobachten gleichermaßen, dass Ladendiebstähle immer häufiger

genauen Aufgabenverteilung. „Einer beobachtet das Verkaufspersonal und lenkt es ab, einer stellt das Diebesgut in Depots zusammen und trägt die Ware aus dem Geschäft. Eine weitere Person sichert

den Fluchtweg. Da sind inzwischen sehr oft Profis am Werk“, sagt Erich Rettinghaus von der Deutschen Polizei-Gewerkschaft. „Die Vorstellung, dass Ladendieb-

der Ermittler verstärkt aus Osteuropa, Nordafrika und Georgien.

Dabei hat der Einzelhandel in den letzten Jahren vielfältige Maßnahmen gegen Ladendiebstahl ergriffen, wie die Analyse zeigt. Insgesamt investiert der Handel jährlich 1,45 Milliarden Euro in Präventiv- und Sicherungsmaßnahmen – mit wachsender Tendenz. Während 2007 noch rund 60 Prozent der 50 besonders gefährdeten Produkte gegen Ladendiebstahl geschützt wurden, waren es zehn Jahre später mehr als 80 Prozent.

Die zunehmende Bereitschaft, die Ware zu sichern, hat allerdings auch ihre Schattenseiten. „Das ist sicherlich eine Kaufschwelle beim



Aus mangelndem Vertrauen in die Strafverfolgung durch die Staatsorgane setzen Ladenbetreiber zunehmend auf Prävention und Abschreckung: Warmhinweis für potenzielle Ladendiebe

Bild: ddp images

gelfest ist“, sagt Frank Horst, Sicherheitsexperte des EHI Retail Institute. Das hängt auch damit zusammen, dass zumindest Ersttäter kaum oder nur geringe Strafen drohen. Wie aus einer Statistik des Bundesjustizministeriums hervorgeht, verurteilten Gerichte in Deutschland im Jahr 2016 ledig-

lich von gut organisierten Banden begangen werden. Rund ein Viertel des Schadens wird von organisierten Banden gestohlen. Bei Bandendiebstählen werden der Studie zufolge bei einem einzigen Raubzug in der Regel Waren im Wert von 1000 bis 2000 Euro entwendet. Experten berichten von einer

stähle alleine auf das Konto von Jugendlichen und Drogensüchtigen gehen, ist leider naiv.“

So ist der Anteil Nicht-Deutscher, die des Bandendiebstahls verdächtigt werden, seit 2007 rasant gestiegen, von 40 auf inzwischen knapp 70 Prozent. Die Profis kommen nach Erkenntnissen

Kunden“, sagt Stefan Hertel, Sprecher beim Handelsverband Deutschland. Doch wüssten sich die Händler angesichts hoher Verluste durch Ladendiebstähle oft nicht anders zu helfen. „Am Ende ist es eine Kalkulation, die jeder Händler eingehen muss“, so Hertel. Peter Entinger

MELDUNGEN

Deutsche im Abwärtstrend

Düsseldorf – Bei den 70 deutschen Unternehmen der 500 umsatzgrößten Konzerne Europas sind die Gewinne laut „Handelsblatt“ um 17 Prozent auf 86 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr eingebrochen. Grund dafür seien Handelskonflikte und das Ende des China-Booms. Die DAX-Konzerne legten im ersten Quartal des laufenden Jahres das schlechteste Ergebnis seit neun Jahren vor. Dagegen steigerten Europas Top 500 ihre Gewinne insgesamt um knapp sechs Prozent auf 548 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr. In Deutschland hingegen rechnen Konjunkturforscher im zweiten Quartal mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,1 Prozent. MRK

»Job-Sharing« für Manager

Walldorf – Immer mehr Firmen in Deutschland setzen auf Führungstandems, das heißt, zwei Personen teilen sich eine Stelle. Das seit Jahren bekannte „Job-Sharing“ wurde bislang meist auf Stellen der unteren und mittleren Ebene angewandt. Wegen des Fachkräftemangels und dem Wunsch der Arbeitnehmer nach mehr Flexibilität gewinnt es auch in Führungsebenen an Beliebtheit. Der Softwarekonzern SAP beschäftigt bereits 80 Tandems auf unterschiedlichen Ebenen. MRK

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.926.229.272.216 €

Vorwoche: 1.912.437.423.956 €

Verschuldung pro Kopf:
23.201 €

Vorwoche: 23.099 €

(Dienstag, 2. Juli 2019,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

☐ Lastschrift

☐ Rechnung

IBAN:

BIC:

Datum, Unterschrift:

Preußische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche Orientierung in der Medienflut Klartext für Deutschland

vertrieb@preussische-allgemeine.de

Telefon 040-41 40 08 42

Fax 040-41 40 08 51

Es läuft nicht gut

Von Erik Lommatzsch

Schöne Bilder waren es nicht. Während des Empfangs für den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, just zu dem Zeitpunkt als die deutsche Nationalhymne erklang, zitterte die Kanzlerin am ganzen Körper. Nur einige Tage später, bei der Ernennung der neuen Justizministerin, erlitt Angela Merkel einen weiteren Zitteranfall. Die Frage nach einer eventuellen Krankheit stand natürlich sofort im Raum.

Kurz nach dem ersten Unwohlsein hatte sie lächelnd erklärt, sie habe „inzwischen mindestens drei Gläser Wasser getrunken. Das hat mir offensichtlich gefehlt.“ Während dort noch die sommerliche Hitze als belastendes Moment ins Feld geführt werden konnte, fand der zweite Vorfall in einem gut klimatisierten Raum statt. Hier fehlte Merkel offenbar auch kein Wasser, denn das angebotene Glas ließ sie unberührt. Am selben Tag flog sie zum G20-Gipfel nach Osaka und beschied, in der Ferne auf die Angelegenheit angesprochen, sie habe „nichts Besonderes zu berichten. Sondern mir geht es gut.“

Auch anderweitig war man bemüht, die Vorfälle herunterzuspielen. Die „Welt“ zeigte per Video-Interview Wolfgang Nowak, der als „Ex-Planungschef“ im Kanzleramt präsentiert wurde. Man vergaß hinzuzufügen, dass sich das auf die Regierungszeit von Gerhard Schröder bezieht. Nowak, im durchgeschwitzten Hemd übrigens ebenfalls kein schöner Anblick, übte sich in einer abenteuerlichen Unterscheidung von selbst- und fremdbestimmtem Stress. Letzterer sei besonders belastend. Etwa der Brexit, der Gipfel in Japan oder die

Frage, ob Bundeswehr und Polizei „rechtsradikal“ seien. Merkel sei „ein ganz normaler Mensch“ mit Lampenfieber. Soweit Nowak „gehört“ habe, liege kein medizinischer Grund vor. Auf die Außenwirkung angesprochen sagte er: „Natürlich wird Trump seine Bemerkungen machen müssen.“ Von Nowak könnte Regierungssprecher Steffen Seibert noch viel lernen. Nicht nur Pauschalberuhigung per Ferndiagnose, sondern gleich noch austeilen, und sei es nur spekulativ.

Instrumentalisierung ist auch der Grünen-Chefin Annalena Baerbock nicht fremd. Sie sagte, dass „dieser Klimasommer“ – was auch immer ein „Klimasommer“ sein soll – gesundheitliche Auswirkungen habe, werde bei Merkel deutlich. Nach vielfacher Kritik nahm Baerbock ihre Äußerung zurück.

All dies trägt nicht gerade dazu bei, Vermutungen zurückzudrängen, Merkels Probleme seien umfassender, zumal die Symptome wohl nicht erstmalig sichtbar wurden. In der Gerüchteküche tauchen bereits neurologische Erkrankungen auf, bis hin zu Parkinson.

Zu vermuten steht, nicht erst seit dem „Vorschlag“ Sigmar Gabriels, dass Merkel ein Auge auf die EU-Ratspräsidentschaft oder einen anderen Brüsseler Spitzenposten geworfen hat. Dass es sich dann aber hinsichtlich ihrer Wunschnachfolge im Kanzleramt, in Form von Annegret Kramp-Karrenbauer, nach dem derzeitigen Stand der Dinge eher schwierig gestalten dürfte, kommt ihr ebenso wenig zupass wie die nun begonnene Thematisierung ihrer körperlichen Verfassung.

Angela Merkel steht gleich mehrfach unter Druck

Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Persönlichkeit hatte immer alle Schwierigkeiten irgendwie wegreinigen können. Wie ein Opfer fühlte ich mich damals, wenn ich beispielsweise vor der Fernsehkamera saß und die Maskenbildnerin mehrmals nachpudern musste, weil auf meinem Gesicht auf einmal das Wasser stand. Doch ich hatte Glück: Ein Heilpraktiker, den ich konsultierte, erläuterte mir, dass diese Symptome wie Schweißausbrüche, Herzrasen und Schlaflosigkeit alle denselben Ursprung hätten. „Ja“, antwortete ich, „die Wechseljahre, ich weiß.“ Aber der Mann schüttelte den Kopf: „So sagt man zwar, aber die Ursache aller dieser Symptome liegt tiefer: Es ist Angst. Finden Sie heraus, wovor Sie in Ihrem Leben Angst haben, beseitigen Sie die Ursachen, und die Symptome werden vergehen.“

Liebe Frau Merkel, und es war dann tatsächlich so. Ich hatte die Ursache bald

herausgefunden, und in nur wenigen Wochen waren alle Beschwerden verfliegen. Nun sollten wir uns Ihnen wieder zuwenden. Sie wissen schon, was jetzt kommt: Die Ursache für ein so starkes Zittern wie bei Ihnen könnte durchaus ja auch Angst sein. Das zeigt schon unsere Sprache, in welcher der Begriff „vor Angst zittern“ seit Jahrhunderten verankert ist. Die Frage ist: Wovor haben Sie Angst, Frau Merkel? Sie sind doch eine erfolgreiche Frau, der es an nichts fehlt. Sie sind berühmt, wurden lange als mächtigste Frau der Welt bezeichnet, Ihr Einfluss reicht über den ganzen Globus. Haben Sie sich einmal gefragt, was sie derart ängstigt, dass es zu diesen körperlichen Schwächen kommen muss? Gewiss sind derartige Symptome auch Ausdruck von möglichen Krankheiten, aber jede Krankheit, die mit einem sich wiederholenden Zittern verbunden ist, wird von Naturheilmediziner in aller Regel mit Angst oder innerer Panik vor irgendetwas in Verbindung gebracht. Sie selber sind es zwar, die momentan lachend abwinken und wiederholen, dass alles mit Ihnen in Butter sei. Ich kann das aber einfach nicht glauben.

Ist es Zufall, dass mir gerade heute, wo ich wieder einmal über Ihr trauriges Schicksal nachdenke, eine Meldung in die Hände fällt, in der es um Sie geht, Frau

Russland einbeziehen

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Der G20-Gipfel in Osaka lässt einen kleinen Hoffnungsschimmer aufflackern, dass sich die Beziehungen des Westens zu Russland normalisieren könnten. Donald Trump und Wladimir Putin demonstrieren jedenfalls bei ihrem Treffen Harmonie. Ein Signal der Entspannung stellt auch die Entscheidung des Europarats dar, Russland sein Stimmrecht zurückzugeben, das ihm vor fünf Jahren als Sanktion wegen des Krim-Anschlusses entzogen worden war. Letzteres war allerdings mehr dem schnöden Mammon als politischem Kalkül geschuldet. Schließlich fehlen der klammen Organisation die russischen Mitgliedsbeiträge in Höhe von mittlerweile 55 Millionen Euro für 2017 und 2018. Dennoch ist die Tatsache, dass die Mehrheit der 47 Mitgliedsstaaten des Bünd-

nisses trotz des Widerstands der baltischen Staaten und der Ukraine zugunsten Russlands entschied, der erste Schritt in die richtige Richtung.

Die Ukraine stellte einmal mehr ihr Demokratieverständnis unter Beweis, indem ihre Vertreter die Ratssitzung verließen und Kiew anschließend verkündete, seine Mitarbeit im Europarat einzustellen.

Fünf Jahre nach der Verhängung der Russland-Sanktionen hat sich überdeutlich gezeigt, wie wirkungslos diese sind. Es ist daher höchste Zeit, dass Europa und insbesondere Deutschland seine Russlandpolitik überdenkt. Die wirtschaftliche Entwicklung Russlands in den zurückliegenden Jahren mit

einer verstärkten Hinwendung nach China und Indien bezeugen die Blindheit westlicher Politiker für die viel gravierenderen Probleme, nämlich Russlands Lage als Vorhof Chinas, die angespannte Situation am Persischen Golf, die Kriegsgefahr im Iran.

China ist die größte Herausforderung für die Westeuropäer

Statt die jüngsten Re-Demokratisierungstendenzen in Russland zu nutzen und mit dem innenpolitisch unter Druck stehenden Putin auf Augenhöhe zu verhandeln, hat die Bundesregierung nur die Ukraine und deren Befindlichkeiten im Blick. Dabei gibt es nicht nur in Russland Menschenrechtsverletzungen. Auch in der Ukraine sterben Journalisten wie kürzlich der Enthüllungsjournalist Wadim Komarow, der die

Korruption im Stadtrat von Tscherkassy aufgedeckt hatte. Das ist unseren „Qualitätsmedien“ nur eine Randnotiz wert. Wenn Andersdenkende und russischsprachige Bürger diskriminiert werden, stellt sich Deutschland auf die Seite der ukrainischen Regierung, ganz gleich, wie korrupt diese ist. Für jede Menschenrechtsverletzung in Russland wird Putin höchstpersönlich verantwortlich gemacht.

Ganz aus dem Blick gerät die geopolitische Bedeutung Russlands als Puffer zwischen Europa und China. In Sibirien siedelt bereits chinesische Bevölkerung auf russischem Gebiet. Was, wenn die Chinesen weite Teile Sibiriens besetzen? Schon Friedrich der Große warnte davor, dass China erwachen könnte. Peter Scholl-Latour sah gar in China die größere Bedrohung für Europa als im Islam.



Händedruck mit Signalwirkung? Beim G20-Gipfel in Osaka gaben sich Donald Trump und Wladimir Putin betont freundschaftlich

Bild: pa

Zittern vor Angst

Von EVA HERMAN

Merkel? Da werden Sie zitiert mit Sätzen, die ich so überhaupt nicht mit Ihrer heutigen Arbeit in Verbindung bringen kann. Beim CDU-Bundesparteitag in Leipzig 2003 sagten Sie: „Da muss man natürlich darüber sprechen, dass es den Missbrauch des Asylrechts gibt. Da muss man natürlich sagen, die Folge kann nur sein, Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung! Alles andere wird keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden.“ Aber das war noch nicht alles, Frau Bundeskanzlerin, denn Sie sind dann erst richtig in Fahrt gekommen. Und Sie haben Worte gewählt, für die ich Sie umarmen könnte, haben diese doch enorm viel mit meinem eigenen Schicksal in Deutschland zu tun. Also, weiter äußerten Sie vor den CDU-Delegierten im Dezember 2003 in Ihrer Funktion als Oppositionschefin: „Manche unserer Gegner können es sich nicht verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion in die rechtsextreme Ecke zu rücken, nur weil wir im Zusammenhang mit der Zuwanderung auf die Gefahr von Parallelgesellschaften aufmerksam machen.“ Und dann holten Sie noch einmal richtig aus auf diesem CDU-Parteitag vor 16 Jahren: „Das, liebe Freunde, ist der Gipfel der Verlogenheit! Und eine solche Scheinheiligkeit wird vor den Menschen wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen!“

Wow! Welche starken Worte! So viel Wahrheit, die Sie da äußerten, Frau Merkel, ich wiederhole Ihre markante Aussage noch einmal: Der Gipfel der Verlogenheit!

Eine solche Verlogenheit wird vor den Menschen wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen! Aber ich möchte jetzt noch einen draufsetzen: Dass Ihre Aussagen nicht nur eine Eintagsfliege waren, sondern dass Sie absolut überzeugt waren in dieser klaren Haltung, das zeigen noch weitere Zitate, die von Ihnen zum Beispiel ein Jahr zuvor, im September 2002, den parlamentarischen Raum durchdrangen. Damals gab es noch Unterschiede zwischen der CDU/CSU und der SPD, die Sie, Frau Merkel, auch immer wieder deutlich herausstellten. Damals hatten Sie längst erkannt, dass eine unkontrollierte Zuwanderung unser Land in die Katastrophe führen, und dass wir damit ein Riesen-Bildungsproblem bekommen würden. Dem stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden piffen Sie damals folgende Sätze um die Ohren:

„Auch wenn Sie mit noch so treuen Augen, Herr Clement, hier über die Zuwanderung sprechen: Sie wissen doch, wie es ist. Die Menschen im Lande wissen, dass Ihre Gesetze eben keine Begrenzung der Zuwanderung bieten. Und die Menschen im Lande wissen, dass der Herr Schily ... gesagt hat: Das Maß des Zumutbaren ist überschritten. Und sie wissen, dass spätestens nach Pisa doch in Deutschland völlig klar ist: Bevor wir über neue Zuwanderung reden, müssen wir

erst einmal die Integration der bei uns lebenden ausländischen Kinder verbessern ... Sie haben keine einzige Mark vorgesehen, um das Problem zu beseitigen, dass hier in Berlin-Kreuzberg 40 Prozent der ausländischen Kinder und Jugendlichen weder einen Schulabschluss haben noch einen Berufsabschluss, und trotzdem reden Sie über mehr Zuwanderung!“

Gut gebrüllt, Löwe! Sauber, wie Sie das damals herausgearbeitet hatten, Frau Kanzlerin, alle Achtung! Und Sie erinnern sich gewiss an noch so manche andere deftige Aussage Ihrerseits zum Thema, da gibt es hochinteressante Zusammenschnitte im Internet. Was mich allerdings wirklich wundert, ist die Tatsache, dass Sie, Frau Merkel, die Sie Ihrem Volk ja versprochen hatten, jeglichen Schaden von ihm abwenden zu wollen, dann plötzlich Ihr Wort eklatant gebrochen haben. Nein, da müssen wir ganz ehrlich sein, das haben Sie tatsächlich getan. Heute vertreten Sie mit Ihrer grenzenlosen Einwanderungspolitik exakt das Gegenteil von dem, was Sie damals sagten kurz vor Ihrem Amtsantritt als Bundeskanzlerin, bei dem Sie ja sogar auf die Bibel hoch und heilig geschworen hatten, „so wahr mir Gott helfe“.

Diesen Sinneswandel kann ich bis heute echt nicht nachvollziehen, da es ja fast schon schizophren ist: Sie tun jetzt genau das, wofür Sie andere einst schwer angegriffen haben. Und das wissen Sie auch selber, beziehungsweise Ihr Gewissen weiß es! Was immer Sie auch dahin getrieben hat. Wie sagten Sie 2003 so richtig: „Und eine solche Scheinheiligkeit wird vor den Menschen wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen!“ Bei diesen meinen Gedanken erahne ich so langsam ein Verständnis für Ihre derartigen Schüttelanfälle.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Turm der Entrüstung

Der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche schreitet voran – Doch Proteste dagegen ebbten nicht ab

„Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“, dieser Bibelvers aus dem Lukas-Evangelium umspannt seit April in Englisch, Französisch, Deutsch, Polnisch und Russisch den Sockel des Turmes der Garnisonkirche. Während des Ostergottesdienstes wurde in der Nagelkreuzkapelle in Potsdam der Abschluss der Montage des Sandsteinsockels mit der Gemeinde gefeiert.

Den Bau der Hof- und Garnisonkirche gab 1730 der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. in Auftrag und beorderte den Architekten Philipp Gerlach zur Ausführung. Bis 1735 wurden insgesamt 2,5 Millionen Ziegelsteine verbaut. Die prachtvolle Kirche war mit ihrem über 88 Meter hohen Turm bis 1945 das höchste Gebäude der Stadt und als ein Hauptbauwerk des preußischen Barocks Teil der berühmten und weithin sichtbaren Stadtsilhouette Potsdams, des Dreikirchenblicks, bestehend aus Nikolaikirche, Garnisonkirche und Heilig-Geist-Kirche.

Zahlreiche Sichtachsen der später von Peter Joseph Lenné gestalteten Havellandschaft trafen am Standort der Garnisonkirche zusammen. Die Kirche war zunächst Gotteshaus der Potsdamer Garnison, wurde dann mehr und mehr Repräsentationskirche des preußischen Herrscherhauses.

Abweichend von der Familientradition ließ sich König Friedrich Wilhelm I. nicht in der Berliner Domkirche, sondern in der Gruft der Garnisonkirche beisetzen. Ebenso wurde auch König Friedrich II. hier neben seinem Vater zur letzten Ruhe gebettet. Napoleon höchstselbst stand 1806 am Sarg Friedrichs des Großen mit den Worten: „Wenn dieser noch lebte, stünde ich nicht hier!“

Am 21. März 1933 fand in der Garnisonkirche der Staatsakt zur konstituierenden Sitzung des



Der Sockel ist fertig: Alles steht bereit für den Turm der Garnisonkirche

Bild: Imago images/Martin Müller

Reichstages statt. Bei der Verabschiedung kam es zum Handschlag Adolf Hitlers mit Reichspräsident Paul von Hindenburg. Mit ein Grund, warum heutige Gegenstimmen einen Wiederaufbau verhindern wollen.

Beim Luftangriff auf Potsdam, der „Nacht von Potsdam“ am 14. April 1945, brannte das Innere des Kirchenschiffs aus, der Turm mit dem Glockenspiel stürzte teilweise ein. Die SED-Führung der DDR sprengte die wiederaufbaufähige Garnisonkirche trotz erheblicher Proteste aus dem In- und Ausland zur sonntäglichen Gottesdienstzeit im Jahre 1968.

In der wiederaufbaufähigen Kirchenruine war ab 1950 die Heilig-Kreuz-Gemeinde zu Hause. Deren Bemühungen, einen Neubeginn zu wagen, wurden zunichte gemacht durch die Zerstörung des Gebäudes. Doch schon 1987 ließ die „Traditions-gemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V. (TPG)“ das Geläut des

Glockenspiels wiederherstellen und übergab es am 14. April 1991 der Stadt Potsdam.

2004 wurde die Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V. gegründet. Im selben Jahr riefen Bischof Wolfgang Huber, Ministerpräsident Matthias Platzeck und Innenminister Jörg Schönbohm zum Wiederaufbau des einstigen Wahrzeichens der Stadt auf. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, der Kirchenkreis Potsdam, der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein und die Landeshauptstadt Potsdam gründeten die Stiftung Garnisonkirche Potsdam als Bauherrin und Trägerin der späteren Kirche.

2011 konnte eine temporäre Kapelle am ehemaligen Ort der Garnisonkirche eingeweiht werden. In der Nagelkreuzkapelle ist eine Profildgemeinde beheimatet, deren Profil durch den Dreischritt: „Geschichte erinnern, Verantwortung lernen und Versöh-

nung leben“ geprägt ist. Nachdem Coventry 1940 durch deutsche Bomber angegriffen worden war, ließ der damalige Domprobst Richard Howard ein Kreuz aus den Dachbalken der Kathedrale als Zeichen der Versöhnung schaffen und in die Domruine die Worte „Father forgive“ meißeln. Das Nagelkreuz steht heute als sichtbares Zeichen der Versöhnung in vielen Orten der Welt und auch in Potsdam. „Vater, vergib“ ist die zentrale Bitte des Nagelkreuzgebetes. 2013 erfolgte die Baugenehmigung für den ersten Bauabschnitt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übernahm 2017 die Schirmherrschaft über den Wiederaufbau.

Der Turmbau wird in der äußeren Form exakt dem historischen Vorbild entsprechen, der Kirchenraum als Erinnerungs- und Bildungsstätte mehrfach genutzt und technisch dem heutigen Standard entsprechen. Finanziert wird der Bau bisher durch verschiedene

»Das Boot« unter dänischer Flagge

Der Untergang des russischen Nuklear-U-Bootes »Kursk« als Spielfilm – Wolfgang Petersens Film stand Pate

Auch ein dänischer Regisseur kann das Rad nicht neu erfinden. Das Rad, das Thomas Vinterberg in Bewegung gesetzt hat, ist ein Spielfilm über das im Jahr 2000 untergegangene russische Nuklear-U-Boot „Kursk“. Sein gleichnamiger Spielfilm, der vom 11. Juli an in den deutschen Kinos zu sehen sein wird, erinnert in großen Teilen an Wolfgang Petersens „Das Boot“ von 1981. Die filmischen Möglichkeiten, das klaustrophobische Gefühl der in einer engen Metallröhre unter Wasser ums Überleben kämpfenden Mannschaft umzusetzen, scheinen offenbar begrenzt zu sein.

So manches erinnert daher unweigerlich an Petersens ultimativen U-Boot-Film. Etwa wenn sich unter Wasser der massive Bug einem Wal gleich aus dem Dunkel heraus geräuschlos in den Vordergrund schiebt; wenn die Mannschaft an Land noch ausgiebig feiert, bevor sie in See sticht; wenn man sich nach einem Alarm aufgeregt durch die engen Gänge des Bootes zwängt; wenn man verzweifelt die Lecks stopft, durch die Wasser dringt; wenn man nach Luft jappst, weil der Sauerstoff immer knapper wird.

Und doch hat Vinterberg neue Speichen ans alte Rad angebracht. Das ist umso bemerkenswerter, als er sich mit der Schwierigkeit konfrontiert sah, einen Katastro-

phenfilm zu drehen, dessen Ende bekannt ist. Denn nach zwei verheerenden Explosionen im Bugbereich der „Kursk“, die vermutlich durch einen defekten Torpedo ausgelöst wurden, starben im August 2000 in der Barentsee alle 118 Besatzungsmitglieder. 23 von ihnen hatten im Bereich der hinteren Notausstiegs Luke das Unglück noch drei Tage lang überlebt, ehe auch sie erstickten.

Als Gründungsmitglied des Manifests „Dogma 95“ wollte Vinterberg einst zusammen mit seinem Landsmann Lars von Trier in

den 90ern den Film als puren Naturalismus neu erfinden. Seinen gefeierten Film „Das Fest“ von 1998 über eine Feier, auf der ein Familiengeheimnis aufgedeckt wird, hat er mit wackeliger Handkamera aufgenommen und nur Originaltöne und -musik verwendet, so ähnlich wie das heute jeder Smartphone-Nutzer mit eigenen Videomitschnitten macht.

Für „Kursk“ hat Vinterberg dieses radikale Rad dann doch etwas auf die konventionelle Schiene zurückgedreht. Zu hoch wäre das Risiko eines Scheiterns gewesen

bei einem Film, in dem internationale Stars mitwirken: Der Schwede Max von Sydow gibt einen greisen Betonkopf der russischen Marine, der Brite Colin Firth einen forsch zu Hilfe eilenden britischen Commodore, der Österreicher Peter Simonischek einen warmherzigen russischen Admiral, der Deutsche Matthias Schweighöfer als Besatzungsmitglied das erste Opfer bei der Torpedoexplosion.

Interessant wäre es gewesen, wer die Rolle von Präsident Wladimir Putin gespielt hätte, der

anfangs im Drehbuch vorgesehen war. Um den Fokus nicht auf das Politische, sondern auf die Rettung der überlebenden Seeleute zu lenken, wurde auf diesen Charakter verzichtet.

Ein weiser Entschluss. Denn so entstand ein Drama, bei dem die Frauen in den Mittelpunkt rücken und Anklage gegen die russische Staatsmacht erheben, die sie im Unklaren über das Schicksal ihrer Ehemänner ließ. Weil die Russen militärische Geheimnisse nicht preisgeben wollten, verbreiteten sie zunächst Desinformationen (Kollision mit einem US-U-Boot) und schlugen ausländische Hilfsangebote aus. Eigene Rettungsversuche scheiterten infolge maroder Tauchkapseln. Dadurch verging wertvolle Zeit. Als norwegische Taucher eine Woche später zum Wrack durften, konnten sie nur noch die Leichen bergen.

Seine „Dogma“-Vergangenheit mit dem Abfilmen der Realität kommt Vinterberg dabei zugute. So hält er sich strikt an die vermutlich wahren Ereignisse an Bord, und er vergisst das Menschliche nicht. Wenn die Frauen um die Männer bangen, allen voran die französische Schauspielerin Léa Seydoux als schwangere Frau des Kapitanleutnants der „Kursk“, so hat das Qualitäten einer antiken Tragödie. Das ist einfach berührend, aber fern jedes Hollywood-Schmalzes. Harald Tevs

Der Erfinder des Bauhauses

Der Name Walter Gropius ist untrennbar mit dem Bauhaus verbunden. Während das Bauhaus in diesem Jahr sein 100. Jubiläum feiert, jährt sich der Todestag von Walter Gropius zum 50. Mal.

1883 in Berlin geboren, wuchs Gropius in einer Familie auf, in der Architektur eine große Rolle spielte. Sein Vater war Geheimer Baurat im Deutschen Reich, sein Onkel Martin einer der renommiertesten Architekten des Landes. Gropius nahm das Studium der Architektur auf, versuchte es in München und Berlin, brach aber schließlich ab. Aufgrund seines Kontakts zum damaligen Leiter des Folkwang-Museums wurde er ohne die dafür notwendige Qualifikation in den renommierten Werkbund aufgenommen. So wurde 1907 auch die Mitarbeit im Architekturbüro von Peter Behrens möglich, in dem Ludwig Mies van der Rohe und Le Corbusier ihre Karriere starteten.

Vier Jahre diente Gropius als Unteroffizier im Ersten Weltkrieg. Schwer verwundet kehrte er zurück und war aktiv bei der von Bruno Taut ins Leben gerufenen „Gläsernen Kette“, die in geheimen Briefwechseln die Auflösung der bisherigen Grundlagen in der Architektur forderte. Gebäude sollten nicht länger die Persönlichkeit des Künstlers abbilden. 1919 erhielt Gropius das Angebot, Direktor der Großherzoglich-Sächsischen Hochschule für Bildende Kunst in Weimar zu werden. Nach Zusammenlegung mit der Großherzoglich-Sächsischen Kunstgewerbeschule gab Gropius der neuen Schule den Namen „Staatliches Bauhaus in Weimar“.

Das Bauhaus wird ein voller Erfolg auch aufgrund der innovativen Designs und Konzepte der



Gropius im Jahr 1919

Studenten. Trotzdem kommt der Ruhm vor allem dem Mann dahinter zu. Redegewandt und ein sehr guter Organisator, sorgte Gropius für moderne PR.

Während es einige Bauhaus-schüler schafften, sich einen Namen zu machen, traten die Studentinnen kaum in Erscheinung. Gropius soll daran großen Anteil haben, wenn man aktuellen Biografien Glauben schenkt. Seine Einstellung zu Frauen war geprägt vom Kaiserreich. Gropius, dessen erste Ehe mit der skandalumwitterten Alma Mahler nur fünf Jahre dauerte, betrachtete Frauen als Dienstboten.

Zentrales Thema war für Gropius ab 1926 der Massenwohnungsbau. Zu den Projekten, die er entworfen hat, gehörten die Wohnblocks der Siemensstadt in Berlin (1929/1930). 1933 wurde das Bauhaus, da schon am Standort Berlin, durch die Nationalsozialisten geschlossen. Ein Jahr später wanderte Gropius nach England aus. Sein Weg führte ihn 1937 weiter nach Nordamerika, wo er als Professor für Architektur an der Graduate School of Design der Harvard University arbeitete.

Während seiner letzten Lebensjahre reiste Gropius wieder häufig nach Berlin, um dort zu arbeiten. 1969 starb er mit 86 Jahren in Boston. Stephanie Sieckmann

Bild: Wild Bunch Germany 2019



Abschied von der Welt: Kapitänleutnant Averin (Matthias Schoenaerts) auf dem Weg zur „Kursk“

Burg Rheinfels bleibt Staatseigentum

Der Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Georg Friedrich, verliert Prozess vor der Zivilkammer des Landgerichts Koblenz

Die 1. Zivilkammer des Landgerichts Koblenz hat eine Klage von Georg Friedrich Prinz von Preußen abgewiesen. Bei der Klage ging es um die Burg Rheinfels, die seit dem 19. Jahrhundert im Besitz des Hauses Hohenzollern gewesen war.

Mit seiner Klage hatte der Urenkel des letzten Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Wilhelm II., eine Grundbuchberichtigung gegen das Land Rheinland-Pfalz, die Stadt Sankt

Goar sowie gegen die Schloss Rheinfels GmbH & Co. KG erreichen wollen. Allerdings hat der Chef des Hauses Hohenzollern nach Ansicht des Landgerichts keinen Anspruch auf eine solche Berichtigung.

Das Gericht hat geurteilt, die Burgruine hoch über der Stadt Sankt Goar sei nach dem Untergang des Kaiserreichs als „gebundenes Sondervermögen“ an die damalige preußische Kron- gutsverwaltung gegangen. Tatsächlich gehörte die Burg Rhein-

fels ursprünglich zum Kronfideikommiss. Damit sind Vermögen gemeint, die zum Unterhalt von Fürstenhäusern gedacht sind.

Burg Rheinfels war nach dem Ende des Kaiserreichs zunächst in die Verwaltung des preußischen Finanzministeriums über- gangen, das die preußische Krongutsverwaltung eingerichtet hatte. Diese übertrug im Jahr 1924 die Burg Rheinfels auf die Stadt Sankt Goar. Dabei machte die preußische Krongutsverwal- tung zur Bedingung, dass die

Burg als Denkmal erhalten blei- ben muss und auch nicht veräu- ßert oder Dritten unentgeltlich überlassen wird. Für den Fall ei- ner Verletzung dieser Auflagen sicherte sich die Krongutsver- waltung seinerzeit ein Rück- trittsrecht und ließ im Grund- buch eine sogenannte Rückauf- lassungsvormerkung eintragen.

Anlass für die Klage des Chefs des Hauses Hohenzollern war der Abschluss eines über 99 Jah- re laufenden Erbbaupachtvertra- ges für die Burg. Im November

1998 hatte die Gemeinde Sankt Goar der Schloss Rheinfels GmbH & Co. KG ein Erbbaurecht eingeräumt. Nach der Auffassung des in Potsdam lebenden Prin- zen von Preußen war dieses Vor- gehen mit einer Veräußerung des Grundstückes gleichzusetzen.

Nach Auffassung des Landge- richts steht derzeit aber allen- falls dem Land Rheinland-Pfalz als Rechtsnachfolger das Recht zu, den Rücktritt der ursprüng- lichen Übertragung auf die Stadt Sankt Goar zu erklären.

Die preußische Krongutsver- waltung war bereits im Jahr 1927 wieder aufgelöst worden, die Ver- waltungsrechte waren allerdings beim Preußischen Finanzministe- rium verblieben. Im Jahr 1947 gingen die Verwaltungsbefugnisse dann schließlich auf die jeweili- gen deutschen Länder über.

Das Urteil des Landgerichts in Koblenz ist noch nicht rechtskräf- tig. Es besteht die Möglichkeit, das Urteil nach der Zustellung mit einer Berufung noch anzufechten.

Norman Hanert



Bei St. Goar im Oberen Mittelrheintal: Die Burg Rheinfels

Bild: Imago/Jochen Tack

Burg Rheinfels

Die Burg Rheinfels beziehungs- weise das, was von der Spornburg noch vorhanden ist, liegt ober- halb der Stadt Sankt Goar im Rhein-Hunsrück-Kreis in Rhein- land-Pfalz am linken Ufer des Mittelrheins. Sie wurde 1245 von Diether V. von Katzenelnbogen als Zollburg für die rheinaufwärts fahrenden Schiffe erbaut.

Im ersten Revolutionskrieg zwi- schen der internationalen Ge- meinschaft und der Französi- schen Republik zerstörten franzö- sische Revolutionstruppen die Fe- stung. Die vorgelagerten Fe- stungswerke wurden 1796 ge- sprengt, im darauffolgenden Jahr folgten Schloss und Bergfried. 1812 verkaufte das Kaiserreich die Ruine an einen Kaufmann aus Sankt Goar. Anschließend wurde die Burg als Steinbruch für den Wiederaufbau der Festung Ehren- breitstein missbraucht.

Als Folge der Neuordnung Euro- pas nach den napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kon- gress und entsprechend dem Wunsche des österreichischen Kongresspräsidenten und Staats-

kanzlers Clemens von Metternich nach einer starken Präsenz Preu- ßens an Frankreichs Grenze kam das Gebiet 1815 zu Preußen. Die Burg wurde 1843 vom späteren deutschen Kaiser und preußi- schen König Wilhelm I. gekauft. Pläne, einen Teil wieder als Gar- tenschloss aufzubauen, wurden zwar nicht realisiert, aber mit dem Missbrauch als Steinbruch hatte es wenigstens ein Ende.

Seit 1973 beherbergt die Burg ein Hotel. Es trägt seit 2005 den Namen „Romantik Hotel Schloss Rheinfels“. Um Unklarheiten zu beseitigen, was er mit der Burg samt dem Hotel machen werde, wenn er denn den Prozess gewin- ne, hatte Georg Friedrich von Preußen bereits frühzeitig durch den Generalbevollmächtigten des Hauses Hohenzollern und seinen Rechtsanwalt klarstellen lassen, dass er nicht plane, den Pachtver- trag zwischen der Gemeinde Sankt Goar sowie dem Direktor und Geschäftsführer des Hotels ersatzlos zu annullieren, sondern an die Stelle der Gemeinde als Verpächter treten wolle. PAZ

Verjagt, weil er ein Deutscher war

Bischof Willibrord Benzler von Metz musste vor 100 Jahren auf Druck der neuen französischen Autoritäten seinen Bischofssitz verlassen

Nach dem Ersten Weltkrieg mussten Hundertausende von Deutschen das Reichs- land Elsass-Lothringen verlassen. Unter ihnen war auch der geistige Ziehvater von Robert Schuman und Bischof von Metz seit 1901, Willibrord Benzler. Der 1853 als Sohn eines Gastwirtes im Mün- sterland geborene Preuße wurde im November 1892 Prior und spä- ter Abt des neuen Benediktiner- klosters Maria Laach in der Eifel. Da auch Wilhelm II., der in der Gotik die Renaissance der deut- schen Kunst sah, ein Auge auf das Kloster geworfen hatte, traf der junge Abt einige Male den Deut- schen Kaiser und König von Preu- ßen und lud ihn nach Maria Laach ein, wo Künstlermönche der Beur- oner Schule die Kirche im gotisch- klassizistischen Stile ausgestalte- ten. Als Wilhelm II. im Jahre 1900 das Heilige Land besuchte, gehör- te Abt Benzler zu seinem Gefolge. In Jerusalem schenkte der Kaiser den deutschen Benediktinern die Abtei Dormitio auf dem Zions- berg. Abt Benzler durfte den Grundstein legen.

Da Benzler für den Bischofs- stuhl in Köln oder Fulda im Ge- spräch war, kam die Berufung zum Bischof von Metz am 21. Septem- ber 1901 überraschend. In das Amt eingeführt wurde er am 28. Oktober des Jahres durch den damaligen Bischof von Trier, den Elsässer Michael Felix Korum, der sich lange gesträubt hatte, einen deutschen Bischofssitz anzuneh- men. Benzler verdankte sein Amt auch der Gunst und der Freund- schaft des Kaisers. Dieser erwartete

von ihm, dass er unter seinen Diözesanen die Liebe zum deut- schen Vaterland, die trotz 30 Jah- ren Zugehörigkeit zum Deutschen Reich immer noch nicht tief ver- wurzelt war, wachsen lasse. In vie- len Gegenden dieses Bistums wur- de überwiegend Französisch ge- sprochen.

In Metz selbst sprachen zur Amtszeit Benzlers durch vermeh- rten Zuzug aus dem Reichsgebiet etwa 70 Prozent der Einwohner Deutsch. Benzler war loyal gegen- über dem Kaiser, aber er ließ sich nicht zum Werkzeug einer Germa- nisierungspolitik machen. Pastoral setzte Bischof Benzler den Schwerpunkt auf die Einführung einer Sozialpastoral. Er gründete den katholischen Volksverein, die Caritas und weitere soziale Werke, wie sie im Deutschen Reich bereits lange bestanden. In nur einem Dutzend Jahren, zwischen 1902 und 1914, konnte Bischof Benzler 41 neue Kirchen einweihen.

Zwei Jahre nach dessen Amts- einführung besuchte Wilhelm II. den neuen Bischof anlässlich der Einweihung des neuen Westpor- tals der Kathedrale von Metz zum ersten Mal, beide begegneten sich freundschaftlich. Bereits ein Jahr später trübte jedoch die sogenann- te Affäre von Fameck das gute Ver- hältnis der beiden. Bischof Benz- ler hatte es dem Ortspfarrer unter- sagt, einem Protestanten auf dem Ortsfriedhof von Fameck im Osten der Diözese ein katholisches Be- gräbnis zu gewähren. Je mehr Benzler die Gunst des Kaisers verlor, desto mehr gewann er die Her- zen der Lothringer. Ein erster Hö-

hepunkt seines Episkopats wurde der Internationale Eucharistische Kongress von 1907 in Metz, der 50 000 Gläubige und zwei Kardi- näle nach Metz führte. Benzler or-

des Katholikentages war Fürst Aloys von Löwenstein. Im Präsi- dium des Lokalkomitees dieses Katholikentreffens saß ein junger Rechtsanwalt, Robert Schuman.



Von 1901 bis 1919 Bischof des Bistums Metz: Willibrord Benzler

ganisierte maßgeblich den 60. Deutschen Katholikentag, den letzten vor dem Ersten Weltkrieg, der vom 17. bis 21. August 1913 in seiner Bischofsstadt, erstmalig zweisprachig, stattfand. Präsident

Für den späteren Ministerpräsi- denten und Außenminister Frank- reichs sowie Präsidenten des Eu- ropäischen Parlaments sollte dies- ses Katholikentreffen der erste öf- fentliche Auftritt seiner Karriere

sein. Bischof Benzler hatte ihm kurz zuvor, nach Exerzitien im Kloster Maria Laach, die Leitung der katholischen Jugend in seinem Bistum anvertraut.

Der Ausbruch des Ersten Welt- krieges im August 1914 machte Teile des Bistums zum Kriegsge- biet, die deutsche Zivilverwaltung wurde durch eine Militärverwal- tung ersetzt. Für den Bischof wur- de es immer schwieriger, zwischen den Erwartungen der deutschen Regierung und seiner Diözesanen einen Mittelweg zu finden. Im September 1918 erreichten die Kriegshandlungen auch die Stadt Metz, eine Bombe traf auch die Bi- schofsresidenz und verletzte einen Mitarbeiter schwer.

Als nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Metz vom Deutschen Reich an die Französische Repu- blik abgetreten werden musste, wurde ein Deutscher als Bischof problematisch. Bereits beim gro- ßen Friedens-Te-Deum in der Ka- thedrale von Metz am 1. Dezem- ber 1918 bestand der neue franzö- sische Regierungskommissar in Metz, Léon Mirman, darauf, dass Generalvikar Jean-Baptiste Pelt dem Gottesdienst vorstand und nicht der Bischof. Bischof Benzler spürte, dass er als Deutscher nicht mehr gern gesehen war in seiner Bischofsstadt. Bereits am 12. Janu- ar 1919 bot er dem Papst seinen Rücktritt an, „wenn der Heilige Vater auch dieser Ansicht sei“, aber dieser lehnte 13 Tage später das Ansuchen ab und wollte zu- nächst die Unterzeichnung eines deutsch-französische Grenze längerfristig und offiziell regeln-

den Friedensvertrages abwarten. Als der französische Ministerprä- sident Georges Clemenceau ohne Konsultation mit Rom am 19. April 1919 die Ernennung von Generalvikar Pelt, den Bischof Benzler selbst vorgeschlagen hat- te, zum neuen Bischof im Amts- blatt der Republik verkündete, wa- ren Rom und auch viele Katholi- ken in Metz von diesem einseitigen Vorgehen des antiklerikalen Politikers schockiert. Generalvikar Pelt weigerte sich, sein neues Amt anzutreten.

Offiziell angenommen wurde die Rücktrittsbitte von Bischof Benzler von Rom am 10. Juli 1919. In der Zeit bis zu seiner Auswei- sung bekundeten viele Lothringer ihre tiefe Verbundenheit mit dem Bischof, der im „Herzen ein Loth- ringer“ geworden war. Bischof Benzler verließ Metz am 29. Aug- ust, nachdem er die Priester und Gläubigen im Bahnhof von Metz ein letztes Mal gesegnet hatte.

Benzler lebte zunächst bei ei- nem Neffen in Saarburg im Rhein- land. Später ging er in die Abtei von Maria Laach und noch später nach Beuron zurück. Eine Herz- krankheit zwang ihn zum Wechsel in die Zisterzienserinnenabtei Lichtenthal in Baden-Baden, wo eine bessere medizinische Versor- gung möglich war. Am 16. April 1921 starb Benzler in Baden-Ba- den. Er wurde in Beuron begrab- en. Der Bischof von Rottenburg, Paul Wilhelm von Keppler, wür- digte seinen Mitbruder mit den Worten „ein Bischof der seine Di- özese mehr mit Gebeten als mit Geboten regierte“. Bodo Bost

Mehr als nur eine rheinische Frohnatur

Vor 100 Jahren wurde Walter Scheel geboren – Unter seiner Führung vollzog die FDP den Wechsel von der Union zur SPD

Im allgemeinen Gedächtnis geblieben ist Walter Scheel wohl am ehesten als kraftvoller Interpret des Volksliedes „Hoch auf dem gelben Wagen“. Als Höhepunkt seiner Karriere gilt die Amtszeit als vierter Bundespräsident. Sein langes politisches Wirken war allerdings wesentlich facettenreicher.

Walter Scheel, der am 8. Juli 1919 im bergischen Höhscheid, das heute zur Stadt Solingen gehört, geboren wurde, stammte aus eher einfachen Verhältnissen. Sein Vater war Stellmacher. Nach dem Abitur absolvierte er eine Lehre bei der Volksbank. Geplant war ein anschließendes Studium der Wirtschaftswissenschaften. Scheel wurde allerdings mit Beginn des Zweiten Weltkrieges eingezogen. Er diente bei der Luftwaffe, zuletzt als Oberleutnant. Die NSDAP führte ihn in ihrer Mitgliederkartei.

Nach kurzer britischer Kriegsgefangenschaft stieg er in die Rasierklingenfirma seines Schwiegervaters ein. Später war er Teilhaber und Geschäftsführer der Düsseldorf Firmen „Intermarket“ und „Interfinanz“, die in den Bereichen Marktforschung und Unternehmenstransaktionen tätig waren.

Vor allem anderen aber prägte das Leben Scheels die Politik. Bereits 1946 war er der FDP beigetreten. Für den Protestanten spielten hierbei wohl auch konfessionelle Gründe eine Rolle. Zwei Jahre später saß er im Solinger Stadtrat. 1950 wurde er Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen, wo er wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion war. 1956 gehörte er zu den sogenannten Jungtürken, die in Düsseldorf den Koalitionswechsel der Liberalen von der CDU zur SPD betrieben. Anlass war das drohende Grabenwahlssystem, das Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Union gern installiert hätten und das für die FDP mit einem massiven Mandatsverlust verbunden gewesen wäre. Der Koalitionswechsel in Nordrhein-Westfalen hatte zur Folge, dass eine Reihe von FDP-Bundestagsabgeordneten, darunter alle Bundesminister, ihrer Partei den Rücken kehrten und Adenauer im Bundesrat die Mehrheit verlor.

Scheel hielt es nicht in der Landespolitik. Seit 1953 verfügte er

über einen Sitz im Bundestag. Im Unterschied zu den meisten anderen Liberalen hatte er Europa im Blick. Von 1955 an war er Mitglied der „Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“. Als er 1961 dort ausschied, fungierte die Institution bereits unter dem Namen „Europäisches Parlament“.

In jenem Jahr erfolgte für Scheel ein Karrieresprung. Nach der Bundestagswahl musste Adenauer wieder mit der FDP koalieren. Scheel wurde ins Kabinett berufen. Er übernahm das neu errichtete

Erhards Nachfolger Georg Kiesinger bildete eine Große Koalition, die FDP fand sich in der Opposition wieder.

Scheel war damit zwar nicht mehr Bundesminister, von einem Karrierebruch kann allerdings kaum die Rede sein. Er amtierte als Bundestagsvizepräsident. 1968 übernahm er in der Nachfolge von Erich Mende den Vorsitz der FDP. Dies gilt als Wegmarke in der Parteigeschichte. Der nationalliberale Flügel war zurückgedrängt, dominierend wurde in der Folgezeit eine sozialliberale Ausrichtung.

SPD über die absolute Mehrheit im Bundestag. Mit dieser Mehrheit wurde Willy Brandt im Oktober 1969 zum Bundeskanzler gewählt.

Scheel übernahm das Außenministerium und die Vizekanzlerschaft. In seine Amtszeit fällt die Umsetzung der Neuen Ostpolitik, etwa mit dem Moskauer und dem Warschauer Vertrag von 1970 sowie dem Prager Vertrag von 1973. Durch das Überreichen des etwas hilflos wirkenden „Briefes zur deutschen Einheit“ an die Sowjets wollte Scheel demonstrieren, dass man

Schmidt von der SPD zum Kanzler und in der Bundesversammlung, wie schon länger geplant, den FDP-Kandidaten Scheel zum Bundespräsidenten.

In Abgrenzung zu seinem Amtsvorgänger, dem ernsten, puritanischen, tief religiösen, moralisch anspruchsvollen, intellektuellen Gustav Heinemann, der sich bewusst als „Bürgerpräsident“ verstand, versah die Frohnatur, als die sich der „Krawattenmann des Jahres 1969“ mit seinem Mut zur Extravaganz und den zwar wenigen, aber dennoch

dent, der seinen Spielraum ausgeschöpft hat, gilt er jedoch nicht.

Der Terror der Rote Armee Fraktion (RAF) erreichte 1977 mit dem „Deutschen Herbst“ einen Höhepunkt. Scheels Ansprache für den ermordeten Hanns Martin Schleyer gilt vielen als Ausweis seiner Fähigkeit, den richtigen Ton zu treffen. Er selbst hätte gern für eine zweite Amtszeit kandidiert, doch er war kein Träumer. Einen Tag nachdem die Union, die in der siebten Bundesversammlung eine klare Mehrheit hatte, mit Karl Carstens einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, gab er seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur bekannt.

Der Bonner Journalist Walter Henkels sagte über Scheel, man müsse „in seinen unzähligen Reden nach der Stelle suchen, wo er einen Menschen verletzte“. Unkonventionell wirkte der bis dahin jüngste Bundespräsident, nicht zuletzt wegen seiner Familienverhältnisse. Ein zu der Zeit schon erwachsener Sohn stammte aus erster Ehe. Seine zweite Frau, die Ärztin Mildred Scheel, hatte eine Tochter mit in die Beziehung gebracht. Zusammen bekamen sie eine weitere Tochter und adoptierten schließlich noch ein bolivianisches Waisenkind. Im Unterschied zu seinen Vorgängern verbat sich Scheel Briefmarken mit seinem Porträt.

Schon als Außenminister hatte er 1973 zugunsten der Behindertenhilfsorganisation „Aktion Sorgenkind“ mit musikalischer Unterstützung von Düsseldorfer Männergesangsvereinen für einen guten Zweck das Lied „Hoch auf dem gelben Wagen“ aufgenommen. Doch auch später gab Scheel das Volkslied bei öffentlichen Auftritten oftmals zum Besten. Das Stück erreichte in der Interpretation durch Scheel Platz fünf in den Singlecharts, und bei einem Besuch des FDP-Politikers in Mali spielten die Gastgeber es als vermeintliche deutsche Nationalhymne. Scheel ertrug es mit Fassung.

Nach dem Ende seiner Amtszeit bekleidete er eine große Zahl von Ehrenämtern wie das des Vorsitzes in der Bilderberg-Konferenz. Im Alter von 97 Jahren ist Walter Scheel am 24. August 2016 in Bad Krozingen gestorben. *Erik Lommatzsch*



Singend auf einer Parteiveranstaltung: Altbundespräsident Walter Scheel im Jahre 1985

Bild: Imago/Jürgen Ritter

„Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Bis auf die Unterbrechung durch die „Spiegelaffäre“ Ende 1962 – damals verließen die FDP-Minister kurzzeitig die Regierung – blieb er bis 1966 im Amt, also auch unter Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard. Am Ende von dessen Kanzlerschaft hatte Scheel entscheidenden Anteil, verweigerte er doch mit den anderen Liberalen die Zustimmung zu Steuererhöhungen. Die FDP schied aus der Regierung aus.

Scheel zeigte seine Präferenzen bei der Bundespräsidentenwahl vom März 1969. Dort unterstützte er den SPD-Kandidaten Gustav Heinemann. Das äußerst schlechte FDP-Bundestagswahlergebnis vom September jenes Jahres – die Partei kam lediglich auf 5,8 Prozent – quittierte er mit dem Satz: „Die Verantwortung trage ich allein.“ Die knapp sechs Prozent reichten jedoch, um als Königsmacher zu fungieren. Gemeinsam verfügten die Liberalen und die

trotz allem an diesem Ziel festhalten. Der Brief hatte nicht zuletzt die Funktion, einem Einspruch des Bundesverfassungsgerichts gegen die in der Bundesrepublik umstrittenen Verträge vorzubeugen.

Nach dem Rücktritt Brandts als Bundeskanzler im Mai 1974, der Scheel in seiner Funktion als Vizekanzler für knapp zehn Tage zum Regierungschef der Bundesrepublik machte, kam es zum Postenwechsel. Sozial- und Freidemokraten wählten im Bundestag Helmut

schwer zu bändigenden Haaren gerne präsentierte, das Amt mit größerem äußeren Glanz. Trotzdem sagte er selbst, die Aufgabenzuschreibung „Hüter der Verfassung“ habe ihm immer besser gefallen als die Bezeichnung „Repräsentant“.

Er äußerte durchaus eigene Vorstellungen. So ließ er etwa nach der Bundestagswahl von 1976 erkennen, dass er eine Kanzlerschaft Helmut Kohls zu dieser Zeit favorisierte hätte. Als „politischer“ Präsi-

Ewiger Zankapfel an der Saar

Erze und Kohle machten die Region zum umkämpften Gebiet

Visionäre träumten schon in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg von einem vereinten Europa. Doch dem Baubeginn des europäischen Hauses standen die ungelöste Saarlandfrage und die noch ausstehende Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland im Wege. Erst am 6. Juli vor 60 Jahren war die Rückkehr des Saarlands nach Deutschland abgeschlossen. Die Franzosen mussten sich zurückziehen.

Die reichen Bodenschätze der Saarregion, Steinkohle und Erze, dazu die großen Wälder als Holzlieferant, lockten im Lauf der Geschichte immer wieder Interessenten an. Oft trug das umkämpfte Grenzgebiet französische Namen: Province de la Sarre, Département de la Sarre, Territoire du Bassin de la Sarre. 1680 gelang es dem machtbessenen französischen König Ludwig XIV. mit einem Trick, sich das Saargebiet einzuverleiben. Der Sonnenkönig setzte eine Reunionskammer ein, die alte Lehenzugehörigkeiten prüfen und einen Anspruch auf Gebiete des Heiligen Römischen Reichs ju-

ristisch untermauern sollte. So kamen neben dem Saarland auch Teile des Elsass, Luxemburgs und der Pfalz an Frankreich.

Während der Französischen Revolution drangen deren Garden bis an die Saar vor. Einigen Orten, die mit dem Geschehen in Frankreich sympathisierten, kamen die Besatzer nicht ungelegen. Sie sandten Reunionsadressen nach Paris und baten um Anschluss an die junge Republik. Nach dem Ende der Direktorialzeit und der Krönung Napoleon Bonapartes zum Kaiser mussten Männer von der Saar mit französischen Truppen bis nach Moskau und Kairo marschieren.

Als Napoleon endgültig besiegt war, sortierte sich Europa neu. Der größte Teil des Saarlands kam 1815 zum Königreich Preußen, der kleinere zum Königreich Bayern. 100 Jahre lang blieben die Grenzen unverändert.

Der Sieger nimmt sich alles, so sahen die Deutschen nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg den Versailler Vertrag, den Frankreichs Ministerpräsident Georges Clemenceau, Englands Premier David Lloyd George und US-Präsident

Thomas Woodrow Wilson im Schloss des Sonnenkönigs bei Paris aushandelten. Die Vertreter des Deutschen Reichs blieben draußen vor der Tür, während sich dessen Schicksal entschied. Die geforderten Reparationen waren eine schwere Bürde für die Weimarer Republik und führten zum Erstarren des Nationalsozialismus. Der „Erbfeind“ Frankreich beanspruchte die Oberhoheit über das Saarland mit seiner weit entwickelten, modernen Industrie, deren Hütten Eisen und Stahl produzierten.

Im Versailler Vertrag wurde das Land gemäß der Artikel 45 bis 50 unter die Verwaltung des Völkerbunds gestellt, die von Frankreich geforderte Annexion scheiterte am Veto der USA. Präsident Woodrow Wilson beharrte auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das auch für die Bewohner des Saargebiets gelten sollte. Sie kamen für 15 Jahre unter französische Verwaltung. Die Franzosen erhielten das alleinige Recht zum Abbau der Steinkohle. Nach Ablauf dieser Zeit sollten die Bürger in einem Volksentscheid bestimmen, ob sie zu Frankreich oder zu Deutschland

gehören wollten. Zähneknirschend beluden die Bergleute unter der Aufsicht französischer Kommissare Eisenbahnwaggons mit ihren Bodenschätzen. Die Züge rollten zu Tausenden in Richtung Frankreich. Die Saarländer fühlten sich durch den Versailler „Schandvertrag“ als weiße Sklaven der Kolonialmacht. Der Franc wurde als allein gültige Währung eingeführt. Franzosen übernahmen in den Gruben und Hütten die wichtigen Posten. Als das Deutsche Reich auch Teile des ober-schlesischen Kohlebeckens an Polen abtreten musste, hatte Frankreich sein Ziel erreicht. Nicht mehr Deutschland, sondern Frankreich war der größte Eisenproduzent Europas.

In der Bevölkerung des Saarlands garte es. Deutsch und französisch sprechende Bewohner standen sich feindlich gegenüber. Die Mehrheit der Bevölkerung wollte zurück ins „angestammte Vaterland“, in dem 1933 die Nationalsozialisten die Macht ergriffen hatten. Beim Saarreferendum 1935 stimmten über 90 Prozent der Bevölkerung für einen Anschluss an Deutschland. Hitler verbuchte das

Ergebnis als ersten großen Erfolg seiner Politik.

Bei der Potsdamer Konferenz auf Schloss Cecilienhof vom 17. Juli bis 2. August 1945 wiederholten die Franzosen ihre Forderungen in Bezug auf das Saarland. Wieder scheiterten sie am Einspruch der anderen Verbündeten. Frankreich musste sich mit einer Wirtschaftsunion und einer angestrebten Autonomie des Saarlands zufriedengeben, betrieb aber weiter die Trennung von Deutschland, indem es die Saarregion aus dem Besatzungsgebiet herauslöste. Durch diesen Schachzug blieb sie auch nach der Gründung der Trizone unter Pariser Kontrolle. 1947 ließ der französische Hochkommissar Landtagswahlen abhalten. In der Verfassung wurde die Abspaltung von Deutschland festgeschrieben. Das Saarland war nun autonomes Gebiet mit dem Franc als Währung. Deutschfreundliche Stimmen wurden unterdrückt. So sah kein friedliches Miteinander aus.

Ein Gruß aus Paris, der Auftritt der Sängerin Edith Piaf in Saarbrücken, erregte Freude, nicht aber eine Idee, deren Urheber

man im Élysée-Palast vermutete. Das Saarland sollte der erste „Europäische Staat“ werden, ein „kleines Europa“, mit endgültiger Abtrennung von Deutschland. In einem Referendum sollten die Saarländer 1955 über das Saarstatut entscheiden. Im Vorfeld gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern und denen, die das Konstrukt ablehnten. Wahlparolen wie „Europa ja, aber kein Kolonialstaat“ und „Saarstatut, der Schlüssel zum Frieden“ prallten aufeinander. Das Wahlergebnis fiel eindeutig aus. Zwei Drittel der Bevölkerung stimmten für eine Rückkehr nach Deutschland.

Politisch wurde das Saarland schon am 1. Januar 1957 Bundesland, die Eingliederung war aber erst am 6. Juli 1959 mit der Einführung der D-Mark abgeschlossen. Das erste Treffen zwischen Konrad Adenauer und Charles de Gaulle auf dessen Landsitz Colombey les Deux Églises war der Beginn einer Aussöhnung zwischen beiden Ländern und machte den Weg frei für die Schaffung des vereinten Europas. *Klaus J. Groth*



Moment der Woche

Die Feriensaison hat begonnen. Während Berliner, Brandenburger und Hamburger Kinder schon Ende Juni frei bekommen, sind die meisten übrigen Bundesländer diese Woche gefolgt. Nordrhein-Westfalen

Ferien, es geht los! Und wohin geht es?

kommt am 15. Juli dran, Bayern und Baden-Württemberger schließen den Reigen am 29. Juli ab. 2018 sind 62 Prozent der Deutschen verreist. Und wohin

ging es? Mit 34 Prozent war Deutschland selbst das beliebteste Reiseziel der Deutschen, und wird es auch dieses Jahr bleiben.

Unter den Bundesländern zog Mecklenburg-Vorpommern die meisten Bundesbürger an (acht Prozent), gefolgt von Bayern (7,3), Niedersachsen (4,4), Schleswig-Holstein (4,2) und Baden-Württemberg (3,4 Prozent). *H.H.*

23 Millionen zu wenig

Globaler Frauenmangel wird zum Problem – Elf Länder besonders hart betroffen

Im April veröffentlichte eine Forschergruppe um Fengqing Chao von der Nationalen Universität Singapur einen bemerkenswerten Artikel in der renommierten US-Wissenschaftszeitung „Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America“. Der Beitrag trug den etwas sperrigen Titel „Systematische Bewertung des Geschlechterverhältnisses bei

Mancherorts kommen 80 Frauen auf 100 Männer

der Geburt für alle Länder und Schätzung der nationalen Ungleichgewichte und regionalen Referenzwerte“. Deswegen erlangte er auch kaum größere Beachtung.

Dabei sind die darin enthaltenen Zahlen nachgerade sensationell beziehungsweise besorgniserregend: Zwischen 1970 und 2017 wurden weltweit mindestens 23 Millionen Mädchen weniger geboren als statistisch zu erwarten gewesen wäre. Besonders

auffällig ist der Überschuss an Jungen in elf Staaten, nämlich Albanien, Armenien, Aserbaidschan, China, Georgien, Indien, Südkorea, Montenegro, Taiwan, Tunesien und Vietnam. Darunter wiederum rangieren die bevölkerungsreichen Länder China und Indien an der Spitze. Hier kommen in manchen Regionen nur noch knapp 80 Frauen auf 100 Männer.

Die Ursache für das Missverhältnis liegt darin, dass weibliche Föten immer öfter gezielt abgetrieben werden. In Indien finden pro Jahr inzwischen um die zwei Millionen entsprechende Schwangerschaftsabbrüche statt – und in China läuft die Abtreibungsindustrie ebenfalls auf Hochtouren. Die Eltern wollen Söhne, Söhne und nochmals Söhne, denn allein die garantieren ihren Erzeugern eine ausreichende Altersversorgung, was von existenzieller Bedeutung ist, wenn es keine staatlichen Sicherungssysteme gibt oder diese kollabieren.

Töchter kümmern sich nach der Heirat nämlich nur um ihren Mann und die Schwiegereltern. Zudem verursachen sie als junge Frauen noch immense Kosten für

die Mitgift. Deshalb sind sie verbreitet unerwünscht, wobei in der Volksrepublik China bis 2015 noch die rigide Ein-Kind-Politik hinzukam, welche das Problem zusätzlich verschärfte.

Mittlerweile zahlen die Länder mit eklatantem Männerüberschuss einen hohen sozialen und wirtschaftlichen Preis für die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte. Unter den Millionen von Männern ohne Aussicht auf Partnerinnen machen sich psychische Erkrankungen breit: Viele werden depressiv und selbstmordgefährdet, andere entwickeln aggressive Symptome oder zeigen gar kriminelle Verhaltensweisen.

Auch kommt es zunehmend häufiger zu Vergewaltigungen, und der illegale Handel mit entführten Frauen boomt. Außerdem ist ein riesiger Markt für freiwillige „Importbräute“ entstanden. Diese entstammen vor allem Ländern wie Laos, Kambodscha und Myanmar (Birma), aber zunehmend bieten sich nun auch Ukrainerinnen und Russinnen feil. Letztere schätzen an den asiatischen Männern insbesondere, dass sie arbeitsam und kaum dem Alkohol zugeneigt sind.

Dafür benötigen die heiratswilligen Herren natürlich Geld, denn bei Ausländerinnen winkt keine stattliche Mitgift, vielmehr sind horrend „Vermittlungsgebühren“ fällig. Und deshalb sparen viele Noch-Jungesellen mit eiserner Zähigkeit, was in China zu Konsumeinbrüchen führt und die Exportüberschüsse hochtreibt: Wer sein Geld mit der Produktion von Exportartikeln verdient und mög-

Indien und China zeigen die größten Defizite

lichst viel davon auf die hohe Kante legt, um sich irgendwann eine Frau leisten zu können, der kauft natürlich kaum teure Importgüter und konsumiert auch sonst so verhalten wie möglich.

Angesichts dieser massiven Verwerfungen infolge Frauenmangels erscheint die deutsche „Flüchtlings“-Politik noch irrwitziger als ohnehin schon, denn 70 Prozent der aufgenommenen „Schutzsuchenden“ hierzulande sind ja Männer. *Wolfgang Kaufmann*

Wie umweltschädlich ist Windkraft wirklich?

Untersuchungen wecken Verdacht: Hatte der Dürresommer 2018 vielleicht weniger mit dem Klima zu tun als mit dessen »Schutz«

Windkraftanlagen überwuchern das Land und stoßen wegen der Verheerung des Landschaftsbildes und störender Geräusche auf wachsenden Widerstand. Nun schält sich heraus, dass die Monsterräder noch weitere, ernstzunehmende ökologische Schäden verursachen.

Windkraft gilt in Deutschland ohne Vorbehalt als umweltfreundliche erneuerbare Energie. Zusammen mit Solarenergie sollen Windparks als Ersatz für Kohle dabei helfen, die deutschen Klimaziele zu erreichen. Geplant ist die Einsparung von mindestens 40 Prozent Kohlendioxid bis 2030.

2017 erzeugten die deutschen Windenergieanlagen (WEA) an Land und auf See mehr als 97 Terawattstunden Strom (Ein Tera ist eine Billion oder 1000 Milliarden). Mit 35 Prozent der Nettostromerzeugung stellte Windkraft hinter Braunkohle erstmals den zweitgrößten Anteil an der deutschen Stromproduktion vor Atomenergie und Steinkohle. Angeheizt durch die Klimadebatte dürfte der Ausbau noch weiter beschleunigt werden.

Doch in den Jubel darüber mengen sich zunehmend Nachrichten über negative ökologische Folgen der Windrad-Inflation, an die bislang kaum jemand denken mochte. Vögel, Fledermäuse und Milliarden von Insekten fallen den Rotorblättern zum Opfer.

Nun kommt ein weiterer Verdacht hinzu: Könnten die mehr als 30 000, überwiegend im Nordwesten, Nordosten sowie in Brandenburg installierten Windräder mit der anhaltenden Trockenheit in diesen Landesteilen in Zusammenhang stehen? Die Frage drängt sich auf, da hier die Entwicklung hin zu langanhaltenden Trockenperioden während der Sommermonate vor mehr als 15 Jahren einsetzte, parallel zum Ausbau der Windkraft, parallel aber auch zur Umwandlung der früheren Kulturlandschaften in sogenannte Agrarwüsten zwecks Biosprit-Produktion.

Von Schwankungen abgesehen, war die achtmonatige extreme

Dürre von 2018 im norddeutschen Tiefland und großen Teilen Mitteldeutschlands weitaus am stärksten ausgeprägt. In den Bundesländern Niedersachsen und Brandenburg kämpften die Feuerwehrleute gegen verheerende Wald- und Moorbrände. Auch im vergangenen Winter fielen die Niederschläge zu gering aus.

Als Ursache gilt offiziell der Klimawandel, ohne dass diese extrem beunruhigende, sich womöglich weiter zuspitzende Entwicklung näher hinterfragt wird. Bislang sah sich die Bundesregierung nicht veranlasst, Forschungen über mögliche besondere Ursachen für die ausbleibenden Niederschläge in Auftrag zu geben. So wenig ist die brisante Situation bislang vor allem den Städtern bewusst, dass manche Hamburger noch immer aus alter Gewohnheit vom typischen „Hamburger Schietwetter“ sprechen, wenn es denn endlich einmal regnet. Denn die Region des südwestlichen Holstein war bis vor wenigen Jahrzehnten mit ei-

nem gemäßigten Klima mit ausreichenden jährlichen Niederschlägen gesegnet. Hier entstand aus diesem Grund nach 1900 das weltweit größte Baumschulgebiet. Und heute?

Ist Regen angekündigt, so bleibt er oft aus oder es nieselt nur kurz. Regnet es einmal kräftiger, so ist maximal nach zwei, drei Stunden schon wieder Schluss. Bei der Suche nach den Ursachen für diesen anhaltenden Trend ist zunächst der immense Schwund von Grünland in der norddeutschen Ebene bis ins Vorland der Mittelgebirge in Betracht zu ziehen. Millionen Hektar Wiesen, Weiden, Knicks (Hecken) und Wälder sind dem Feldbau zum Opfer gefallen, größtenteils dem lukrativen Anbau von Mais zur Erzeugung von „Bio“-Energie.

Just dort, wo sich weitläufige Agrarländereien mit geringer Bodenfeuchte aneinanderreihen, sind die weitaus meisten WEA installiert worden und wird der Ausbau der Windenergie in hohem Tempo weiter vorangetrie-

ben. Dass sich die Witterung genau hier am extremsten gewandelt hat, müsste eigentlich mit der besonderen Entwicklung dieser Regionen zusammen betrachtet werden.

Bereits seit etwa zehn Jahren liegen durch Satellitendaten und Modellanalysen internationaler Forschungsinstitute warnende Hinweise auf einen „nicht zu vernachlässigenden“ Einfluss von Windparks auf das regionale Klima und Wettergeschehen vor. Dieser Einschätzung schließen sich die bekannten Meteorologen Mojib Latif und Sven Plöger auf Nachfrage an, wollen sich dazu jedoch nicht näher äußern. Indessen schafften es diese Warnhinweise nicht in die öffentliche Debatte über Windenergie. Windkraft gilt als rundweg positiv.

Es könnte jedoch fatale Folgen haben, wenn weiterhin kein namhafter Wissenschaftler die Forderung erhebt, das Phänomen der anhaltenden Trockenheit auch in Bezug auf das heikle Zusammenwirken von Windkraft und Inten-

sivlandwirtschaft zu hinterfragen. Geforscht wird in Deutschland bislang nur im Hinblick auf die gegenseitige Beeinträchtigung der Leistung von WEA aufgrund ihrer Wirbelschleppen (turbulente Nachläufe).

Aber wie könnten Windräder das Wetter überhaupt beeinflussen? „Wenn wir einem aktiven System – also nichtfossiler Energie – Energie entziehen, beeinflussen wir die Energieflüsse in dem System, und zwar umso stärker, je mehr wir dort eingreifen“, heißt es in einer Studie der französischen Forschungsorganisation CNRS vom Februar 2014. Mit ihren Wirbelschleppen verändern Windräder also die Luftbewegungen in den unteren Schichten der Atmosphäre.

Der Wind hinter den WEA wird gebremst, und im Windschatten entsteht Luftunruhe infolge von Verwirbelung, auch Turbulenz genannt. Das führt zu einem Temperaturanstieg, der sich besonders nachts bemerkbar macht. So wurde durch Modellstudien in großen Windparks in Texas nachgewiesen, dass die Temperaturen in den Parks innerhalb eines Jahres um 0,72 Grad Celsius höher lagen als in angrenzenden Gebieten („Nature Climate Change 2“, 2012, S. 539).

Hinzu kommt: Um große Windparks herum können die Luftmassen zur Seite oder nach oben abgelenkt werden. Je nach Wetterlage, Windrichtung und Lufttemperatur normalisiert sich die Strömung erst nach zehn bis 100 Kilometern hinter den WEA wieder. Dementsprechend kann es theoretisch zur Verwirbelung von Wolkenfeldern kommen und damit zur Verhinderung von Niederschlägen.

Außerdem, so die weitere Annahme, könnten diese Vorgänge die Wasserkreisläufe erheblich verändern. Spurenstoffe, Wasser und Energie müssen beim Transport zwischen Atmosphäre und Boden verschiedene Grenzschichten passieren. Ist der Transport durch turbulente Strömungen behindert, so betrifft dies auch die Kondensierung von Wasserdampf und damit die Wolken-

bildung. Für Regionen mit Intensivlandwirtschaft und entsprechend geringer Bodenfeuchte könnte dies verheerende Folgen haben.

Im Juni 2015 befasste sich an der Harvard-Universität in Cambridge (USA) eine Arbeitsgruppe internationaler Forscher aus verschiedenen Fachdisziplinen mit dem Thema Windkraft. Bemerkenswert ist der Abschlussbericht, in dem die Forscher dringenden Forschungsbedarf anmelden. Hier ein Ausschnitt: „Obwohl die Wirbelschleppen der Windturbinen gegenwärtig im Fokus der Forschungen sind, verstehen wir noch zu wenig über die Wirkung einzelner Windturbinen oder von Windparks. Insbesondere über den Umfang der Windschleppen und die Umwandlung von Energie in Wärme durch die

Die einst regenreiche Tiefebene ist besonders betroffen

Nachläufe über den gesamten Bereich der Turbinenanordnungen sowie in Bezug auf die atmosphärischen Verhältnisse haben wir noch kaum Erkenntnisse. Es bleibt festzuhalten, dass hinsichtlich der Einschätzung der lokalen und regionalen Klimaeffekte von Windturbinenfeldern eine große Unsicherheit verbleibt.“

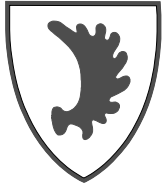
Zum Schluss noch dies: Eine Erlangerin fotografierte auf einem Flug von Nürnberg nach Berlin durch das Kabinenfenster Windräder, die eine tiefliegende Wolkenschicht verwirbelten. Ihr spektakuläres Foto war im März 2011 im Freilichtmuseum Hessenpark in Neu-Anspach ausgestellt. Die Jury des Fotopreises „Mensch und Natur“ lobte die Aufnahme, weil die „enorme Kraft des Windes auf einzigartige Weise sichtbar gemacht“ worden sei. Man stelle sich vor, welchen Schaden Windräder nach dem „Empowering“ (Erhöhung auf 150 Meter und vergrößerte Rotorblätter) womöglich anrichten.

Dagmar Jestrzemeski



Bis zu 100 Kilometer lange Wirbel: Windräder bei Marsberg im Sauerland

Bild: Imago/Hans Blossley



MELDUNGEN

Königsberg wächst rasant

Königsberg – Die Bevölkerung der Pregelmetropole wächst schneller als im strategischen sozial-ökonomischen Wirtschaftsplan angenommen. Wie der Stadtratsvorsitzende Andrej Kropotkin bekannt gab, müsste die Bevölkerung laut Prognose bis zum Jahr 2035 um 500 000 Menschen zunehmen müssen. Nach heutigen Erkenntnissen wird diese Zahl jedoch schon zwischen 2020 und 2022 erreicht sein. Der Abgeordnete warnte, dass die Stadt in vielen Bereichen der sozial-ökonomischen Entwicklung und dem Ausbau der Infrastruktur nicht Schritt halten könne. Das betreffe vor allem Kindergärten. Zwar baue die Stadt weiter neue Kindergärten und Schulen, aber weite Wege in benachbarte Stadtteile ließen sich leider nicht verhindern. Laut der Statistikbehörde „Rosstat“ sind Immigranten für die Bevölkerungszunahme verantwortlich. *MRK*

Neue Fahrkarten für Busse

Königsberg – Seit dem 1. Juli gibt es im Personennahverkehr der Stadt ein neues Bezahlssystem. Für 100 Rubel (1,40 Euro) kann man eine Chipkarte kaufen, die mit einem Betrag bis zu 15 000 Rubel (209 Euro) aufgeladen werden kann, und die eine Gültigkeitsdauer von fünf Jahren hat. Die Karte mit der Bezeichnung „Wolna Baltiki“ kann im Büro in der Labiauer Straße [ul. Gagarina 103] sowie an sieben Kiosken in der Stadt erworben werden. Bis Ende Juli sollen sie überall verfügbar sein. Die Tickets sollen künftig an Selbstbedienungsmaschinen, an Kiosken, Bankautomaten oder auch zuhause am Computer aufgefüllt werden können. Daneben gibt es weiterhin die Möglichkeit, Fahrkarten beim Fahrer zu kaufen oder bargeldlos mit dem Handy oder anderen mit der NFC-Technik ausgestatteten Geräte zu bezahlen. *MRK*

Partnerschaft in Planung

Neumünster/Gumbinnen – Die schleswig-holsteinische Stadt Neumünster plant, eine Städtepartnerschaft mit der nordostpreußischen Stadt Gumbinnen einzugehen. Zu ersten Gesprächen waren im April bereits Hans Iblher und Klaus-Dieter Bülck von der Stadtverwaltung Neumünster nach Gumbinnen gereist und hatten dort Kontakte zur Neumünsteraner Wirtschaftsagentur und dem Unternehmensverband hergestellt. In der zirka 30 000 Einwohner zählenden Stadt Gumbinnen lernen rund 200 Jugendliche Deutsch als erste Fremdsprache in der Schule und weitere 200 lernen es als zweite Fremdsprache. Neumünster pflegt bereits drei weitere Städtepartnerschaften in Großbritannien, Mecklenburg-Vorpommern und Polen. Mit diesen Städten gibt es einen regelmäßigen Jugendaustausch. *MRK*

Siebte Sommerolympiade in Osterode

LO und VdGEM luden zum Wettbewerb ein – 70 Jugendliche traten an, um ihre Kräfte zu messen

Das erste Wochenende der Schulferien ist inzwischen traditionell der Sommerolympiade der deutschen Jugend im südlichen Ostpreußen vorbehalten, die der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) und die Vertretung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Allenstein organisieren.

Der Termin ist fest im Kalender der jungen Menschen, die auch zur siebten Ausgabe in diesem Jahr, der zweiten in Osterode, in Scharen kamen. Vom 21. bis 23. Juni versammelten sich 70 Jugendliche zu Sport und Integration.

Nach den positiven Erfahrungen des vergangenen Jahres hatten sich die Organisatoren der Sommerolympiade auch in diesem Jahr für Osterode und das dortige Stadion als Austragungsort entschieden. Und diesmal ließ auch das Wetter nichts zu wünschen übrig, so Hauptorganisatorin Edyta Gladkowska vom Büro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein: „Sonnig, aber nicht zu heiß, etwas windig. Ideal für die leichtathletischen Disziplinen wie den Dreikampf und den Langlauf, aber auch später für Beachvolleyball und Schwimmen.“ Auch die gelungene Integration mit den „tollen jungen Menschen“ am Freitagabend vor den sportlichen Wettkämpfen ließ sie am Sonnabendmorgen sehr gute gemeinsame Stunden erwarten.

Ein kleiner Wermutstropfen zu Beginn: Es war niemand von den eingeladenen Ehrengästen zur Eröffnung der Olympiade ins Stadion gekommen. Aber davon ließen sich die Jugendlichen aus den verschiedenen Organisationen der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen nicht die Stimmung



Angenehme Atmosphäre bei sommerlichen Temperaturen im Stadion: Teilnehmer messen sich im Weitsprung

Foto: U.H.

verderben, als feierlich die olympische Fahne hereingetragen und das olympische Feuer entzündet wurde. Abgelenkt wurden sie vielmehr im Lauf des Tages von einem stattlichen jungen Läufer, der gerade im Osteroder Stadion trainierte und dessen Autogramm später viele der Olympiatrikots der Teilnehmer schmückte. Karol Zalewski kommt aus Röbel, startete bis vor Kurzem für den Sportclub der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein und errang 2018 bei der Hallen-Weltmeisterschaft in Birmingham mit der polnischen 4x400-Meter-Staffel Gold und Weltrekord. Ein großes Vorbild für die jungen Männer, die sich bei ihrem eigenen Start ehrgeizig ins Zeug legten.

Dass es neben der sportlichen Seite der Veranstaltung auch da-

rum geht, die weit verstreut lebenden Jugendlichen zusammenzubringen und ihnen Wissen über ihre Heimatregion zu vermitteln, hielt die sportbegeisterten Teilnehmer nicht davon ab, sich bei lautstarken Anfeuerungen gegenseitig zu guten Leistungen anzutreiben. Knapp war es immer wieder: eine hundertstel Sekunde entschied den 60-Meter-Lauf der Junioren, einige Zentimeter den Weitsprung der Juniorinnen. Wie im Vorjahr waren die Athleten aus Ortelsburg kaum zu schlagen. Beim Dreikampf der Juniorinnen lag Kinga Długocka vorn, bei den Junioren Szymon Milewski und bei den Männern Michał Wiecezorek. Nur bei den Frauen hatte mit Aleksandra Kolodziejczyk eine Lokalmatadorin die Nase vorne. Außerdem verteidigte Patryk Anisko aus Braunsberg sei-

nen Titel im 600-Meter-Lauf und Weronika Oleszkiewicz aus Osterode gewann das Schwimmen, das in diesem Jahr wieder ausgetragen wurde. Der Beachvolleyball, der in gemischten Mannschaften ausgetragen wurde, entschieden die Ortelsburger dagegen fast komplett für sich.

Für die weniger sportliche Fraktion der Teilnehmer fasste Julian Matczak aus Heilsberg die Motivation humorvoll zusammen: „Ich bin eher hier, um den Durchschnitt der Ergebnisse zu senken. Dabei sein ist alles. Die Organisation ist gelungen, die Atmosphäre hervorragend, und es macht sehr viel Spaß mit den Kollegen hier.“ Chancen auf Preise gab es für diese Gruppe am Sonntag nach einer Stadtbesichtigung und einer Schnitzeljagd zum Wissen über Osterode und Ostpreußen im dar-

an anschließenden Quiz. Auch dieser landeskundliche Teil, das Wissen um die eigene Region, ist den Organisatoren sehr wichtig. Welche Stadt im nächsten Jahr bei der achten Sommerolympiade der Jugend erkundet werden soll, steht noch nicht fest. Einig sind sich aber Teilnehmer und Organisatoren gleichermaßen, dass sie stattfinden soll, so Gladkowska: „Das olympische Feuer ist für 2019 gelöscht. Lasst es uns im nächsten Jahr wieder entfachen.“

Die Sommerolympiade wurde durch das polnische Ministerium für Inneres und Verwaltung, das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, die LO, den VdGEM und den Bund Junges Ostpreußen, die Stadt Osterode und den Kreis Osterode gefördert. *Uwe Hahnkamp*

Professorendenkmal wurde restauriert

Königsberger Stadtrat setzte sich für die Gedenkstätte ein – Schwere Beschädigungen im vergangenen Jahr

Vor Kurzem wurde in Königsberg die Restaurierung des Denkmals für die Professoren der Albertina in der Nähe der Bastion Sternwarte am Deutschordensring abgeschlossen. Das Denkmal wurde 2014 während der Stadtfeier an der Stelle eingeweiht, an der Professoren der Universität Königsberg, darunter der Astronom und Mathematiker Friedrich W. Bessel, der Direktor des Königsberger Observatoriums August Ludwig Busch und der Schriftsteller Theodor von Hippel, beerdigt sind. Damals hatten sich die Abgeordneten des Königsberger Stadtrats bereiterklärt, bei der Errichtung des Denkmals neben der Baustelle für ein neues Wohngebäude behilflich zu sein. Gemeinsam mit dem Bauherrn des Wohngebäudes wurde der Standort des Denkmals festgelegt und nach dessen Fertigstellung in den Verantwortungsbereich der Stadt übertragen.

Im vergangenen Jahr wurde das Denkmal schwer beschädigt. Die mit Ziegelstein verkleideten Brüstungen wurden zerstört. Rund um das Denkmal fand man eine



Professorendenkmal: Die Schäden wurden beseitigt

Bild: J.T.

Menge Haus- und Bauschutt vor. Es ist immer noch nicht geklärt, ob es sich hier um einen Akt von Vandalismus handelt, oder ob die

Schäden durch eine minderwertige Bauqualität verursacht wurden.

Der Leiter des Denkmalschutzdienstes, Jewgenij Maslow, schlug

vor, die Reparaturarbeiten am Denkmal ohne ordnungsgemäße Abdichtung durchzuführen. So waren die Folgen der Zerstörung

schon bald beseitigt: Mit einem Kunststein wurden die zuvor mit Granit verkleideten Elemente wiederhergestellt. Die Fugen zwischen den beschädigten Platten wurden mit Teer zugleibt. Doch diese halben Maßnahmen führten zu erneuten Rissen und Abplatzungen. Stellenweise fielen die Granitplatten wieder ab. Daraufhin schrieb die Stadtverwaltung neu aus und beauftragte ein anderes Unternehmen. Die Stadtverwaltung schloss einen Vertrag mit der Firma „Expert Bau“ in Höhe von rund 13 000 Euro ab.

Die Bauspezialisten demontierten das Denkmal und bauten es nach der Reparatur wieder auf. Anstelle von Backsteinmauern wurde die Einfassung aus Beton und mit poliertem Granit ausgekleidet. Jetzt sieht das Denkmal wieder aus wie neu. Allerdings steht es an einem ruhigen und versteckten Ort, der nicht kontrolliert und abends gern für Saufgelage und Ähnliches genutzt wird. So ist es nur eine Frage der Zeit, dass die nächste grundlegende Sanierung erforderlich sein wird. *Jurij Tschernyschew*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Behrendt, Hedwig, geb. **Zich**, aus Wehlau, am 10. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Janßen, Elly, geb. **Wierostek**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 8. Juli
Rosan, Otto, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 11. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Aukthun, Lisbeth, geb. **Gutzeit**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Fetkenheuer, Wolfgang, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. Juli
Grego, Helene, geb. **Gallmeister**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 9. Juli
Kilanowski, Erika, geb. **Brunn**, aus Lyck, am 10. Juli
Krewald, Gertrud, geb. **Kalinowski**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 11. Juli
Priefert, Ursula, geb. **Liebenau**, aus Groß Blumenau, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Sonder, Marie, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fricke, Hildegard, geb. **Röder**, aus Treuburg, am 5. Juli
Hensel, Elfriede, geb. **Donieniu**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 6. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kelch, Lotte, geb. **Mellenthin**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juli
Kruppa, Ilse, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. Juli
Seidel, Elli, geb. **Krause**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 5. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Berger, Hildegard, geb. **Bunschei**, aus Lyck, am 11. Juli
Galla, Frieda, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 5. Juli

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 29

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 29/2019 (Erstverkaufstag: 19. Juli) bis spätestens Mittwoch, 10. Juli an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preu-Bische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO 2019

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Febra, Christel, aus Lötzen, am 10. Juli
Gassner, Irmgard, geb. **Sudau**, aus Siebenkirchberg, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. Juli
Klabuhn, Erika, geb. **Fuhrmanski**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 6. Juli
Krieger, Ursula, geb. **Sindakowski**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Juli
Liedström, Dorothea, geb. **Lohrenz**, aus Treuburg, am 9. Juli
Ludwiczack, Tereza, geb. **Rogowski**, Waltraud, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 6. Juli
Ostrowski, Helene, geb. **Schaak**, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 10. Juli
Piechottka, Hiltrud, geb. **Reh**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Reinelt, Hildegard, geb. **Hübner**, aus Treuburg, am 10. Juli
Scholz, Ingerta, geb. **Fast**, aus Lötzen, am 9. Juli
Stepputtis, Arnold, aus Nautzwinkel, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Tupeit, Irmgard, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Juli
Wachsmann, Hedwig, geb. **Lockowandt**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beyenbach, Inge, geb. **Ohlemeyer**, aus Lyck, Hindenburgstraße 54a, am 11. Juli
Drott, Maria, geb. **Goldmann**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 10. Juli
Götten, Ingeborg, geb. **Toll**, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 8. Juli
Herold, Gotthold, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Knorr, Erika, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Kragenings, Sigrid, geb. **Popp-eck**, aus Berglinden, Kreis Lötzen, am 11. Juli
Nickel, Lothar, aus Lyck, Bismarckstraße 45, am 9. Juli
Rogge, Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Schindler, Irmgard, geb. **Porgorzelski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 5. Juli
Schmitt, Eva, geb. **Gratzik**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 7. Juli
Tengler, Margot, geb. **Meier**, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 6. Juli

Tisdale, Christel, geb. **Dannat**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Schmeer-Asp, Ingrid, geb. **Schmeer**, aus Wehlau, am 11. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bahlo, Dorothea, geb. **Kleppek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Juli
Böge, Brigitte, geb. **Pest**, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 6. Juli
Bolinski, Gerhard, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 11. Juli
Dzikonski, Werner, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. Juli
Fürstenberg, Irmgard, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Gülich, Edith, geb. **Kenzler**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Heinrich, Maria, geb. **Rimeck**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 9. Juli
Heiser, Rolf, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Juli
Katzmarzik, Elisabeth, geb. **Sawitzki**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Kolat, Irmgard, geb. **Krause**, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 9. Juli
Korsch, Helmut, aus Treuburg, am 10. Juli
Lee, Christel, geb. **Schwan**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 11. Juli

Anzeige

Sonderzugreisen nach Masuren - Königsberg - Danzig

Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Malso, Paul, aus Gusken, Kreis Lyck, am 11. Juli
Palloks, Martin, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Sabatin, Horst, aus Wehlau, am 7. Juli
Sperber, Elfriede, geb. **Sommer**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 7. Juli
Unruh, Elfriede, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Zachrau, Elfriede, aus Mutterstadt und Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Juli

Zappe, Herta, geb. **Jester**, aus Kirtigehnen, Kreis Fischhausen, am 9. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brandt, Hannelore, geb. **Naujok**, aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, am 9. Juli
Büthe, Rosemarie, geb. **Schroeder**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 6. Juli
Epha, Margarete, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 6. Juli
Freud, Eva, geb. **Borchert**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 11. Juli
Gratias, Inge-Lore, geb. **Fischer**, aus Wehlau, am 6. Juli
Henkens, Gisela, geb. **Ruddigkeit**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 10. Juli
Hübler, Dr. Walburga, geb. **Menzel**, aus Lötzen, am 7. Juli
Joost, Lieselotte, geb. **Lackner**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 11. Juli
Krebs, Hans, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 8. Juli
Naujoks, Herbert, aus Wiesenfeld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Juli
Nerstheimer, Helmut, aus Sieden, Kreis Lyck, am 6. Juli
Riemann, Gerhard, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 7. Juli
Seefeld, Siegfried, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 10. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartuschat, Rosemarie, geb. **Ulke**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Bodem, Hannelore, geb. **Kaulbarsch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 6. Juli
Broszies, Ursula, geb. **Reichelt**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Brüggmann, Ursula, geb. **Bartsch**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 9. Juli
Claret, Heidrun, geb. **Schemmerling**, aus Königsberg und Heiligenbeil, am 18. Juni
Danowski, Winfried, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 10. Juli
Eckhardt, Helga, geb. **Blaudzun**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 10. Juli

Eggert, Hans-Reiner, aus Bohnern, Kreis Lyck, am 6. Juli
Gebhardt, Alice, geb. **von Raven**, aus Neidenburg, am 7. Juli
Glaubitz, Ilse, geb. **Kempka**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 7. Juli
Goyke, Paul, aus Wierschutzin, Kreis Lauenburg in Pommern, am 11. Juni
Gronau, Dieter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Juli
Jeromin, Ernst, aus Wilhelms-hof, Kreis Ortelsburg, am 7. Juli
Kowallek, Reinhold-Waldemar, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 6. Juli
Krauß, Elli, geb. **Scheida**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 6. Juli
Kullik, Hartmut, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 9. Juli
Lascheit, Gerhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Malinka, Ulrich, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 10. Juli
Oltersdorf, Klaus-Dieter, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 10. Juli
Podchul, Irene, geb. **Kasprowski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 9. Juli
Portisch, Erika, geb. **Penkewitz**, aus Lyck, am 11. Juli
Schmidt, Anni, geb. **Heske**, aus Windkeim/Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 9. Juli
Sperlich, Waltraut, geb. **Faust**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 5. Juli
Warnat, Dietrich, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 10. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Conradi, Ingrid, geb. **Obarowski**, aus Neidenburg, am 7. Juli
Hellmann, Elfriede, geb. **Braasch**, aus Gegerswalde, Kreis Lötzen, am 10. Juli
Jörgensen, Heike, aus Breslau, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 6. Juli
Rogowski, Hans-Joachim, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 5. Juli
Skibba, Siegbert, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 5. Juli
Wüster, Ingrid, geb. **Wallendzus**, aus Ansorte, Kreis Elchniederung, am 5. Juli

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Freitag, 6. bis Sonntag, 8. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110: Kreistreffen, Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung, Programm
Freitag, 6. September: 14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im

Foyer und Delegiertenversammlung, 16 bis 18 Uhr: Film- und Diavorträge im Raum Luzern.
Sonnabend, 7. September: 9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros, 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant, 10 Uhr: Film- und Diavorträge und Infostand Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant, 14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung und einem Grußwort von Landrat F. Kethorn, dem Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters und Berichten über die Kreisgemeinschaft und Kirchspielgebiete sowie Wahlen, ab 16 Uhr: gemütliches Beisammensein, plachandern, kleine eigene Beiträge können vorgetragen werden, ab 18 Uhr mit musikalischer Begleitung, bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern.
Sonntag, 8. September: 10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Stein-

hude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Erster Stellvertreter: Christian Perbandt (Geschäftsführender Vorsitzender); Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistag

Am 22. und 23. Juni fand in unserer Patenstadt Burgdorf die diesjährige Kreistagssitzung unse-

rer Kreisgemeinschaft statt. Geleitet wurde die Sitzung vom 2. Kreisvertreter Christian Perbandt. Er musste den Mitgliedern des Kreistages mitteilen, dass Kreisvertreter Bernd Schmidt wegen eines schweren Krankheitsfalles in seiner Familie sein Amt als Kreisvertreter niedergelegt hatte. Bis zu einer ordentlichen Neuwahl eines neuen Kreisvertreters spätestens im Jahre 2021 wird Christian Perbandt gemeinsam mit dem gewählten Vorstand die Führung der Amtsgeschäfte übernehmen. Die Mitglieder des Kreistages grüßen Bernd Schmidt und seine Familie herzlich und danken ihm für sein Engagement im Dienste unserer Gemeinschaft.
Im Rahmen der Kreistagssitzung fanden unter anderem die Kassenprüfung und die Finanzplanung der Kreisgemeinschaft statt. Die Ergebnisse sind erfreulich und lassen positiv in die Zukunft schauen.
Auch über das gelungene Heimatblatt und das bevorstehende Kreistreffen wurde gesprochen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

Erfreulich ist auch, dass Vorstandsmitglied Brunhilde Schulz die Arbeit ihres verstorbenen Ehemannes Siegfried Schulz als Stadtvertreterin in der Stadtgemeinde Heiligenbeil (Nord) fortsetzen möchte, zunächst kommissarisch bis zur Wahl im September 2019. Wir danken Frau Schulz hierfür und wünschen ihr ein gutes Gelingen.

Die gesamte Kreistagssitzung fand in freundschaftlich einmütiger Atmosphäre statt. Wir haben gemeinsam wichtige Schritte in die Zukunft begonnen. Gemeinsam sangen wir zum Schluss unser Ostpreußenlied.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de, Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Lyrik

Neumünster – Sonnabend, 20. Juli, 15.30 Uhr, Lötzen Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: „Lieblingsgedichte! Lieblingsgedichte?“ – Die Besucher des Lötzen Museums werden gebeten, Gedichte mitzubringen, die sie vielleicht durch ihr Leben begleitet haben, die etwas mit Heimat und Herkunft zu tun haben oder die in einer Lebenssituation von besonderer Bedeutung waren. – Ute Eichler erzählt die Geschichte vom Gedicht als Geschenk und stellt es und seinen Verfasser vor. Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Deutsch-russisches
Ferienlager

Das deutsch-russische Ferienlager der Kreiskreisgemeinschaft Schloßberg-Patenschaft Landkreis Harburg, findet vom 17. Juli bis 29. Juli wieder in der Jugendherberge Otterndorf statt. Wir werden wieder ein interessantes Programm für Euch und den russischen Teilnehmern aus dem Königsberger Gebiet vorbereiten. In der Jugendherberge wird wieder



Heiligenbeiler in Burgdorf: Kreistreffen

viel gebastelt, gesungen, gespielt und gebadet. Auch andere Sportarten werden auf Wunsch berücksichtigt. Bei Wanderungen wird die nähere und weitere Umgebung erkundet. Ausflüge bringen uns in die Großstadt Hamburg sowie in den Heidepark nach Soltau und in unsere Heimatstube nach Winsen. Für die „Wasserratten“ denken wir uns ganz bestimmt noch etwas Besonderes aus. Des Weiteren wird das Thema Ostpreußen, also die Geschichte des Gebietes, aus dem die russischen Teilnehmer kommen, auf dem Programm stehen, sowie die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Deutschland und Russland für Kinder in der heutigen Zeit. Der Teilnehmerbeitrag liegt bei 240 Euro, die Teilnehmer sollten zwischen elf und 14 Jahren alt sein.

Anmeldungen und weitere Auskünfte bei: Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Ehrenmedaille

„Ein Rheinländer fährt nach Ostpreußen“, so titelt Heiner J. Coenen eine Reihe von Erlebnisberichten in „Land an der Memel – Tilsiter Rundbrief“. Ein Rheinländer, der sich für Ostpreußen begeistert, für diese kulturell so wahnsinnig interessante und von den Naturgegebenheiten so unglaublich schöne, ehemalige östlichste deutsche Provinz, wie er selbst schreibt. Sein Lebenslauf weist ihn als kluge und gebildete Persönlichkeit aus: Gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann, Dipl.-Betriebswirt, Studiendirektor a.D. für Englisch und Betriebswirtschaftslehre, 20 Jahre Stadtrat, 15 Jahre Ortsvorsteher, zehn Jahre Fraktionsvorsitzender, Buchautor mit genealogischen und lokalhistorischen Veröffentlichungen, mehrere Besuche in Ostpreußen, dabei auch mehrmals als Reiseleiter für die Kreiskreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit. So ist es kein Wunder, dass er seit einiger Zeit mit ganzer Kraft und Herzblut als Schriftleiter die redaktionelle Betreuung des von der Kreiskreisgemeinschaft Tilsit herausgegebenen halbjährlichen Rundbriefes verantwortet. Ihm gelingt es dabei, die ganz unterschiedlichen Beiträge unserer Landsleute, die von Familienerlebnissen über historische Ereignisse bis zu heimatlichen Erzählungen reichen, mit persönlichen Gedanken und Aphorismen anzureichern und einen Rundbrief zu schaffen, der immer wieder mit Freude zur Hand genommen wird. Die zehnte von

ihm redaktionell betreute Ausgabe ist nun in Vorbereitung.

Die Stadtgemeinschaft Tilsit ist überaus dankbar, Heiner J. Coenen als Schriftleiter an ihrer Seite zu wissen. Als Ausdruck ihres Dankes hat die Stadtvertretung beschlossen, ihm die Ehrenmedaille zu verleihen. Mitte Juni wurde sie ihm zusammen mit der von Erwin Feige unterzeichneten Urkunde überreicht.

Diamantene Hochzeit

Der Vorstand gratuliert Ingolf Köhler zum Fest der Diamantenen Hochzeit. Ingolf war lange Jahre Redakteur des Tilsiter Rundbriefs und bis zu seinem Rücktritt im Jahre 2006 als 2. Vorsitzender der Stadtgemeinschaft tätig. Er wurde 1929 in Ragnit geboren und fand eine neue Heimat an der Kieler Förde. 1959 heiratete er seine Frau Gisela. Der Vorstand wünscht dem Jubelpaar noch viele glückliche gemeinsame Jahre.



KORREKTUR

Hans Dzieran ist 90 Jahre alt geworden. Natürlich hätte die Gratulation der Mitglieder des Vorstandes und der Stadtvertretung unter dem Kopf „Tilsit-Stadt“ stehen müssen und nicht unter dem Kopf „Treuburg“.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Versammlung

Bad Sassendorf – Sonnabend, 31. August, 19 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 50505 Bad Sassendorf: Mitgliederversammlung. Nach der Versammlung findet im Rahmen des abendlichen Beisammenseins ein Vortrag von Christopher Spatz über die ostpreußischen Wolfskinder statt.

Die Kreiskreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit freut sich besonders, den diesjährigen Träger des Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft für einen Vortrag gewonnen zu haben. Der 1982 in Bremen geborene Historiker hat sich in seiner Dissertation ausführlich mit dem Schicksal der Wolfskinder befasst und in seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ seine Forschungsergebnisse und Interviews mit Betroffenen für ein breites Publikum im Jahr 2016 veröffentlicht.

Der Vortrag ist für alle Interessierten offen und eintrittsfrei.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Stuttgart – Dienstag, 9. Juli, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Heimatnachmittag der ostpreußischen Kreis- und Frauengruppe mit Uta Lüttich. Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen, so lautet unser Thema „Alte und neue Reiseberichte“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ansbach – Sonnabend, 13. Juli, 14 Uhr, Schernberg/ Herrieden, „Bergwirt“: BdV-Jahreshauptversammlung, anschließend musikalische Heimatreise mit Bildpräsentation von Frau H. Bauer, Herrn R. Schmutzer, Begleitung Herr R. Hohler. – Sonnabend, 20. Juli, 15 Uhr, Orangerie: Sommergeschichten und Lieder aus Pommern, Ost- und Westpreußen. Im August finden keine Veranstaltungen statt

Hof – Sonnabend, 13. Juli, 15 Uhr, Altdutsche Bierstube: Treffen zum Thema „Quer durch Ostpreußen“. Im August ist Sommerpause.

Landshut – Dienstag, 16. Juli, 13.30 Uhr, Hotel Gasthof Zur Insel: Kaffee und Kuchen zum Geburtstag von Wolfgang Siebert. Bitte melden Sie sich zur rechten Zeit an.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blm.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 12. Juli, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 14. Juli, 12 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

Ostpreußisches Landesmuseum unter: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 20. Juli, 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr) bis etwa 17 Uhr, Hotel NewLivingHome, Julius-Vosseler-Straße 40, Hamburg-Lokstedt: Sommerfest der Landesgruppe. Das Residenzhotel liegt etwa 50 Meter entfernt von der Haltestelle Hagenbecks Tierpark (U-Bahn Linie U 2 oder den Buslinien 22, 39, 181 und 281) und ist auf ebenem Wege gut zu erreichen. Christel Neumann trägt mit Versen und Gedichten „Erinnerungen an Ostpreußen“ vor, und es erwartet Sie das „Duo Dreiklang“. Ein Kaffeegedeck (ein Stück Torte und ein Stück Butterkuchen, Kaffee satt) ist für 10 Euro pro Person erhältlich. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



Frauengruppe Bergedorf – Sonntag, 14. Juli, 14.30 Uhr, Zuggpferdemuseum Lüttau, Annenhof, Alte Salzstraße 29, 21483 Lüttau: „Mit Pferden auf der Flucht – Die Geschichte der geretteten Trakehnerpferde“. Kaffee und Kuchen. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung: Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Sonnabend, 6. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus Bobenhölerwald in Nauborn: Sommerfest im Schützenhaus. „Wir schmurgeln, trinken Kaffee, singen und genießen die schöne Natur“, so der Leiter Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Ausstellung – „Die Königsberger Diakonie der Barmherzigkeit“. So lautet schlicht eine Ausstellung, die von Mittwoch, 17. Juli, bis Freitag, 16. August, im Neuen Rathaus in Wetzlar (Ernst-Leitz-Straße 30) in Mittelhessen zu sehen ist. Auf 24 Tafeln zeichnet sie Entstehung und Werden des Werkes nach, das 1850 in Königsberg in Ostpreußen begann und 1953 im Kloster Altenberg bei Oberbiel eine Fortsetzung fand.

Am Beginn stand die Gründung durch Diakonissen. Heute, so weist der Vorsitzende des Freundeskreises der Königsberger Diakonie, Christean Wagner, darauf hin, dass es früher kaum denkbar war, Arbeit im Kloster sowie in den Pflegeheimen in Wetzlar, Braunfels und Hüttenberg ohne Diakonissen zu versehen. Das wohl tätige und barmherzige Tun dieser Frauen solle aber nicht vergessen werden. Darum hat der Freundeskreis gemeinsam mit der Königsberger Diakonie diese Ausstellung sowie einen 40-seitigen Katalog in Auftrag gegeben, der die heutige Generation an die Anfänge und die Entwicklung erinnern soll. Dabei wird auch die Rolle von Pfarrer Theodor Fliedner und dessen aus Braunfels stammenden Frau Friederike aufgegriffen. Die Ausstellung schildert ferner das Ende des Dienstes in Königsberg, als die Diakonissen evakuiert wurden. Nach einigen Zwischenaufenthalten fanden sie 1953 in dem durch einen Brand zerstörten ehemaligen Prämon-

stratenserinnenkloster Altenberg eine neue Heimat. Über Jahrzehnte haben sie im Wetzlarer Krankenhaus und in der Gemeindekrankenpflege ihren Dienst getan.

Eröffnet wird die Ausstellung am Mittwoch, 17. Juli, um 18 Uhr im Neuen Rathaus und ist vier Wochen lang während der Öffnungszeiten zu sehen. Der Eintritt ist frei. Zu der Ausstellung ist auch ein Katalog erschienen, der erstmals wissenschaftlich die Historie der Königsberger Diakonie aufarbeitet.

Wiesbaden – Dienstag, 9. Juli, 15 Uhr, Gaststätte beim Wiesbadener Tennis- und Hockey-Club, Wiesbaden, Nerotal: Frauengruppe „Kaffeetrinken im Grünen“. Mit ESWE-Bus der Linie 1 bis Haltestelle Nerotal (Endhaltestelle). Von dort etwa acht Minuten Fußweg bis zur Gaststätte. – Sonnabend, 13. Juli, 15 Uhr, Erbenheim „Kleingartenverein am Wasserwerk“: Sommer-Gartenfest. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet, dazu gibt es Kartoffelsalat. Zuvor verwöhnen wir Sie mit Kaffee und leckerem Kuchen. Mit Musik und Gesang unterhält Sie wieder Mathias Budau. Wir wünschen schönes Wetter und freuen uns auf viele Besucher.

Wegen der Essen-Disposition bitte anmelden bis zum 5. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 oder Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521. Sollten Sie nach erfolgter Anmeldung am Gartenfest nicht teilnehmen, muss das bestellte Essen dennoch bezahlt werden, da wir die gemeldeten Portionen verbindlich gebucht haben. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt; überdachte Bereiche stehen zur Verfügung.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kernenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutziński, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstennau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 10. Juli, Gesellschaftshaus Wöbcken in Hundsmühlen bei Oldenburg: Treffen zum Kaffeeklatsch oder Schabbern. Im August ist Sommerpause.

Rinteln – Donnerstag, 11. Juli, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Ralf-Peter Wunderlich hält bei diesem Monatstreffen einen Vortrag: „Preußens Niedergang und Wiederaufstieg zu Beginn des 19. Jahrhunderts“. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls

Bild: privat

Hitzefrei

Sommererinnerung einer Schülerin aus Heiligenbeil – Von Fahrradkolonnen, Schwimmen und anderen Abenteuern



Wasservergnügen im Sommer: Am Frischen Haff

Bild: privat

Wenn um 9.30 Uhr das Thermometer über 25 Grad Celsius im Schatten anzeigte, gab es in der Schule von Heiligenbeil hitzefrei. Es soll vorgekommen sein, dass böse Buben schon einmal am Thermometer gerieben haben, denn durch Reibung kann man Wärme erzeugen. Das hatten sie bereits in der Physikstunde gelernt.

Nun war der Direktor der Schule dem allgemeinen Wunsch entgegengekommen, ordnete aber einen Ausflug nach Rosenberg an, damit alle von der Badeanstalt aus im Frischen Haff schwimmen gehen konnten. Badesachen hatten wir vorsichtshalber schon eingepackt, doch hatte 1936 nicht jeder ein Fahrrad. Mir gehörte noch so ein halbgroßes aus Kindertagen. So organisierten wir eine Kolonne. Jeder fuhr mit dem Rad zehn Bäume entlang, stellte das Rad ab und lief dann weiter. Der nächste Schüler schnappte sich das Stahross und fuhr wieder zehn Bäume die Chaussee entlang. So kamen wir alle schnell und günstig am ersehnten Ziel an.

Nun konnte man seine längst erworbenen Schwimmkünste zeigen und wie weit man schon rausschwimmen konnte, bis man keinen Grund mehr unter den Füßen spürte. Diese Stelle kennzeichnete ein Pfahl, weiter sollte man nicht ins Haff hinaus-schwimmen. Sollte man – aber manchmal wagten wir es doch. Zuvor hatten wir, ganz aus Versehen versteht sich, unsere Französischelehrerin Lina bespritzt, die als älteres Fräulein tatsächlich auch im Badeanzug in das noch kühle Nass gestiegen war; seltener Anblick.

Wir aber übten rückwärts schwimmen und „toter Mann“, kraulen und tauchen. Später, nach der Schule, wagten wir uns in den nahen Hafen, der ein kleines Sprungbrett hatte, sodass

man mit Anlauf weit hinaus springen konnte. Natürlich übten wir den Kopf- und Hechtsprung bis die Ohren voller Wasser waren.

Unser Appetit nach der Heimfahrt war beachtlich und die Klopse schnell vom Teller weggeputzt. In den Ferien wurde mit den älteren Anverwandten bis Pillau gesegelt. Von Kahlholz aus war es üblich, mit dem immer am Ufer vertäuten Scheike zum Schwimmen hinaus zu fahren. Das war so ein Stockerkahn, der

den nicht mehr. Also schnell ins Wasser gesprungen und an der Kette das Boot schwimmend nachgezogen. Kein anderes Boot war weit und breit zu sehen. Nach vielen Metern meinte ich, das erste Schar erreicht zu haben. Das waren zwei vorgelagerte Sandbänke im Haff, die wir vom Segeln und Motorbootfahren genau kannten. Also bin ich wieder ins Boot geklettert und tatsächlich erreichte ich mit dem Stab den Boden. Aber nicht lange, dann wurde es wieder tiefer. Also



Staken durchs Wasser: Fischer in ihren Booten

Bild: privat

nur mit einem langen Stock zu bewegen war. Die Fischer benutzten ihn um zu den größeren Segel- und Motorbooten zu gelangen. Oft nahmen wir uns das Scheike, um im tieferen Wasser des flachen Haffs besser schwimmen zu können. Meistens am Abend, der untergehenden Sonne entgegen.

Nur einmal bin ich alleine am Nachmittag weiter ins Haff hinausgestakt, legte mich im Boot hin, um noch schön von der Sonne gebräunt zu werden. Ich weiß nicht mehr, ob ich eingeschlafen bin. Als ich aufschreckte, war ich von der aufkommenden Brise weit hinaus getrieben worden. Vom Ufer sah ich nur noch einen schmalen Streifen. Mit dem langen Stock erreichte ich den Bo-

wieder schwimmen und das Boot an der Kette nachziehen. Bald kam das zweite Schar und von da an war es möglich, das Scheike wieder wie einen Stockerkahn weiter zu bewegen. Ganz kleinlaut habe ich den Kahn dann am Ufer festgemacht, nachdem mir doch Fragen gestellt wurden, meinen Badeausflug betreffend.

Ob ich wohl wirklich um mein Leben geschwommen bin? Gut, dass man damals von den täglichen Badeausflügen in Übung war. Dankbar kann man heute noch sein für das freie Leben in den Jugendjahren.

Und was gibt es Schöneres, als bei Hitze in das kühle Nass zu tauchen und ein bisschen Freiheit zu genießen? *Gisela Hannig*

Mix-
getränk
(engl.)

Spaß-
macher
eines
Fürsten

Edel-
stein-
gewicht

früherer
Minister
Islam.
Staaten

über-
trieben
sparsam

sehr from-
me weibl.
Person
(ugs.)

regionale
Stunden-
angabe

bieder,
lang-
weilig

Opern-
solo-
gesang

in Rich-
tung,
nach

Mini-
bikini;
Ministip

in positi-
ver Wei-
se be-
stärken

Urein-
wohner
Neusee-
lands

letti-
sche
Haupt-
stadt

eine Lei-
stung an-
erkennen,
vergelten

Hoch-
gebirgs-
horntier

Sperr-
klinke

Anlieger;
Grenz-
nachbar

früherer
äthio-
pischer
Titel

Verwandter

glän-
zend;
spiegel-
glatt

einerlei;
gleich-
artig

länglich
runde
Baum-
frucht

Verbin-
dungs-
stelle,
Ritze

kleiner,
dunkler
Raum

Versteine-
rung von
Tieren o.
Pflanzen

Hab-,
Raft-
sucht

Land-
schaft
in Tan-
sanja

Kfz-
Zeichen
Bayreuth

ober-
flächlich
an-
brennen

König v.
Mykene
(griech.
Sage)

lang-
halsiges
Tier

Stier-
kämpfer,
Torero

linker
Neben-
fluss der
Fulda

Film-
reportage
(Kurz-
wort)

Fluss
durch
München

anfäng-
lich

bibli-
scher
Stamm-
vater

Kirchen-
musik-
instru-
ment

österrei-
chische
Gebirgs-
kette

kleine
Mahlzeit

netz-
artiges
Gewebe

Staat am
Südhang
des Kau-
kasus

schma-
ler Weg

redlich;
ange-
sehen

am Arm
getragene
Schutz-
waffe

als
Anlage
zugefügt

Trink-
gefäß

artisti-
sche
Darbie-
tung

Stau-
werk;
Schutz-
anlage

Oper
von
Weber

erster dt.
Bundes-
kanzler
(Konrad)

Teil
eines
Erdtells

sizilia-
nischer
Vulkan

Reiterin

Bühnen-
auftritt

runzelig

ägypti-
sche
Göttin

Ver-
brecher-
gruppe

enthalt-
sam le-
bender
Mensch

Kunst-
stil im
Mittel-
alter

Funk-
ortung

Fisch-
fang-
gerät

Nacht-
lager für
Verhei-
ratete

aus gebrann-
tem Ton
gefertigt

große
Waren-
ausstel-
lung

frühere
franzö-
sische
Münze

Begeis-
terung,
Schwung

Beatles-
Schlag-
zeuger:
... Starr

Schnuller

alge-
rische
Stadt

franzö-
sisches
Adels-
prädikat

von
geringer
Länge

Nach-
komme

frühere
franzö-
sische
Münze

Ver-
nunft,
Einsicht

Beatles-
Schlag-
zeuger:
... Starr

Schnuller

alge-
rische
Stadt

franzö-
sisches
Adels-
prädikat

von
geringer
Länge

als
Anlage
zugefügt

Trink-
gefäß

artisti-
sche
Darbie-
tung

Stau-
werk;
Schutz-
anlage

Oper
von
Weber

erster dt.
Bundes-
kanzler
(Konrad)

Teil
eines
Erdtells

sizilia-
nischer
Vulkan

Reiterin

Bühnen-
auftritt

runzelig

ägypti-
sche
Göttin

Ver-
brecher-
gruppe

enthalt-
sam le-
bender
Mensch

Kunst-
stil im
Mittel-
alter

Funk-
ortung

Fisch-
fang-
gerät

Nacht-
lager für
Verhei-
ratete

aus gebrann-
tem Ton
gefertigt

große
Waren-
ausstel-
lung

frühere
franzö-
sische
Münze

Begeis-
terung,
Schwung

Beatles-
Schlag-
zeuger:
... Starr

Schnuller

alge-
rische
Stadt

franzö-
sisches
Adels-
prädikat

von
geringer
Länge

Nach-
komme

frühere
franzö-
sische
Münze

Ver-
nunft,
Einsicht

Beatles-
Schlag-
zeuger:
... Starr

Schnuller

alge-
rische
Stadt

franzö-
sisches
Adels-
prädikat

von
geringer
Länge

2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Wärmende
Kreiskette: 1. Wanne, 2. raunen,
3. Blumen, 4. Luene, 5. Pendel –
6. latent – Muskak, Kaneel

Diagonalkette: 1. Mosak, 2. Aubau,
3. Disney, 4. Kueken, 5. Betrag,
6. latent – Muskak, Kaneel

So ist's
richtig:

1. Mosak, 2. Aubau,
3. Disney, 4. Kueken, 5. Betrag,
6. latent – Muskak, Kaneel

Sudoku

	8		9	4		5	
4	5		7	1		3	9
9	1			2		7	4
		2			5		
5	7			4		2	3
3	2		6	9		4	1
	6		4	8		9	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

1								
2								
3								
4								
5								
6								

Diagonalkette

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gewürze.

- 1 Bildwerk aus bunten Steinen
- 2 Errichtung, Montage
- 3 amerik. Filmproduzent (Walt)
- 4 Junges der Henne
- 5 Summe, bestimmte Menge
- 6 verborgen, vorhanden

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Stadtteil von Rostock.

- 1 größere Eichen, 2 flüstern, murmeln, 3 blühende Pflanze (Mehrzahl), 4 Stadt an der Lippe (NRW), 5 Schwingkörper

Gedenktag ist Mahnung und Weckruf

Gedenkstunde für Opfer von Flucht und Vertreibung in Berlin

Bereits zum fünften Mal wurde in diesem Jahr am 20. Juni der bundesweite Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung begangen. Zu diesem kleinen Jubiläum hatte das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) erneut zu einer Gedenkstunde unter das Glasdach des Schlüterhofes im Deutschen Historischen Museum in Berlin eingeladen.

Erstmals standen dabei politische Reden weniger im Vordergrund als in den vergangenen Jahren. Es sprachen als Gastgeber Bundesinnenminister Horst Seehofer, der Bischof der Evangelischen Kirche Augsburgischer Bekenntnisses in Rumänien (EKR), Reinhart Guib, der höchste Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars bei den Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland, Dominik Bartsch, die Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels, Aleida Assmann, sowie der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Bernd Fabritius.

Staatliche und gesamtgesellschaftliche Verantwortung

Horst Seehofer stellte in seiner Begrüßung staatliche und gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Erinnern in den Fokus. Zwar habe der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert einmal erklärt: „Wenn wir über Erinnerung im Allgemeinen und über Erinnerungskultur im Besonderen reden, dann sprechen wir direkt und indirekt immer auch über die staatliche Verantwortung.“ Diese erstrecke sich laut Seehofer etwa darauf, einen würdigen Rahmen für das Gedenken zu ermöglichen. Ebenso wichtig sei jedoch die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Thema. Hier ständen die Erinnerungsträger von Flucht und Vertreibung – die deutschen Heimatvertriebenen – besonders im Mittelpunkt, und es sei wichtig, dass am Gedenktag schwerpunktmäßig ihres Leidensweges gedacht werde.

Auf die Leistungen der Vertriebenen blicke er voller Dankbarkeit, erklärte Seehofer, denn sie hätten sich ihrer Verantwortung gestellt: in ihrem Einsatz für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, ihrem Festhalten an den prägenden Erinnerungen sowie ihrer über die Jahrzehnte immer wieder gezeigte Verständigungsbereitschaft.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingszahlen des UNHCR, nach denen mehr als 70 Millionen Menschen weltweit von Flucht und Vertreibung betroffen sind, ergänzte der Bundesinnenminister, dass deren Heimatverlust nicht weniger schmerzlich und traumatisch sei. Die Erfahrung der Vergangenheit mache den Gedenktag zu einer Mahnung und einem Weckruf für die Gegenwart.

Einigung Europas lohnt sich

Bischof Guib überbrachte Grüße vom Deutschen Evangelischen Kirchentag, der in diesem Jahr unter dem Leitwort „Welch ein Vertrauen“ steht. Guib erinnerte an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren sowie



Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni in Berlin, erste Reihe v.l.: Andreas Geisel MdA, Berliner Senator für Inneres und Sport, Staatsministerin Professorin Monika Grütters MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bundesratspräsident Daniel Günther, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Bundesinnenminister Horst Seehofer, Franziska Giffey MdB, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dominik Bartsch, höchster Vertreter des UNHCR in Deutschland, BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, Reinhart Guib, Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien

Bild: Markus Patzke/BdV

an Flucht und Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit während und nach dem Krieg. Jeder Einzelne trage Verantwortung, „dass die Geschichte unserer Väter – und unsere Geschichte – nicht umsonst gewesen ist, ja, in die Zukunft hineinwirkt“. Wachsende nationalistische Tendenzen in Europa kritisierte der Bischof und machte deutlich, dass sich Bestrebungen zur Einigung Europas lohnten und dass dafür Vertrauen und Einsatz auch zukünftig notwendig seien.

Zugleich erwachse aus den Erfahrungen der Geschichte die Verpflichtung, heutigen Flüchtlingen in ihrem schweren Schicksal mit Menschlichkeit und Empathie zu begegnen und zu helfen. In einem eindringlichen Gebet am Schluss seines geistlichen Wortes erbat der Bischof gemeinsam mit den Anwesenden den Beistand und die Gnade Gottes sowie mehr Vertrauen und noch größeren Einsatzwillen für eine gemeinsame Zukunft.

Vertriebenenandenken soll moralisches Handeln leiten

Der Vertreter des UNHCR, Dominik Bartsch, stieg mit dem bedrückenden Zeitzeugenbericht eines kleinen Mädchens in seinen Redebeitrag ein. Dieses hatte seinen Vater im Krieg verloren und erlebte, wie Hab und Gut zurückgelassen werden mussten, wie ein Bruder auf der Flucht starb und wie der Leichnam notdürftig in fremder Erde verscharrt wurde.

Was wie ein Bericht aus heutiger Zeit wirkte, offenbarte Bartsch im Folgenden als Schilderung von Erlebnissen eines deutschen Flüchtlingsmädchens am Ende des Zweiten Weltkrieges und zeigte so die Schicksalsverwandtschaft zwischen damals und heute. Unzählige Deutsche hätten sich schuldig gemacht, „doch es war gewiss nicht das kleine Mädchen. Millionen Deutsche wurden nach dem Krieg vertrieben. Sie haben bitteres Unrecht erfahren. Wir sollten ihnen zuhören, solange wir es noch können. Und wir

sollten Lehren aus ihrem Leiden ziehen, um es anderen zu ersparen – oder zumindest das Leiden zu lindern.“

Die Gründung des UNHCR sei unter dem unmittelbaren Eindruck des Zweiten Weltkrieges und der mehr als 60 Millionen damaligen Entwurzelten erfolgt. Aus einem Mandat, das nur auf drei Jahre angelegt war, wurden sieben Jahrzehnte Arbeit. Heute blicke man auf den traurigen Rekord von weltweit mehr als 70 Millionen Opfer von Flucht und Vertreibung. Der Gedenktag erinnere auch daran, dass auch Deutschland aufgrund der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, aufgrund internationaler Verpflichtungen und aus Gründen der Humanität verpflichtet sei, den heute Betroffenen zu helfen. „Welch ein unbeschreibliches Glück für Deutschland, dass keine Deutschen darunter sind. Möge das Andenken an die Vertriebenen unser moralisches Handeln leiten – heute und auch morgen“, mahnte Bartsch abschließend.

Flucht- und Migrationserfahrungen sind einmalig

„Wenn es eine Geschichte gibt, die es schwer hat, ihren Platz in der historischen Forschung, in öffentlichen Medien und im allgemeinen Bewusstsein zu finden, dann ist es das Schicksal von Menschen, die Flucht und Vertreibung erfahren mussten.“ Diese Wahrnehmung und die Frage nach den Gründen dafür stellte Professor Dr. Aleida Assmann, die 2018 gemeinsam mit ihrem Mann Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels war, an den Beginn ihrer Ansprache. Die Beobachtung sei umso bemerkenswerter vor dem Hintergrund, dass die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts andauernd von Flucht und Vertreibung begleitet worden sei und dass nicht nur Kriege, sondern auch Friedensschlüsse diese Phänomene ausgelöst hätten.

Womöglich sei der traumatische Charakter der Erinnerungen mit

dafür ursächlich, dass man sich diesen nicht gerne stelle. Der Gedenktag könne ein Rahmen und ein Impuls dafür sein, Abwehr und Vergessen – und damit auch Traumata – zu überwinden. Für den Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft sei es notwendig, solche Erinnerungen aufzuarbeiten, wie dies verstärkt seit den 1990er Jahren in Literatur und Film geschehe.

„Flucht- und Migrationserfahrungen sind einmalig, deshalb sollte man sie nicht miteinander vermischen. Man kann sie aber miteinander verknüpfen, um ein tieferes Verständnis zu gewinnen und vom einen Fall für den anderen zu lernen“, erklärte Assmann zum Ende und verwies auf Erkenntnisse aus den 1950er Jahren über die „Flüchtlings- und Entwurzelungsparanoia“. Um dieser vorzubeugen, brauche es den menschlichen Empfang und das Angenommen-werden in einer schützenden Gesellschaft. „Wir alle sind Teil einer unabgeschlossenen Migrationsgeschichte, die immer neu weitererzählt werden muss, und wir sind es, die die Verantwortung dafür tragen, wie sie weitererzählt wird“, so Professor Assmann.

Das Verhältnis zu den Nachbarländern

BdV-Präsident Bernd Fabritius, der traditionell das Schlusswort zur Gedenkstunde sprach, zitierte die Einleitung des Kataloges zur Ausstellung „Unsere Geschichte. Deutschland seit 1945“ im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn.

Zeitzeugenberichte von „erschütternder Abgeklärtheit“ berichteten über Flucht und Vertreibung der Deutschen und machten deutlich: „Ähnlich wie das unentschuld bare und verbrecherische Vorgehen Nazideutschlands gegen heute befreundete Völker und eigene Bürger uns geprägt und uns eine Verantwortung für die Zukunft aufgebürdet hat, der sich jede Generation von neuem stellen muss, bleiben Gedenken und

Erinnern an Flucht und Vertreibung für unsere gesamte Gesellschaft sinnstiftend und notwendig. Denn: Auch dieses Unrecht, das rund 15 Millionen Deutschen widerfahren ist, und dessen Folgen, haben unser Zusammenleben in Deutschland, unsere Identität und unser Verhältnis zu den Nachbarländern im Osten ganz erheblich geprägt.“

„Aktiver und passiver Migrationsdruck“ wiederum seien verhängnisvolle Begriffe für das Vertreibungsunrecht, wodurch jedes Jahr mehr Menschen entwurzelt und zu neuen Opfern gemacht würden. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Menschenrechte müsse diese historische Spirale endlich durchbrochen werden und eine klar normierte Festlegung zur Ahnung ethnischer Säuberungen im vereinten Europa erfolgen, erneuerte Fabritius eine bereits seit vielen Jahren vorgebrachte Forderung des BdV.

Vertreibung, Aussiedlung – Heimat

Wie in den vorangegangenen Jahren wurde die Gedenkstunde programmatisch von einem Zeitzeugengespräch im BMI ergänzt, zu dem in diesem Jahr der Parlamentarische Staatssekretär Stephan Mayer begrüßen durfte.

Moderiert von der Direktorin der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Dr. Gundula Bavendamm, diskutierten der 92-jährige Ungarndeutsche Georg Richter, die 66-jährige Banater Schwäbin und Präsidenten des Frauenverbandes im BdV, Maria Werthan, die 35-jährige, in Kasachstan geborene Deutsche aus Russland, Irina Peter, sowie der 36-jährige tschechische Mitinitiator des Brünner „Marsches der Lebenden“, Jaroslav Ostrcilik, auf dem Podium.

Bemerkenswert waren die unterschiedlichen Erfahrungen von bzw. Begegnungen mit Flucht, Vertreibung und Aussiedlung und die einzelnen Antworten der Podiumsteilnehmer auf

die Frage, was Heimat für sie ausmache.

So schilderte etwa der Georg Richter, dass er auf der Basis einer Vereinbarung zwischen Ungarn und dem Deutschen Reich 1944 in die Waffen-SS zwangsrekrutiert wurde und dort dann als Sanitäter dienen musste. Bald schon kam er für fünf Jahre in sowjetische Kriegsgefangenschaft, und nach seiner Entlassung musste er, wiederum auf Veranlassung Ungarns, als Volksdeutscher nochmals drei Jahre Zwangsarbeit leisten. Erst 1953 konnte er zu seiner Familie übersiedeln, die unterdessen in Ulm ein neues Zuhause gefunden hatte. Als seine Heimat bezeichnete er das heutige Deutschland, auch wegen seiner Jugenderfahrungen in und mit Ungarn.

Werthan berichtete, dass sie sich schon in der Kindheit fremd im Banater Wetschehausen gefühlt habe. Die Eltern seien enteignet worden, die rumänische Mehrheitsgesellschaft habe sie – das muttersprachlich deutsche Mädchen – ihre Ablehnung deutlich spüren lassen. Aber auch nach der ersehnten Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland habe es fast zwanzig Jahre gedauert, bis sie dort wirklich angekommen und angenommen worden sei. Heimat sei für sie heute ihr Wohnort in Deutschland.

In der Kindheit mit dem Verschweigen, Vergessen und dem Ausgrenzen des deutschen Teils der Brünner Stadtgeschichte konfrontiert, wollte Jaroslav Ostrčil als junger Erwachsener ein Zeichen dafür setzen, dass an alle Facetten der Vergangenheit erinnert und auch eigene Schuld aufgearbeitet werden müsse. Mit großem Mut initiierte er mit zwei Kommilitonen daher den ersten „Marsch der Lebenden“, der die mit vielen Todesopfern verbundene Vertreibung der Deutschen aus Brünn in umgekehrter Richtung – hinein in die Stadt – nachvollzog. Sein Zuhause sei Prag, die Heimat – wo das Herz liege – aber Südmähren und Brünn.

Irina Peter, die 1992 mit acht Jahren nach Deutschland gekommen war, verdeutlichte ein Grundproblem russlanddeutscher Spätaussiedler: In Kasachstan sei sie „die Deutsche“ gewesen; in Deutschland hatte sie Angst, „die Russin“ zu sein und tat zunächst alles dafür, nicht aufzufallen. Die Wiederentdeckung ihrer Identität, wozu sie auch die Herkunft ihrer Großeltern aus Wolhynien zählte, sei wichtig für ihren Lebensweg. Heimat bedeute für sie weniger einen geografischen Ort als vielmehr die Familie, die Sprache, besondere Speisen, Musik, Kunst oder Literatur.

Zuletzt erklärten auch Bavendamm und Stephan Mayer ihren Heimatbegriff. Bavendamm sah ihre Heimat am Ort ihrer Kindheit in der Nähe von Hamburg und ihr selbstgewähltes Zuhause in Berlin. Heimat sei für sie eine ontologische, gleichsam das Sein bestimmende Kategorie. Mayer bekannte, er sei trotz seiner studentischen Vorfahren in Oberbayern verwurzelt und empfinde eine solche Verwurzelung in der heutigen Zeit immer stärker geforderter Mobilität als positiv und wichtig.

Mit einer offenen und lebendigen Gesprächsrunde mit Gymnasialen des Samuel-von-Bruken-thal-Gymnasiums in Hermannstadt und der Rabanus-Maurus-Schule bzw. der Winfriedschule in Fulda fand die Vorveranstaltung zur Gedenkstunde einen runden Abschluss.

Marc-P. Halatsch

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Weitere Informationen und Auskünfte zu den Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe sind beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über E-Mail: rebuschat@web.de zu erfahren.



**NORDRHEIN-
WESTFALEN**

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer,
Geschäftsstelle: Buchenring 21,
59929 Brilon, Tel. (02964) 1037,
Fax (02964) 945459, E-Mail: Ges-
chaef@Ostpreussen-NRW.de,
Internet: www.Ostpreussen-
NRW.de

Landesgruppe – Zum dritten Mal haben zwei Mitglieder des Landesvorstands, der Vorsitzende Wilhelm Kreuer und die Schriftführerin Brigitte Schüller-Kreuer, am Sommerfest der deutschen Minderheit am 15. Juni 2019 teilgenommen. In diesem Jahr fand die Veranstaltung in Heilsberg statt. Heilsberg war seit 1306 Sitz des Fürstbistums Ermland, eines der vier 1243 im preußischen Ordensstaat eingerichteten Bistümer. Das gut besuchte Sommerfest unter der kundigen Leitung von Henryk Hoch fand im Amphitheater zu Füßen der mächtigen Burg statt. Für die geistlichen Worte zeichneten Pfarrer Dawid Banach und Domherr André Schmeier verantwortlich. Beide Kirchenmänner sind uns Ostpreußen für ihre klaren und glaubensstarken Worte bekannt. So nahm auch dieses Mal André Schmeier kein Blatt vor den Mund, als er in seiner Ansprache äußerte, dass der christliche Glaube untrennbar zu unserer ostpreußischen Heimat gehört. Der christliche Glaube!

Erfreulich war die Anwesenheit von politischer Prominenz. Es sprachen der Bürgermeister der Stadt Heilsberg, Jacek

Wi niowski, und der Vertreter des Marschalls, Wiktor Marek Leyk. Letzterer, ein Pole und Europäer, berichtete von seiner Anwesenheit in Berlin während der Öffnung der innerdeutschen Grenze und seinen Gefühlen anlässlich der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Ja, er, ein Pole, sprach von der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, nicht von der Wiedervereinigung, wohl wissend, dass zu einer wirklichen Wiedervereinigung mehr als die beiden deutschen Staaten gehört hätte. Wiktor Marek Leyk hat keinerlei Scheu, Klartext zu reden. Er kennt uns Ostpreußen seit vielen Jahren sehr gut und weiß, dass wir die wahren Brückenbauer sind. So betonte auch der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, in seiner Ansprache das friedliche Zusammenleben der Deutschen und Polen auf dem Boden des Rechts, nicht der Gewalt, mit den Worten: Lasst uns gute Ostpreußen sein, bekennende Polen und Deutsche und überzeugte Europäer.

Gedenkfahrt unter der Schirmherrschaft der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. 75. Jahrestag der Bombardierungen Königsbergs. Die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen veranstaltet in Zusammenarbeit mit einem Reiseunternehmen aus Anlass der 75. Wiederkehr der Bombardierungen Königsbergs eine Gedenkfahrt mit Gedenkgottesdienst, Stadtrundfahrt und Bürgerbegegnungen.

Reisezeit: 27. August bis 4. September 2019, Mindestteilnehmerzahl: 30 Personen. Abfahrt: 27. August ab Wuppertal. Übernachtung im Großraum Posen. Fahrt durch Westpreußen über Ostode nach Allenstein und weiter über Guttstadt, Heilsberg und Bartenstein nach Königsberg. Verschiedene Veranstaltungen in Königsberg, darunter Gedenkgottesdienst im Königsberger Dom und Begegnungen mit heutigen Einwohnern der Stadt. Fachkundige Stadtführungen. Ab 1. September Rückreise über Cranz auf die Kurische Nehrung, Rauschen, Palmnicken. 2. September: Heiligenbeil, Elbing, Danzig (mit Stadtführung). Marienburg und Oberlandkanal sind selbstverständliche Be-

sichtigungsziele. Weiterfahrt durch die kaschubische Seenplatte in die pommersche Hauptstadt Stettin. Von dort am 4. September Rückreise.

Schirmherr der Reise und Mitgestalter des Programms in Königsberg ist die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. Sie ist nicht Reiseveranstalter. Weitere Informationen und Anmeldung unter Telefon (0202) 500077 oder (0202) 503413.

Bielefeld – Sonntag, 7. Juli, fahren wir nach Schloß Burg an der Wupper zum NRW-Treffen der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern und Schlesien: Anmeldung und weitere Informationen unter (05205) 5584. – Montag, 8. Juli, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag. Wegen der Kuchenbestellung ist eine Anmeldung bis spätestens fünf Tage vor dem jeweiligen Termin notwendig unter Telefon (05202) 5584. Die Heimatnachmittage finden jeden zweiten Montag statt.

Düsseldorf – Sonntag, 7. Juli, 11 Uhr, Schloß Borg: NRW-Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesien, ab 15 Uhr beginnt der kulturelle Teil. – Freitag, 12. Juli, 18 Uhr, Restaurant, Lauren's, Bismarckstraße 62, Düsseldorf: Stammtisch. – Freitag, 12. Juli, 19 Uhr, GHH, Bismarckstraße 90: „Rose Ausländer – unser verwundetes, geheiltes Deutschland“, zum Abschluss der Ausstellung „Liebes Fräulein Moore“. – Sonnabend, 20. Juli, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova.

Gütersloh – Sonntag, 7. Juli: Busfahrt nach Schloß Burg. Dort findet das NRW Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesien statt. Anmeldungen und weitere Infos bei Familie Block, Telefon (05241) 34841 oder Bartnik, Telefon (05241) 29211. – Sonnabend, 3. August: Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. In der Lüneburger Region sind Anfang der 1950er Jahre so viele Ostpreußen ansässig, dass man hier zeitweise von „Klein-Ostpreußen“ spricht. 1958 entsteht das Ostpreußische

Jagdmuseum. 1994 geht die Trägerschaft auf die Ostpreußische Kulturstiftung über. Nach mehrjähriger Modernisierung und Erweiterung wollen wir uns die 2000 Quadratmeter große Ausstellung einer faszinierenden Kulturgeschichte ansehen. Es werden mehrere Zusteigmöglichkeiten angeboten. Näheres zur Abfahrtszeiten und Preisen bei der Anmeldung bei Block, Telefon (05241) 34841 oder Jagalla, Telefon (05241) 403872.

Köln – Mittwoch, 10. Juli, 14 Uhr, Café zum Königsforst: Letztes Treffen der Ostpreußengruppe vor der Sommerpause im August. Das Lokal befindet sich gegenüber der Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst. Auf Wunsch der Mitglieder wurde der August zum Urlaubs-Monat erklärt, wo es keine Versammlung gibt. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass es eine Schiffstour am Dienstag, dem 27. August gibt, zu der wir von der Pommerngruppe eingeladen sind. Sie beginnt um 9.30 Uhr in Köln, macht in Unkel eine Pause und endet um 19 Uhr wieder in Köln. Der Kostenbeitrag einschließlich Mittagessen: 46 Euro pro Person. Eine telefonische Anmeldung bitte noch vor dem 12. August tätigen bei Erika Frank (0221) 5992313.

Wesel – Sonntag, 7. Juli, 11 bis circa 17 Uhr, Schloss Burg im Bergischen Land, bei Wuppertal: Jahrestreffen von NRW der Ostpreußen, Schlesien und Pommern.

Witten – Montag, 15. Juli, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.



**SCHLESWIG-
HOLSTEIN**

Vors.: Edmund Ferner, Julius-
Wichmann-Weg 19, 23769 Burg
auf Fehmarn, Telefon (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Tagesausflug der Landsmannschaft

Der diesjährige Ausflug der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ Gruppe Burg / Fehmarn führte Mitglieder und Gäste bei hochsommerlichen

Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus ...
Eichendorff

Joachim Carl Hermann Netz

geb. 22. 9. 1925 Konradshorst Ostpreußen
gest. 13. 6. 2019 Lübben Spreewald

Unser lieber Ehemann, Vater, Schwiegervater,
Großvater und Urgroßvater ist gegangen.

Wir sind traurig.

Gisela Netz
Christine Eberlein geb. Netz mit Familie
Gabriela Netz mit Familie
und alle Angehörigen und Freunde



Temperaturen in die Salz- und Hansestadt Lüneburg mit dem Ziel, das Ostpreußische Landesmuseum, das nach mehrjähriger Umbauphase im August 2018 wieder eröffnet wurde, zu besichtigen.

Es erinnert in neuer Aufmachung an die Kultur, Geschichte, Landschaft und Tierwelt Ostpreußens mit seinen vielen Exponaten und Darstellungen wie auch über Schicksale der Vertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg und ist jetzt nach dem Umbau durch eine deutschbaltische Abteilung erweitert worden. Es ist, wie Fach-

leute erklären, weltweit ein einzigartiges Kleinod.

Nach dem Mittagessen in einem historischen Restaurant hatte die Gruppe Zeit zu einem kurzen Bummel durch die schöne Altstadt an der Ilmenau. Auf der Rückfahrt wurden wir in Großzecher, idyllisch am Schaalsee gelegen, zum Kaffeetrinken erwartet und traten dann die Heimreise an.

Neumünster – Mittwoch, 10. Juli, 15 Uhr: Wie die Ostpreußen in alten Zeiten und noch in glücklichen Jahren daheim mit ihren Sitten und Bräuchen lebten und Feste feierten.

Dittchenbühne

Reise zu den Störtebeker-Festspielen auf Rügen: Noch sind ein paar Plätze frei.

Die beliebten „Störtebeker-Festspiele“ in Ralswiek auf Rügen stehen im Mittelpunkt der Busfahrt des Elmschörner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ vom 23. bis zu 24. August. Übernachtet wird in einem Hotel im nahen Stralsund.

Auf dem Programm der Festspiele: das Störtebeker-Epos „Schwur der Gerechten“, für das beste Platzkarten im Reisearrangement inbegriffen sind. Das Stück „ist ein neues, spannendes Abenteuer auf einer der größten Freilichtbühnen Europas – mit über 150 Mitwirkenden, 30 Pferden, wilden Reitern,

vier Schiffen, spektakulären Stunts, beeindruckenden Spezialeffekten und vielem mehr.“

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt weist ausdrücklich darauf hin, dass auch bei dieser Busreise ein Arzt mit an Bord ist. Die verbindliche Anmeldung muss bis zum 10. Juli erfolgen – und es müssen genügend Interessenten zusammenkommen, damit die Fahrt durchgeführt werden kann.

Weitere Informationen können kostenlos und unverbindlich angefordert werden unter Telefon (04121) 89710, per E-Mail unter buero@dittchenbuehne.de oder im Theaterbüro: Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50 – 25335 Elmschhorn.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Vorboten der Rückkehr eines Wahrzeichens

Der rekonstruierte Silberaltar des Breslauer Doms wird zunächst museal gezeigt

Jacek Witecki ist ein geduldiger Mensch, wie man sich einen Konservator vorstellt, denn ein solcher braucht oft viel Zeit, ein historisches Kunstwerk zu rekonstruieren.

„Die Chefs haben es nicht gerne, wenn ich zu viele Überstunden mache, aber mir macht es nichts aus, ich möchte der Welt über den silbernen Altar erzählen“, versicherte der Restaurator und Kurator Witecki – selbst wenn das Interview deutlich später als geplant stattfand. Bei dem silbernen Altar handelt es sich um ein einstiges Wahrzeichen Breslaus, das bis zum Zweiten Weltkrieg wie ein Magnet Gläubige und Touristen in den Breslauer Dom zog. Der vom Fürstbischof Andreas Jerin 1591 in Auftrag gegebene Altar wurde durch den Goldschmied Paul Nitsch und den Maler Bartholomäus Fichtenberger geschaffen – zwei Breslauer Künstler des 16. Jahrhunderts. „Paul Nitsch gehörte zur Goldschmied-Elite der damaligen Zeit. Von dem hohen Rang beider Künstler zeugt ihr Werk selbst“, so Witecki, der seine Handy-Taschenlampe zückt, um auf die Signaturen der Künstler hinzuweisen, die dem Betrachter so nicht aufgefallen wären.

„Allein der Auftrag für das Meisterwerk war eine Sensation,

denn sein Stifter, Bischof Andreas Jerin, stellte eine gigantische Summe für den Altar zu Verfügung: 10000 Taler. Dafür konnte man mehrere Hundert Hektar Land kaufen. Am faszinierendsten ist das edle Material, aus dem der Altar geschaffen wurde – deshalb war er auch so teuer“, berichtet Witecki.

„Vier Jahrhunderte zierte dieses Meisterwerk den Breslauer Dom. Die heutigen Breslauer kennen ihn aber nicht, weil er 70 Jahre lang nicht mehr einen integralen Bestandteil der Innenausstattung des Domes bildet. Es gibt aber Hoffnung, dass er eines Tages wieder auf seinen alten Platz in die Kathedrale von St. Johannes dem Täufer zurückkehrt“, hofft der Kurator der Ausstellung, in welcher der silberne Altar im Breslauer Nationalmuseum zu sehen ist. Diese läuft noch bis zum 25. August. Die Vorzeichen für eine Rückkehr in den Dom stehen für den Altar gar nicht so schlecht, denn sowohl Domprobst Pawel Cembrowicz als auch Erzbischof Jozef Kupny stehen dem Projekt offen gegenüber.

Dass der silberne Altar während der Breslauer Festungszeit in den letzten Kriegstagen demontiert wurde, war letztendlich dessen Glück, denn so konnten 80 Pro-



Führt mit Leidenschaft durch seine Ausstellung „Zwei Altäre“: Kurator Jacek Witecki. Im Hintergrund der Hauptteil des silbernen Altars.

Bild: mnwr.pl

zent des Werkes den Dombrand 1945 überstehen. Selbst die durch Fichtenberger verzierten Holzflügel überstanden die schweren Tage. Doch der Altarschrank und viele Silberverzierungen fielen den Flammen zum Opfer.

Jacek Witecki hat bereits 2017 an einer Ausstellung zum Domschatz gearbeitet. Damals durfte

er zum ersten Mal den Domschatz besichtigen. Beim Durchstöbern von Schränken und Schubladen fielen ihm Teile auf, die er dem silbernen Altar zuordnen konnte. Schnell stellte sich heraus, dass Witecki Recht hatte und so kam die – wie er sagt – verrückte Idee auf, den Altar zu rekonstruieren. „Wir verfügten

nicht über die tatsächlichen Maßangaben des Altars und mussten diese anhand von Fotos und den erhaltenen Teilen erst errechnen“, so Witecki. Aber auch das Material, also das Eichenholz für den Altarschrank und der Samt für den Hauptaltar mussten noch beschafft werden. Nach langem Suchen wurde der richtige Seiden-

samt in Frankreich gefunden. Für die vielen fehlenden Silberteile wurden 28 Kilogramm Silber verwendet. Schließlich soll das rekonstruierte Werk auch noch viele Jahre das Auge des Betrachters erfreuen.

Das Breslauer Nationalmuseum, das aus der Tradition des Königlichen Museums für Kunst und Altertümer und dem Schlesischen Museum der Bildenden Künste nach 1945 hervorging, zeigt in der Ausstellung „Zwei Altäre“ neben dem silbernen Altar noch weitere Kunst aus dem Breslauer Dom. „Wir wollten die gute Zusammenarbeit mit dem Domprobst nutzen und die ganze Silberausstattung des Presbyteriums, also des wichtigsten Ortes der Breslauer Kathedrale, zeigen“, so Witecki. Präsentiert werden Arbeiten, die in Augsburg, der damaligen Hochburg der Goldschmiedekunst in Europa, angefertigt wurden. Darunter befindet sich ein Silbertabernakel von Joseph Wolfgang Fesenmayr, Altarfiguren und auch Kerzenständer. „Der Augsburger Barockaltar bildet eine wunderbare Ergänzung zum Silbernen Hochaltar. Dass Werke in Augsburg bestellt wurden, verdeutlicht uns die damalige Bedeutung des Breslauer Bistums“.

Chris W. Wagner

Berühmte Schnitger-Orgel einst in St. Jakobi in Stettin

2019 Arp-Schnitger-Jahr mit zahlreichen Orgelkonzerten

Arp Schnitger stammte aus dem heutigen Kreis Wesermarsch, entwickelte als Orgelbauer den norddeutschen Orgelbau zum Höhepunkt und schuf 105 neue Werke. Dazu kamen 60 Umbauten sowie Reparaturen. Seine Tätigkeitsschwerpunkte waren Nordwestdeutschland mit Hamburg, Bremen sowie dem Elbe-Weser-Gebiet, Magdeburg und Berlin. Außerdem lieferte er seine Instrumente in die Niederlande, nach Pommern, Rußland, England, Spanien, Portugal sowie Brasilien. Davon sind heute noch etwa 30 „Arp-Schnitger-Orgeln“ weitgehend erhalten. Seine Stettiner Orgel wurde allerdings 1944 zerstört. Doch die Erinnerung an das Stettiner Klangwunder blieb erhalten. Mit seinem Orgelschaffen erreichte Schnitger einst Weltgeltung und über seinen Tod vor 300 Jahren hinaus eine dauerhafte Nachwirkung bis heute. Die „Arp-Schnitger-Gesellschaft“ initiierte eine Orgelstraße von Schweden bis Portugal und strebt die Erhebung der Schnitger-Orgeln zum Weltkulturerbe an.

Arp Schnitger wurde wahrscheinlich am 2. Juli 1648 in Schmalenfleth geboren und am 9. Juli 1648 nachgewiesenermaßen in der Kirche von Golzwarden getauft. Schmalenfleth bei Golzwarden ist jetzt ein Ortsteil von Golzwarden, das inzwischen in die Stadt Brake im Kreis Wesermarsch eingemeindet wurde. Arp war offenbar das jüngste von fünf Kindern seiner Eltern. Der Vater ist als angesehener Tischlermeister überliefert, der am Bau der Orgel in Golzwarden beteiligt war, Arp nach dem Besuch der Golzwarder Schule wohl auch die Lateinschule in Övelgönne ermöglichte und ihn in seiner Werkstatt zum Tischler ausbildete. Um 1670 schickte der Vater den Sohn zu Berendt Hus, einem Verwandten und Orgelbauer in Glückstadt an der Unterelbe, zur weiteren Vervollkommnung. Hier wurde der junge Mann in der Tradition des norddeutschen Orgelbaus nachhaltig geprägt, wobei er beim Bau der Orgel von St. Cosmae in Stade mitwirkte. Dabei machte er die Bekanntschaft von Vincent Lü-

beck, dem Organisten der Kirche. Daraus entwickelte sich eine lebenslange Freundschaft bis dahin, dass der Freund später auf der Orgel an der Hamburger St.-Nikolaikirche spielte, der insgesamt größten Arbeit Schnitgers. Nach dem Tod von Hus 1676 realisierte der junge Orgelbauer im Auftrag von dessen Witwe zunächst die noch unerledigten Auftragsarbeiten. 1677 eröffnete er dann in Stade eine eigene Werkstatt. Schnitger erlangte mit seinem „handwerklichen und künstlerischen Geschick“ schnell den Ruf eines jungen Meisters von Rang und wechselte 1682 mit frühem Lorbeer nach Hamburg, wo er nach dem Bürgereid mit neuer Werkstatt so richtig loslegte.

Nach dem großen Erweiterungs-umbau der Orgel von Antonius Wilde in der St.-Jacobi-Kirche in Lüdingworth noch 1682/83 folgten die Werke für die St.-Nikolai-Kirche in Elmshorn, für die Kirche in Hamburg-Bergstedt, für die Dorfkirche Blankenhagen und bis 1687 die große Orgel mit 67 Registern und über 4000 Pfeifen für St. Nikolai in Hamburg. Sie galt damals als größte Orgel der Welt und begründete Schnitgers internationalen Ruhm. Das berühmte Instrument wurde jedoch 1842 beim großen Brand in Hamburg zerstört. Für Schnitger, der seit 1684 mit Gertrud Otte, einer wohlhabenden Kaufmannstochter, verheiratet war, hängelte es nach St. Nikolai Aufträge. Der Meister arbeitete handwerklich auf höchstem Niveau, folgte trotz Anlehnung an herausragende Vorgänger wie Gottfried Fritzsche mit der Übernahme der Renaissance-Tradition der Mehrchörigkeit einem eigenen Klangkonzept, das für die Umsetzung der Norddeutschen Orgelschule wichtige Voraussetzungen schuf. Mehr noch. Er konzipierte seine Instrumente für die „Begleitung des Gemeindegesangs“ und für außergottesdienstliche Kirchenmusikveranstaltungen. Dazu gesellten sich ein moderner Geschäftssinn, der mit einigen fürstlichen Privilegien eine Monopolstellung in Norddeutschland ermöglichte, und andererseits

auch eine ungewöhnliche „Uneigennützigkeit“. Aus überlieferten Geschäfts-Aufzeichnungen geht hervor, dass Schnitger vielen armen Gemeinden die Orgeln zum halben Preis überließ. Doch die Hamburger Werkstatt, die 1693 in das vom

geleitet wurden. So war Schnitger zwischen Stammwerkstatt, Filialen und Auftragsorten ständig unterwegs.

Einen neuen Höhepunkt bildete die Hamburger Jacobiorgel mit 60 Registern. Sie zog Berühmtheiten

lich 1700 das große Werk für die Jakobskathedrale in Stettin mit einer Vorgeschichte. Die Jacobikirche, die ab dem 13. Jahrhundert maßgeblich durch Heinrich Brunsberg als spätgotischer Hallenbau erbaut worden war und heute als eine der größten Kirchen Pommerns gilt, sollte ab 1695 eine große Orgel erhalten. Dafür wurde ursprünglich Matthias Schurig verpflichtet, der bedeutende sächsische Meister mit grenzüberschreitendem Wirkungskreis und außergewöhnlich ideenreicher Bauweise. Der Sachse begann nach der Fertigstellung seiner Orgel für die Marienkirche in Küstrin noch 1695 mit der Arbeit. Er kränkelte aber, musste den Bau unterbrechen und starb am 24. Dezember 1697 in Stettin. Die Stadtoberen verpflichteten für den Weiterbau nun Schnitger, der sich die begonnene Arbeit anschaute, einige Veränderungen veranschlagte und die Fertigstellung zusagte. Der Meister aus Hamburg übernahm einiges von Schurig, brachte seine ganz persönlichen Vorzüge ein und sorgte letztlich für eine originäre Schnitger-Orgel. Sie gehörte mit 46 Registern zu den größeren Werken des Orgelbauers, erregte baukünstlerisch und als Klangwunder nach der Fertigstellung 1700 Aufsehen und erfüllte zudem alle Anforderungen für den Gemeindegesang. Stettin war zufrieden. Später fand hier die Erstaufführung der Ouvertüre vom „Sommernachtstraum“ des berühmten Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy statt. Parallel fungierte Carl Loewe als Organist an der Schnitger-Orgel in Stettin. Doch 1944 wurde die Orgel bei einem Bombenangriff auf die Stadt zerstört. Ein Verlust für Stettin, das die Jakobskathedrale nach 1945 der katholischen Kirche überließ. Sie hat heute den Rang einer „Basilica minor“ – aber ohne Orgel.

Nach der Orgel für Stettin wurde das Produktionstempo bei Schnitger durch vereinheitlichte Bau-systeme nochmals erhöht. Zu den Aufträgen aus Norddeutschland kamen immer mehr Aufträge aus dem Ausland. Nach dem Tod seiner ersten Frau 1707, mit der er sechs Kinder

hatte, heiratete Schnitger in zweiter Ehe die Organistenwitwe Anna Elisabeth Koch. Parallel entstanden drei Orgeln für Berlin. Das war mit der Ernennung zum preußischen „Hoforgelbaumeister“ verbunden. Inzwischen hatte er alle vier Söhne ausgebildet, die ihn fortan unterstützten. Doch mit Rückschlägen. Sohn Arp starb schon 1712 an der Pest. Sohn Hans erkrank danach beim Baden in der Elbe. Da blieben ihm noch die Söhne Franz Caspar und Johann Jürgen. Als letzte Aufträge begann der alternde Schnitger noch die Orgeln für St. Laurentii in Itzehoe und die Michaeliskirche im niederländischen Zwolle. Mit Folgen. Die Winterreise nach Zwolle gab seiner angegriffenen Gesundheit 1718/19 den Rest. Trotz der Probleme eilte er anschließend nach Itzehoe, wo er die Fertigstellung des neuen Werkes überwachen wollte. Diesen Kraftakt überlebte der Meister nicht.

Schnitger starb in Itzehoe und wurde anschließend laut Begräbnisbuch am 28. Juli 1719 in der St. Pankratiuskirche in Hamburg-Neuenfelde beigesetzt, wo das von ihm geschaffene Kirchengestühl mit den Hausmarken der Familien Otte und Schnitger und auch die Kirchengruft erhalten blieben. Die Orgel in Itzehoe wurde vom Meistergesellen Lambert Daniel Kastens und das Werk in Zwolle von seinen Söhnen vollendet. Danach arbeiteten viele Schnitger-Schüler einschließlich seiner Söhne im Stil des Meisters weiter. Seine Arbeit wirkte „weltweit stilbildend nach“ und dient bis heute bei Neubauten „als Quelle der Inspiration“. Im aktuellen Jubiläumsjahr gibt es zu Ehren Schnitgers in Niedersachsen rund 200 Aktivitäten mit vielen Orgelkonzerten. Dazu wurde der Verein „Orgelstadt Hamburg“ gegründet. Zur vielgestaltigen Literatur gesellen sich derzeit einige Neuerscheinungen. Im Geburtsort Schmalenfleth erinnert ein Denkmal an Schnitger.

Martin Stolzenau



Die Schnitger-Orgel in der Jacobi-Kirche zu Stettin ca. 1920 (Privatsammlung)

Schwiegervater übernommene Anwesen in Neuenfelde umzog, reichte trotz wachsender Gesellenzahl nicht aus. Deshalb gründete er an anderen Orten wie Bremen, Lübeck, Magdeburg sowie Berlin und in den Niederlanden Niederlassungen, die von „Meistergesellen“

wie Dietrich Buxtehude, Georg Friedrich Händel und Johann Sebastian Bach an und gilt heute als eine der „größten erhaltenen Barockorgeln“. Es folgten die Instrumente für den Bremer Dom, für seine Heimatkirche in Golzwarden, für den Lübecker Dom und schließ-

Einladung zum Stettiner Treffen

Herzlich willkommen, liebe Stettiner, zum „66. Tag der Stettiner“ am Sonnabend, 3. August 2019 in der Patenstadt Hansestadt Lübeck im „Haus Stettin“, Hüxterdamm 18a



Wir freuen uns über Ihre Teilnahme an diesem Treffen mit Wahl der HKT/HKA-Mitglieder Veranstalter: Heimatkreis Stettin und Förderverein Haus Stettin



Programm: (Änderungen vorbehalten)

- 10.30 Uhr

Öffnung des Hauses Stettin
- 11.00 Uhr

Eröffnung des 66. „Tag der Stettiner“ im „Haus Stettin“ durch die Vors. des Heimatkreises Stettin, Frau U. Zander und durch den Vors. des Fördervereins Haus Stettin, Herrn D. Rhodgeß
Grußworte
Festvortrag: Herr Dr. Haik Porada, Pommerscher Kulturpreisträger:
Handelsbeziehungen und Aufgaben Stettins in der Zeit, als Stettin Mitglied der Hanse war.
Pommernlied, alle 5 Strophen und Nationalhymne 3. Strophe
Direkt im Anschluß Wahlvorgang für die Wahl der HKT/HKA-Mitglieder des Heimatkreises Stettin für die Wahlperiode 2020/2021
Durchführung der Wahl und der Regularien
Mittagspause – es gibt Salzkuchen mit Schmalz, Leberwurst und Lungwurst, nach Wunsch.
gibt es im Galeriezimmer ständige Filmvorführungen: „Bilder aus Stettin“ einst und jetzt, historische Fotos aus der digitalen Sammlung „Mein Stettin“.
Gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen sowie Erfrischungsgetränken bis zum Ausklang.
- Ca. 14.30 Uhr
- 18.00 Uhr

Offizielles Ende

Am Sonntag, 4. August 2019, Gottesdienst um 10.00 Uhr in der Versöhnungskirche in 23570 Lübeck-Travemünde, Europaweg 3, anschließend wird ein Kranz von uns am Gedenkstein Stettin niedergelegt

Wenn Sie für die Arbeit des Heimatkreises spenden möchten:
Bitte auf Konto-Nr. : IBAN: DE 41 230 501 010 160 458 139.



Tag der Danziger in Lübeck

Am Wochenende 21.- 23. Juni 2019 trafen sich die Danziger in ihrer Patenstadt Lübeck. Aus dem ganzen Bundesgebiet und der Heimatstadt waren Teilnehmer angereist. Auch Suhyun Bea aus Süd-Korea war wieder dabei als Vertreter der Koreanischen Flüchtlingsorganisation. Das Wochenende stand unter dem Motto: Mitreden • Mitfeiern • Mitgestalten Der Begrüßungsnachmittag fand wie üblich im Remter der Handwerkskammer statt. In diesem historischen Gewölbe war plachandern bei Kaffee und Kuchen angesagt. Abends ging es dann gemeinsam in das Restaurant Celona, direkt an der Trave gelegen.

Der 22. Juni begann mit einer Fragerunde für Mitglieder und Gäste. Auch die Danziger werden neue

Wege in ihrer Arbeit beschreiten, da liegt es nahe zu hören, wie man das realisieren kann. Eine Stadtrundfahrt, Familienforscher-Info oder am Bücherstand stöbern und mit den Zeitzeugen plaudern wurden gerne wahrgenommen.

Dem Festvortrag von Dr. Gerhard Erb: *Das "Danzig-Dilemma" – Entstehung, Existenz und Ende der Freien Stadt Danzig* wurde mucksmäuschenstill zugehört. Dieser Tag schloß mit einem Abendessen in der Schiffergesellschaft. Mit einem Gottesdienst in St. Marien und anschließender Kranzniederlegung schloß das Danzigwochenende.

Marcel Pauls führte souverän durch die Veranstaltung. Die Bundesvorsitzende Roswitha Möller konnte aus familiären Gründen nicht teilnehmen. BS

Info, auch über Orgelkonzerte: <https://www.arp-schnitger-gesellschaft.de>

Das Pommersche Landesmuseum
Rakower Straße 9
17489 Greifswald
www.pommersches-landesmuseum.de

Sommerferien-Angebot
01.07. - 09.08.2019

Süß und sauer
knackig und saftig –
der Pommersche Krummstiel

Zuerst beschrieben hat den schmackhaften, im Norden sehr beliebten Apfel der in Pommern geborene königliche Gartenbauinspektor Ferdinand Jühlke. Aber woher kommen die Apfelbäume ursprünglich? Wie haben sie sich vermehrt und verbreitet? Und welche alten Sorten finden wir heute noch im Klostergarten? Wir reisen in das Hochgebirge Tian Shan nach Kasachstan zu den Ahnen der Apfelbäume, die dort schon wuchsen, als noch Dinosaurier auf der Erde lebten. Mit Verkostung. Anschließend kann der Klostergarten gern zum Picknicken genutzt werden.

Ab 5 Jahren
Dauer: 1,5 h.
Kosten 2,50 €/Kind/Schüler

Pure Geschichtsfälschungen

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Maußhardts Ausführungen entsprechen weitgehend den bekannten Behauptungen des von ihm vor einiger Zeit besuchten polnischen Museums in Danzig über den Zweiten Weltkrieg und sind pure Geschichtsfälschungen, die längst widerlegt wurden, so-

dass es keiner neuen Begründung und Stellungnahme bedarf.

Nur nebenbei: Stalin erklärte am 30. November 1939 in der „Prawda“: Nicht Deutschland hat Frankreich und England angegriffen, sondern Frankreich und England haben Deutschland angegriffen und damit die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg auf sich genommen. **Hans Kugel, Augsburg**

Überfälliger Dank

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Ach Gott, wie drollig. Für den Leserbriefschreiber Maußhardt ist es befremdlich, wenn den deutschen Wehrmachtssoldaten für ihren Einsatz auf heimatlichem Boden, auch noch unter tosendem Beifall der Teilnehmer des Landsmannschaftstreffens, gedankt wird. Um es dem schwäbischen Leserbriefschreiber mitzuteilen: Es ist mitnichten befremdlich, sondern mehr als überfällig und angemessen.

Den weiteren Ausführungen des Leserbriefschreibers ist zu entnehmen, dass er nicht den Hauch einer Ahnung über die geschichtlichen Vorgänge besitzt, sich aber gleichzeitig infantil anmaßt, über andere zu urteilen. Wenn man vom Thema keinen blassen Schimmer hat, sollte man besser den Mund halten. Seine auf Herrn Grigat bezogenen Äußerungen, „nicht ernst genommen werden“ und „diskreditiert sich selbst“, fallen auf den Leserbriefautor zurück. **Timo Ech, Braunschweig**



Wirbelt weiter viel Staub auf: Die auf dieser Seite abgedruckten Antworten auf den Leserbrief von Philipp Maußhardt in der PAZ-Ausgabe vom 7. Juni sind nur eine kleine Auswahl. Die Serie wird in der kommenden Ausgabe fortgesetzt Bild: PAZ

Geschichtsklitterei

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Danke für Ihre Info! Nun weiß ich endlich Bescheid, wie es in meiner Heimat während des Dritten Reiches war und dass wir selbst Schuld an Flucht, Vertreibung, Internierung und Verlust der Heimat haben. Der im Schwabenland nach dem Krieg gebore-

ne Journalist und Leserbriefautor hätte sich besser über ein Leben unter einer Diktatur informieren müssen. So ist es mit der Geschichtsklitterei.

Wenn Wehrmacht und Marine nicht gewesen wären, würde ich nicht mehr am Leben sein. Für diesen Einsatz bin ich sehr dankbar und werde es mein Leben lang bleiben. **Margot Spitzeder, Kronberg im Taunus**

Was der Verfasser vergessen hat

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Im Leserforum kritisierte ein Leser: Gerade in Ostpreußen war die Begeisterung für die Nazi-Partei riesengroß. Hat der Verfasser vergessen, dass überall in der Partei und der deutschen Wehrmacht Hitlerdeutschland war? Wäre es nicht normal, dass alle Deutschen

vertrieben und enteignet worden wären?

Inzwischen ist Ruhe eingekehrt. Sollten also die nicht vertriebenen Deutschen in ihrer Heimat einen kulturellen Heimattag veranstalten, müssten sie an diesem Tag ebenfalls über die deutschen Kriegsverbrechen sprechen und nicht ihrer Heimat geloben.

Elisabeth Krahn, Celle

Halbe Wahrheit

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Ich möchte mich bei den wenigen noch lebenden Männern und Frauen, die im Zweiten Weltkrieg unser Heimatland Deutschland tapfer verteidigt haben, für diesen Leserbrief in der PAZ entschuldigen. Unsere Soldaten taten ihre Pflicht genauso wie die Soldaten anderer Nationen. Wir haben allen Grund, auf unsere Wehrmacht stolz zu sein.

In Kanada haben wir einen Friedhof, auf dem alle in kanadischer Gefangenschaft verstorbenen deutschen Soldaten beerdigt sind. Jedes Jahr, am Volkstrauertag, findet zum Gedenken an diese Soldaten eine Feier statt, an dem auch kanadische Veteranen teilnehmen, um den deutschen Soldaten die letzte Ehre zu erweisen.

Ich denke, man sollte sehr vorsichtig sein, über Geschehnisse aus der Vergangenheit zu schreiben, wenn man nur die halbe Wahrheit kennt.

Brigitte Bergmeier, Waterloo/Kanada

Unerträgliche Diffamierung deutscher Soldaten

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Gestatten Sie mir einige Richtigstellungen zu dem Leserbrief: Der „Überfall“ auf Polen war ein regional begrenzter Feldzug gegen einen bereits Monate zuvor mobilmachenden Gegner. Gründe

für den deutschen Einmarsch waren unter anderem ständige Übergriffe auf in Polen lebende Volksdeutsche und Angriffe polnischer Soldaten auf deutsche Bauernhöfe in Ostpreußen.

Deutsche Lösungsvorschläge auf diplomatischem Wege wurden von Polen nicht beantwortet. Der „Überfall“ auf die Sowjetunion

1941 war ein Präventivschlag. Die Rote Armee lag mit Millionen Soldaten zum Angriff gegen Deutschland bereit und war auf Verteidigung überhaupt nicht eingestellt.

Spätestens nach den Ereignissen im ostpreussischen Nemmersdorf im Oktober 1944 wussten alle deutschen Soldaten, was ihnen und der deutschen Zivilbevölke-

rung blüht, wenn die Soldaten der Roten Armee ihrer habhaft werden. Es wurden so viele Menschen, wie es nur ging, über See und Land von der Wehrmacht in Richtung Westen gebracht. Eine Kapitulation hätte viel mehr deutsche Zivilopfer gefordert. Sie sollten einmal hinterfragen, warum die deutschen Soldaten in der

Endphase des Krieges trotz ihrer militärischen Unterlegenheit noch so tapfer bis zur Kapitulation gekämpft haben.

An der Verunglimpfung der Wehrmacht haben sich viele versucht. Unter anderem wurde die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ mit gefälschten Exponaten

Wehrmacht rettete vielen Ostpreußen das Leben

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Ungeheuerlich finde ich die Behauptungen über die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und über die Ostpreußen als Volksgruppe. Wenn man sich im heutigen Danzig in einem Museum über den Zweiten Weltkrieg informiert, nebenbei bestenfalls noch mit einem Geschichtswissen ausgestattet ist, wie es seit Jahren in Medien und auch Schulen vermittelt wird, dann kann man tatsächlich zu solchen Schlüssen, wie im Leserbrief geäußert, gelangen.

Es ist davon auszugehen, dass im Museum von Danzig nichts von den zahlreichen polnischen Provokationen gegenüber Deutschland im Vorfeld des Krieges erwähnt wurde. Nach polnischer, alliierter und inzwischen auch deutscher Sicht ist Deutschland allein schuld am Krieg. Dem war allerdings keineswegs so. Da von der Erlebnisgeneration, wenn sie denn noch leben sollte aufgrund des hohen Alters, kaum mehr Gegenreaktionen auf solch geschichtsfälschende Äußerungen erwartet werden, werden diese immer abstruser.

Unglaublich und unfassbar ist zu behaupten, die Massaker und Kriegsverbrechen der Roten Armee an der im Osten verbliebenen Zivilbevölkerung seien auf die „verbrecherische Weigerung der Wehrmacht zu kapitulieren“ zurückzuführen. Wo lebt der

Mann? Ich verweise darauf, dass Deutschlands Nachkriegsverluste höher ausfielen als jene während des Verlaufes von sechs Jahren Krieg.

Deutschland lag am Boden, die Wehrmacht gab es nicht mehr und dennoch wurden wehrlose Deutsche getötet, mehr als im Kriegsverlauf. Unfassbar: Diese Opfer scheinen heute weitgehend vergessen, aber eben doch noch nicht bei allen. Aus diesem Grunde schreibe ich diese Zeilen.

Es wird im Leserbrief ferner behauptet, dass Millionen Deutsche beim Überfall auf Polen und wenig später auf die Sowjetunion gebubelt hätten. Gerade auch in Ostpreußen. Hier scheint sich der Leserbriefautor ausschließlich seine Kenntnisse im Danziger Kriegsmuseum angeeignet zu haben. Eine Kriegsbegeisterung wie am Anfang des Ersten Weltkrieges hat es in Deutschland zum Zweiten Weltkrieg nicht gegeben. In Ostpreußen nicht, und – ich kann mir vorstellen – in Schwaben auch nicht.

Sicher fand ein nicht geringer Teil der deutschen Bevölkerung den Angriff auf Polen gerechtfertigt. Man sollte die Vorgeschichte allerdings kennen, nämlich die Aggressionen und den Terror von Polen gegenüber Teilen der deutschen Bevölkerung in den Landesteilen, die nach dem Versailler Vertrag von Deutschland an Polen abzutreten waren; weiterhin Polens Weigerung, über Danzig zu verhandeln, keine Transitstraßen

nach Ostpreußen zu genehmigen, der Beschuss von deutschen Flugzeugen, die vom Reich nach Ostpreußen und zurück flogen. Es gäbe noch viele Beispiele, die 1939 sicherlich bei vielen Deutschen schon eine Art Zustimmung zum Angriff auf Polen fanden.

Von einer Begeisterung über einen Angriff auf die Sowjetunion kann jedoch keine Rede sein, ebenso wenig wie bei den zuvor geführten Feldzügen im Westen oder auf dem Balkan. Mein Tipp ist, sich einfach mal alternativ zu informieren, und ganz wichtig: Zeitzeugen befragen, unbedingt auch Ostpreußen.

Von denen leben noch viele inzwischen hochbetagt auch in Schwaben. Vielleicht kommt dann doch die Erkenntnis, dass die Wehrmacht keineswegs eine Verbrecherorganisation war, wie heutzutage vielfach fälschlich behauptet, und ja, dass man der Wehrmacht danken kann. Auch und gerade wegen ihres harten und verlustreichen Kampfes im Osten am Ende des Krieges. Viele Ostdeutsche und deren Nachfahren verdanken diesem Kampf, an dem nicht selten der Tod der Soldaten stand, ihr Leben. Das sollte nicht vergessen werden.

Ich bin in höchstem Maße überhaupt erstaunt, dass ein Leserbrief, der die Ostpreußen ebenso wie die Wehrmachtsangehörigen derart diffamiert, in der PAZ abgedruckt wurde. Im wahrsten Sinne, starker Tobak. **Friedhelm Heins, Wohnste**

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Was steht hier in Frage? Ist der Mainstream in Teilen der Bevölkerung bereits soweit vorgedrungen, dass man das Selbstverständliche nicht mehr als etwas ganz Normales ansehen darf, nämlich den Dank, den man denjenigen schuldet, die ihr Leben – ihr höchstes Gut – für ihr Vaterland eingesetzt und vielfach verloren haben oder verwundet worden sind oder Jahre der Kriegsgefangenschaft erdulden mussten?

Welch eine erbärmliche Gesellschaft ist das, die den Vorgaben der Siegermächte blind folgt und die eigenen Mitmenschen diskreditiert. Es heißt: „Den Charakter eines Volkes erkennt man daran, wie die Soldaten nach einem verlorenen Krieg behandelt werden.“ Es zeugt von einer abgrundtiefen Verachtung, dass man ihre Leistungen nicht würdigt und ihrer nicht ehrenvoll gedenkt. Leistungen, die von ihren Kriegsgegner sehr hoch eingestuft worden sind.

Ich bin am Rußstrom, im nördlichen Ostpreußen, geboren und habe einen Teil meiner Kindheit dort verbracht. Über Jahrhunderte hinweg gehörte das Gebiet diesseits und jenseits des Stromes zu Ostpreußen. Wie bitter und wirtschaftlich ungünstig war es für die Menschen am Strom, als die Landesgrenze zu Litauen nach dem Ersten Weltkrieg durch die Flüsse Memel und Ruß verlief

und eine Zollgrenze Wirtschaft und Handel sehr einschränkte.

Ja, die Menschen waren glücklich, als das Memelland im März 1939 wieder zu Deutschland kam. Sie haben aber keineswegs im September 1939 gebubelt, als bekannt wurde, dass Deutschland wieder in einen Kriegszustand versetzt worden war. Die Ereignisse des Ersten Weltkrieges lagen erst 20 Jahre zurück. Die Schrecken und die katastrophale Lage danach saßen noch immer tief. Sie waren im Gedächtnis der Menschen stark verankert.

Die Bekanntgabe des Kriegausbruchs erzeugte daher kein Jubelgeschrei, wie man es der heutigen Generation weismachen will. Im Gegenteil – es herrschte damals bei vielen Menschen eine ernste Betroffenheit. Jedoch hatte man die Hoffnung, dass es keine großen Auseinandersetzungen mit Polen geben werde.

Auf der anderen Seite war bekannt, dass die Danzigfrage mit der zu 95 Prozent deutschen Bevölkerung und die Drangsalierungen bei der Durchfahrt durch den Korridor immer größere Schwierigkeiten bereiteten. Außerdem hatten – was im Danziger Museum wahrscheinlich nicht er-

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Erst verboten, jetzt vergessen

An der früheren innerdeutschen Grenze haben sich wahre Ortsperlen erhalten – Ein Besuch im südlichen Zipfel von Thüringen

Die bayerische Stadt Coburg liegt nur zirka zehn Kilometer entfernt. Doch für die Bewohner von Ummerstadt war sie zu DDR-Zeiten unerreichbar. Sie führte wie das benachbarte Heldburg ein Schattendasein an der Grenze

Wie eine Nase ragt ein thüringischer Landstreifen in bayrisches Gebiet. Über Jahrzehnte waren die hier liegenden Städte Bad Colberg, Heldburg und Ummerstadt abgeschottet. Selbst DDR-Bürger mussten bis Ende 1989 einen guten Grund vortragen, wollten sie Heldburg und die Nachbarorte in unmittelbarer Grenznähe besuchen. Tourismus gab es demzufolge keinen, eine touristische Infrastruktur konnte sich nicht bilden. Dennoch oder gerade deswegen sind die Orte heute so interessant – sie verdeutlichen eindringlich die deutsch-deutsche Geschichte.

Die kleinste der drei Städte ist Bad Colberg, heute Teil der seit 1993 künstlich zusammengefügt Verwaltungseinheit Bad-Colberg-Heldburg. Allerdings ist Bad Colberg auch das modernste Stück in diesem thüringischen Landzipfel, hier wurde im Jahr 2000 ein Terrassenschwimmbad und ein neues Krankenhaus in interessanter, in der Provinz kaum zu erwartender Architektur errichtet.

Der kleine Ort verdankt seine Existenz einer erst 1907 entdeckten heißen Quelle, die bis heute zu therapeutischen Zwecken genutzt wird. Der Erfolg der Klinik und des Schwimmbades tut dem Ort gut: Zahlreiche Cafés und Restaurants wurden neu eröffnet und locken nun auch Touristen in dieses ehemalige Niemandsland.

Von Bad Colberg aus führt ein kleiner Weg zur Gedenkstätte Billmuthausen. Bis Ende der 1970er Jahre haben in dem Dorf Billmuthausen Menschen gelebt – in einer auf den ersten Blick traumhaften Naturlandschaft zwischen Thüringen und Franken, doch einst leider zu nah an der Zonen-grenze gelegen, das meinten zu-mindest die Grenzplaner in Ost-Berlin. 1948 hatten die Sowjets

das Gutshaus der Familie Ludloff bereits abgerissen, anschließend folgte die Kirche, die abgetragen und fast spurlos beseitigt wurde, als der Pastor gerade im Urlaub war. Ein einziger Schmuckstein des Gotteshauses konnte später, nach 1989, ausgegraben werden.

Die letzte Billmuthausener Familie musste 1978 gehen, die Häuser wurden – um jeden Gedanken an Rückkehr zu verhindern – abgerissen. Heute erinnern allein ein Transformatorenturm, der 1978 stehen geblieben ist, da er für die Grenzanlagen benötigt wurde, der kleine Friedhof sowie eine Gedenkstätte mit Informa-

tionstafeln an den ver-schwundenen Ort. Im Boden sind Mauerfrag-mente der abgerissenen Häuser zu erkennen.

Etwa 200 Meter vom Ort entfernt an der ehemaligen inner-deutschen Grenze steht die Ruine eines DDR-Beob-achtungsturms. Sie ist heute kein Re-likht einer Macht mehr, son-

dern wirkt mehr wie ein Symbol eines gescheiterten Staates, ge-scheitert elf Jahre nach dem Schleifen Billmuthausens.

Diese Geschichte, angefüllt mit Schicksalen und Tragödien, sollte man im Kopf behalten, wenn man die paar hundert Meter weiter nach Heldburg fährt – in eine un-glaubliche Idylle, die nicht von dieser Welt scheint. Schon bei der Einfahrt in den Ort grüßt ein überdimensionales, in der Mitte einer Fassade prangendes Posthorn. Tatsächlich ist und war in diesem Haus, ein vorbild-lich saniertes S c h m u c k -stück aus Fach-

werk, die Post ansässig. Das Haus mit der Post, eingebettet in priva-te Gärten, erinnert an die Faller-Spielzeugwelten, in denen es nie Verfall und Niedergang gibt, in denen immer die Sonne scheint und immer die Blumen blühen.

Der „Fränkische Hof“, nur ein paar Schritte von der Post ent-fernt, verweist auf die Zeiten der Ackerbürger, die Stadttore doku-mentieren, dass es einst eine wehrhafte städtische Gemein-schaft gab. Hinter den Fachwerk-häusern, deren Mauern sich reiz-voll mit den Substruktionen der alten Stadtmauer verbinden, er-strecken sich weite Gärten, in denen im Frühsommer Johannis-beeren und Kirschen reifen.

Und immer grüßt die riesige Burg, die kaum einen Kilometer entfernt auf ihrem isolierten Vul-kankegel steht. Obwohl es keine Industrie gab, wurden auch in Heldburg einige Plattenbauten errichtet. Hier wohnten die Grenzsoldaten, die damals aufzu-passen hatten, dass die eigene Bevölkerung nicht aus ihrer unwirklichen Idylle entweicht.

Bis heute verharrt Heldburg in seiner etwas irrealen märchenhaf-ten Vergangenheit. Es gibt zwar einen Bäcker, auch eine Gastwirt-schaft und zwei Supermärkte, aber der Gasthof zum Schwan, einst das erste Haus am Platz, ist seit Jahrzehnten eine Ruine. In der Altstadt von Heldburg – viel-leicht eine der schönsten Städte in Thüringen – gibt es kein Hotel, kein Straßencafé und keinen Großparkplatz.

Wenige Kilometer südwestlich von Heldburg liegt das noch klei-nere Ummerstadt, eine der klein-sten Städte Deutschlands mit heute weniger als 500 Einwoh-nern. Fast ganz Ummerstadt steht unter Denkmalschutz, Neubauten sind kaum zu entdecken. Die bei-den zentralen Plätze der Stadt – der Marktplatz und der Vieh-markt – bilden geschlossene Fachwerk-Ensembles, oberhalb der Stadt liegt die älteste Wehrkir-che Thüringens, deren Anfänge vermutlich bis in das siebte Jahr-hundert zurückreichen. Man kann sich in Deutschland kaum

einen lieblicheren Ort vorstellen, man erwartet, dass hier alle Historienfilme Europas gedreht werden. Aber auch in Ummer-stadt gibt es keine Touristen und keine Anfragen von Filmprodu-zenten. Als Reisender kann man hier weder Postkarten noch Eis-creme kaufen. Die Stadt, in der schon mal 2000 Menschen lebten, war während der DDR „verbo-ten“, jetzt ist sie vergessen.

Hinter den größtenteils restau-rierten Fassaden wartet manche bittere Geschichte auf den, der sie noch hören will. So erinnert sich Eberhard Eichhorn an einen Juni-tag im Jahr 1953, er war damals neun Jahre alt: Schwere Polizei-fahrzeuge fuhrten in aller Frühe auf dem Marktplatz vor. Die Uni-formierten drangen in ihre Woh-nung im Rathaus, gaben seiner Familie zwei Stunden Zeit, um die wenigen Sachen zu packen, die sie mitnehmen durften.

Damals lief die Aktion „Unge-ziefer“, in deren Rahmen Perso-nen und Familien, die als DDR-kritisch aufgefallen waren oder die nur häufig in den Westen gefahren waren (was damals noch möglich war), aus ihren Häusern und Wohnungen gezerzt wurden, um sie dann in grenzfernen Regionen der DDR neu anzusie-deln. „Ungeziefer“ – zynischer hätten die Machthaber ihr Vorge-hen kaum benennen können.

In der ganzen DDR wurden etwa 11500 Menschen „umgesie-delt“. Um diesen zwangsweise Entwurzelten das Einleben in den neuen Orten zu erschweren, wur-den den neuen Nachbarn erzählt, dass es sich bei ihnen um Feinde des sozialistischen Staates hande-le und dass man mit diesen den Kontakt meiden solle.

Eichhorns Vater starb 1981 – ihm wurde zeitlebens nicht mehr erlaubt, in seine Heimat zurück-zukehren. Sein Sohn allerdings ist zurückgekehrt und bemüht sich heute, mit Vorträgen an das Un-recht zu erinnern, dass die DDR-Machthaber nicht nur seiner Familie zugefügt haben, ausge-rechnet in dieser wunderschönen Landschaft mit den wunderschö-nen Städten. *Nils Aschenbeck*



40 Jahre lang eine Durchfahrt ins Niemandsland: Das Stadttor von Heldburg

Bild: Aschenbeck

Goldenes Geschenk

Antiker Münzfund bei Stade – Einfluss der Römer reichte bis zur Elbe in Norddeutschland

Der Sondengänger Matthias Glüsing hatte doppeltes Glück. Zum einen wurde ihm die Suche mit dem Metalldetektor erlaubt, zum anderen wurde er fündig. Das Niedersäch-sische Denkmalschutzgesetz sieht vor, dass die Suche nach archäo-logischen Funden mit Metalldetektoren genehmigungspflichtig ist. Auch dann, wenn man an einer Stelle suchen will, von der nur anzunehmen ist, dass sich dort archäologische Funde befin-den. Bevor aber eine Suchgeneh-migung erteilt werden kann, ist ein kostenloser Qualifizierungskurs bei der Landesarchäologie zu absolvieren. Erst danach kann durch die dafür zuständige untere Denkmalschutzbehörde eine Suchgenehmigung für ein be-stimmtes Areal erteilt werden.

Glüsing hatte systematisch Flä-chen in der Samtgemeinde Fre-denbeck im Landkreis Stade un-tersucht. Im Bereich zerstörter prähistorischer Grabbügel ent-deckte er eine einzigartige römi-sche Goldmünze, die jetzt ihren Platz in der Dauerausstellung des Museums Schwedenspeicher in Stade gefunden hat.

Bei der außergewöhnlichen Goldmünze handelt es sich um

ein sogenanntes Multiplum des Kaisers Constans (337–350). Multipla sind besonders kostbare Prä-gungen gängiger römischer Mün-zen, die nur zu besonderen Anläs-sen herausgegeben und durch die römischen Kaiser im Rahmen feierlicher und besonderer Zere-monien an herausgehobene Per-sönlichkeiten überreicht wurden.

Es handelte sich dabei um einen Kreis von Personen, auf deren Loyalität der Herrscher in besonderem Maße angewiesen war: höchste Würdenträger, Kom-mandanten der römischen Streit-kräfte und kaiserliche Leibwäch-ter. Sie bekamen für ihre Verdien-

ste anlässlich der Inthronisation eines neuen Kaisers, eines Thron-jubiläums, vor und nach Feldzün-gen oder anderer wichtiger Ereig-nisse ein Multiplum verliehen. Auch befreundete germanische Herrscher konnten mit den kai-serlichen Großmünzen ausge-zeichnet werden.

Die Münze wurde in den Jahren 342/343 in Siscia, heute Sisak/Kroatien, geprägt. Das neun Gramm schwere Multiplum ist ein weltweites Unikat – es existieren keine weiteren Parallelen. Gold-multipla wurden im Gebiet außerhalb der ehemaligen römi-schen Reichsgrenzen bislang nur

äußerst selten gefunden. Im freien Germanien waren sie besondere Statussymbole, mit denen germa-nische Herrscher ihre Macht legiti-mierten.

„Fasst man die bisherigen Indi-zien zusammen, kann als ehemä-liger Eigentümer ein Fürst oder König des sich in der Zeit heraus-bildenden sächsischen Großstam-mes vermutet werden. Es gibt gute Hinweise dafür, dass dieses her-ausgehobene Mitglied der sächsi-schen Elite das Multiplum als Geschenk des Kaisers für Heeres-dienste oder eingehaltene Bünd-nisse verliehen bekommen hat“, erklärt der Stader Kreisarchäolo-gie Daniel Nösler.

Germanische Hilfstruppen sind in der Regierungszeit von Con-stans mehrfach überliefert. „Das Goldmultiplum ist somit aus einer schriftarmen Zeit der frühe-ste archäologische Beleg für die Existenz einer sächsischen Elite in Niedersachsen“, so Nösler.

Helga Schnehagen

Museum Schwedenspeicher, Wasser West 39, 21682 Stade, geöffnet Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr, Sonnabend und Sonntag bis 18 Uhr. Eintritt: 8 Euro. www.museen-stade.de



Hat es bis nach Stade geschafft: Multiplum des Kaisers Constans

Bild: Christa Köhnen/Köln

Schlank gewackelt

Vibrationsplatten sind der neueste Fitnesshit

Die Fitnessindustrie denkt sich ständig neue Foltermethoden aus, mit denen man sich ein paar Gramm Speck abjagen kann. Ganz neu im Trend sind Vibri-tationsplatten, auf denen Schlank-heitsfanatiker jetzt auch in Parks herumwackeln. Die kleinen Wak-

die – wenn sie nicht gerade Frei-luftsport betreiben – im heimi-schen Wohnzimmer angestrengt auf dem Ding balancieren, wäh-rend sie dabei fernsehen.

Solche Vibrationsplatten sparen Zeit und Schweiß und regen die Muskeln bis in die kleinsten Fasern kontrolliert zum Wachstum an. Und nicht nur das: Sie können helfen, den Körper zu straffen, die Wirbelsäule zu stär-ken, die Knochendichte zu erhö-hen, Cellulite zu bekämpfen und mit relativ geringem Aufwand effektiv abzunehmen. Deswegen werden sie auch häufig in der Reha-Therapie eingesetzt.

Das Vibrieren sorgt dafür, dass jede Übung in ihrer Wirkung vervielfacht wird. Vibrationsplatten sind also das ideale Trainingsgerät für alle, die sich nicht bis zur Erschöpfung verausgaben möch-ten oder können, sich aber trotz-dem sichtbare Ergebnisse wün-schen.

Wichtig ist beim Trainieren mit der Vibrationsplatte, dass das Gerät richtig angewendet wird, um die gewünschten Muskelgrup-pen gezielt zu fördern und nicht zu überfordern. Deshalb ist von einem Training ohne Anleitung dringend abzuraten. *tws*



Bild: eastside communications

Stars werben für Vibrations-platten: Die TV-Moderatoren Detlef Soost und Kate Hall

kelbretter kommen eigentlich aus dem Leistungssport, wo sie zum Muskelaufbau und zur Steigerung der Kondition eingesetzt werden. Aber längst haben die prakti-schen Scheiben auch den Weg zu den Hobbysportlern gefunden,

Worüber Medien nicht oder nur verfälscht berichten

Seit 2008 veröffentlicht der Politikwissenschaftler und Enthüllungssautor Gerhard Wisniewski einen Jahresrückblick unter dem Motto „verheimlicht – vertuscht – vergessen“. Nunmehr ist der elfte Band dieser Reihe erschienen, in dem kritisch-unabhängige Geister nachlesen können, „was 2018 nicht in der Zeitung stand“ oder von den Mainstreammedien in völlig verzerrter Weise dargestellt wurde. Und da kommt laut Wisniewski wieder einiges zusammen.

Offensichtlich würden heute immer mehr Menschen fälschlich als „dement“ abgestempelt, weil dies den Ärzten, Pharmafirmen und Pflegeeinrichtungen Milliarden-Gewinne beschere. Es sei überaus fraglich, ob Tesla-Chef Elon Musk tatsächlich sein Auto ins Weltall geschossen habe. Vieles spreche für massive Manipulationen beim SPD-Mitgliederentscheid zur Großen Koalition. Der Giftgasanschlag auf den russischen Überläufer Sergej Skripal und dessen Tochter habe entweder gar nicht stattgefunden oder gehe auf den britischen Geheimdienst zurück – immerhin gebe es Fachleute, die diesem bereits 750 verdeckte Operationen mit biologischen oder chemischen Waffen zuschreiben. Handfeste Beweise deuteten darauf hin, dass westliche Nachrichtendienste alberne, unwissenschaftliche Theorien verbreiten wie die von der angeblich „flachen Erde“, um dann unerwünschte politische Bewegungen damit in Verbindung zu bringen und so zu diskreditieren.

Weil der Verhaltenspsychologe Ireneäus Eibl-Eibesfeldt sich gegen Feminismus und unkontrollierte Massenimmigration ausgesprochen habe, sei das Ablehnen dieses bedeutenden deutschen Wissenschaftlers von den meisten Medien totgeschwiegen worden. Bei Seehofers „Asylkompromissen“ und „Flüchtlingsabkommen“ mit anderen EU-Ländern handele es sich in jedem Falle um Mogelpackungen ersten Ranges. Den NSU-Prozess könne man nur als Farce betrachten, weil die Justiz sämtliche Hinweise auf ausländische Mordschützen ignoriert habe und das NSU-Bekennervideo keinerlei exklusives Täterwissen enthalte. Die UNO verursachten gezielt Migrationsströme, um dadurch mehr Macht und Einfluss zu erlangen und dem Westen zu schaden. Die beiden „Brückeneinstürze“ von Bologna und Genua seien in Wirklichkeit Sprengstoffattentate gewesen, mit denen die neue „rechte“ italienische Regierung habe in Bedrängnis gebracht werden sollen. Im Falle der Messerstecherei von Chemnitz, in deren Verlauf ein Deutscher durch Asylanten-Gewalt zu Tode gekommen sei, was anschließend für diverse Protestdemonstrationen gesorgt habe, könne es nicht mit rechten Dingen zugegangen sein – das schließt Wisniewski aus der eindeutig feststehenden Tatsache, dass das blitzschnell anberaumte große Konzert gegen die „Nazis“ in der sächsi-

schen Stadt schon drei Tage vor dem Mord angekündigt worden war.

All diese Thesen des Autors kommen in den meisten Fällen durchaus gut begründet daher. Vieles von dem, was er schreibt, wirkt deutlich plausibler als die teilweise haarsträubenden Darstellungen in der Mainstreampresse und dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Enthüllungssautor deckt auf

Ansonsten skizziert Wisniewski auch noch aktuelle politisch-gesellschaftliche Trends, welche seiner Meinung nach das Jahr 2018 geprägt haben: Kampf der EU gegen den Nationalstaat bei gleichzeitiger brachialer Durchsetzung des Multikulturalismus; gezielte Entwurzelung, Verdummung und Enteignung der Menschen in Europa; Sabotage gegen Schule und Bildung sowie die Energieversorgung und Wirtschaft in der Bundesrepublik; Verschärfung der Klimawandel-Rhetorik und Propaganda gegen „Rechts“; immer stärkere Herabwürdigung von Männern in Werbung, „Kunst“



Gerhard Wisniewski: „2019. Das andere Jahrbuch. verheimlicht – vertuscht – vergessen. Was 2018 nicht in der Zeitung stand“, Kopp Verlag, Rotenburg 2019, gebunden, 286 Seiten, 14,99 Euro

Nüchterne Analyse eines Diplomaten

Das Sachbuch „Werkstatt Papierflieger“ bietet mit einem prägnanten Überblick über die Entstehung der kleinen Luftakrobaten und einigen Tipps und Tricks zum erfolgreichen Fliegenlassen sowie einem kurzen Basiskurs einen guten Einstieg für alle, die das Hobby „Flieger aus Papier basteln“ gerne vertiefen möchten.

Detaillierte Schritt-für-Schritt-Anleitungen des langjährigen Hobby-Papierflugzeug-Tüftlers Bruno Gerber, die mit farbigem Zeichnungen von Ruth Baur versehen sind, lassen Modelle wie die Schwalbe, den Kolibri und das Spaceshuttle problemlos gelingen. Bei Bedarf gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, die einzelnen Arbeitsschritte als Film auf der Website des AT Verlages nachzuvollziehen.

Zudem sind die verschiedenen Modelle nach Schwierigkeitsgrad gegliedert, sodass man die eigenen Fertigkeiten immer weiter steigern kann. Und selbst, wenn der erste Flug noch nicht gelingt wie erhofft: Übung macht den Meister und lohnt sich bestimmt!

Lydia Wenzel



Bruno Gerber/Ruth Baur: „Werkstatt Papierflieger. Modelle, die perfekt fliegen“, AT Verlag, Aarau und München 2014, gebunden, 119 Seiten, 22,90 Euro

Deutschland dürfe sich vor den großen Problemen der internationalen Politik nicht länger drücken: „Auf unser Land werden in den nächsten Jahren noch größere außenpolitische Herausforderungen zukommen, auf die wir bislang nur unzureichend vorbereitet sind.“ Was zugegebenermaßen schwierig sei, denn „auf alle diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten“. Der so eindringlich seinen Landsleuten ins Gewissen redet, ist der frühere Chefdiplomate des Auswärtigen Amtes, Wolfgang Ischinger. Er hatte unter den Außenministern Genscher und Kinkel hohe Positionen im Auswärtigen Amt und die wichtigsten Botschaften der Bundesrepublik in Washington und London inne. Seit 2008 leitet er die Münchner Sicherheitskonferenz, zu der inzwischen alljährlich im Februar Staatsmänner, Militärs und Wissenschaftler aus aller Welt anreisen.

Einem aufmerksamen Zeitungsleser mag Ischingers Buch so viel Neues gar nicht sagen. Aber es besticht durch seine nüchterne und klare Analyse aller drängenden internationalen Probleme und durch eine alle denkbaren Möglichkeiten abwägende Schlussfolgerung. Dabei spannt er den Bogen von den europäisch-amerikanischen Beziehungen über Putins Russland bis zu den Konflikten in Nahost. Weiter diskutiert er die wohlgemeinte Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen“ (die er für unrealistisch hält), die Zukunft der Vereinten Nationen sowie Herausforderungen und Chancen einer Außenpolitik im 21. Jahrhundert.

Ischinger braucht sich keine diplomatische Zurückhaltung mehr auferlegen. Sein Urteil über die Person und Politik von Präsident Trump fällt vernichtend aus, gleichwohl: Die Partnerschaft mit den USA sei für Deutschland „unverzichtbar“. Putin, so bedauert er, habe eindeutig das europäische

Haus verlassen, gleichwohl müsse alles getan werden, um die Gegnerschaft nicht weiter zu vertiefen. Syrien, so sagt er, sei ein „Schandfleck in der Geschichte der EU-Außenpolitik, ein Schandfleck der Unfähigkeit“. Der verbreitete Ruf (auch bei Politikern) „Assad muss weg“ ist aus seiner Sicht verantwortungslose Politik.

Von Verhandlungen solle man sich nie zu viel versprechen: „In der Außenpolitik hat man manchmal nur schlechte Handlungsoptionen: schlecht, wirklich schlecht und furchtbar schlecht.“ Manchmal müsse man schon mit ersterer zufrieden sein. Der Bundesrepublik schreibt Ischinger sechs Aufgaben ins Stammbuch: Europa handlungsfähig halten; notfalls seine Finanzzuwendungen erhöhen; eine Strategie für internationale Fragen entwickeln; Partnerschaften pflegen („Amerika, das ist mehr als Trump“), ebenso die Beziehungen zu Russland; Vertrauen in

Deutschland und seine Politik halten und aufbauen.

Es ist keine heitere Lektüre, aber das will Ischinger auch nicht. Er will zu Entschlossenheit und Selbstvertrauen anregen. Vielleicht hat er gemerkt, dass sein Fazit zu düster ist, denn unverhofft lässt er auch Optimismus anklingen. Nehme man von der Tagesakualität einmal Abstand, biete sich ein ganz anderes Bild: Eine Menschheit, „die immer friedlicher, aber auch gesünder und reicher geworden ist“. Er zitiert Statistiken, denen zufolge die Opferzahlen aus Kriegen seit 1945 „deutlich“ zurückge-



Wolfgang Ischinger: „Welt in Gefahr. Deutschland und Europa in unsicheren Zeiten“. Econ Verlag, Berlin 2018, gebunden, 298 Seiten, 24 Euro

Leben und Wirken im Exil

Der syrisch-deutsche Erfolgsautor Rafik Schami setzt sich in seinem neuen Buch „Ich wollte nur Geschichten erzählen“ mit dem Leben und Schreiben in der Emigration auseinander. Für ihn, der wegen des Baath-Regimes und der Zensur in Syrien 1971 nach Deutschland auswanderte, stand früh fest, dass er erzählen und seinen gut bezahlten Job als Chemiker dafür aufgeben wollte.

Wie er es schaffte, als Autor auf Deutsch Erfolg zu

haben, Anfeindungen und Neid, aber auch der Dummheit einiger Linker zu trotzen, schildert er in kurzweiligen Episoden. MRK



Rafik Schami: „Ich wollte nur Geschichten erzählen. Mosaik der Fremde“, dtv, München 2019, broschiert, 170 Seiten, 10,90 Euro

Märchen braucht jeder

Hänsel und Gretel, Aschenputtel, Das tapfere Schneiderlein, Rotkäppchen, Dornröschen, Rumpelstilzchen und Die Bremer Stadtmusikanten. Das ist nicht nur eine Auflistung der gängigsten deutschen Märchen, sondern auch das Inhaltsverzeichnis des neuen Märchenbuches aus dem Diogenes Verlag „Das kleine Märchenbuch. Sieben Märchen der Gebrüder Grimm. Mit Illustrationen von Tatjana Hauptmann“. Bis auf „Hänsel und Gretel“ weisen alle Märchen eine große Farbillustration auf, fast jede Seite ist mit Schwarz-Weiß-Zeichnungen von Tatjana Hauptmann verziert. Hauptmann zeichnete nach ihrer Grafiklehre in Wiesbaden die bekannten Mainzelmännchen und in dem vorliegenden

Buch die bekannten Märchenszenen. Hauptmanns Bösewichte wie Hexe, Rumpelstilzchen und Co. sehen wirklich zum Fürchten aus, sodass Kinder sich vielleicht mehr ängstigen als nötig. Hingegen sind die wallenden Stoffe und die vielen Details eine wahre Freude.

Der Text orientiert sich an der Grimmschen und nicht an der Bechstein-Fassung, so heißt der Spruch der Hänsel- und Gretel-Hexe „Knupper, knupper, kneischen“ und nicht „knusper, knusper, Knäuschen“, wo-

designs ihre Strahlkraft ausübt, in nichts nach.

Nach einem Einstieg in den geschichtlichen Entwicklungsprozess des Bauhauses von seiner Gründung bis in die heutige Zeit gliedert sich das Buch in Themen, wie „Leben und Alltag“, „Persönlichkeiten am Bauhaus“, „Propädeutischer Unterricht“, „Werkstätten“, „Theorie“ und endet mit dem Kapitel „Dokumentation“, das mit einer solchen Fülle an Informationen aufwarten kann, dass allein dieser Abschnitt zu einem eigenen Werk gereicht hätte. Die 800 Abbildungen bereichern den Lesegenuss.

Verschiedene fachlich kompetente Autoren äußern sich zu allen Themen rund ums Bauhaus und geben gut verständlich einen Einblick und Einstieg in diese Kunstschule und darüber hinaus.

Kein Werk, das man mal nebenbei anschaut. Das Buch fordert geradezu dazu auf, sich intensiv mit der Materie zu befassen. Nicht nur vom Umfang her ein Meisterwerk.

Silvia Friedrich



Jeannine Fiedler/Peter Feierabend (Hrsg.): „Bauhaus“, h.f. ullmann medien, gebunden, 640 Seiten, 49,90 Euro



Christian Roedig
Theater im fernen Norden
Memels Schauspielhaus zwischen Preußen, Deutschem Reich und litauischer Republik
Eine Theatergeschichte, wie sie wechselhafter kaum sein könnte, entfaltet sich in Christian Roedigs Darstellung der Entwicklung des 1860 eröffneten Schauspielhauses in Memel (Klaipėda). Den Leser erwarten lebendige Schilderungen des Hauses in unterschiedlichsten politischen Verhältnissen: bis 1918 unter dem preußischen König und deutschen Kaiser, während der französischen Besatzung, in der Republik Litauen und schließlich im Dritten Reich. Der Band dokumentiert nicht nur die Geschichte des Hauses, die Intendanz und die Spielpläne, sondern auch den Inhalt vieler heute längst vergessener Stücke sowie die Biografien des oft hervorragenden Bühnenpersonals. Die Abhängigkeiten von den wechselnden Staatsführungen spiegeln sich im Theaterleben ebenso wie die vorurteilsfreien Beziehungen der Künstler untereinander. Die Dokumentation ist ein wertvoller Beitrag zum deutsch-litauischen Dialog über unsere gemeinsame Geschichte. 268 Seiten
Nr. P A1343 Gebunden 34,95 €



Die große Liedertruhe
SCHÖNE ALTE UND NEUE VOLKSIEDER
Mit Illustrationen von Egbert Herfurth
Horst Seeger/Egbert Herfurth (Illustrator)
Die große Liedertruhe
Schöne alte und neue Volkslieder
Die „Liedertruhe“ ist ein Fundus voll großer Gefühle und Heimatverbundenheit. Sie enthält über 220 der schönsten und bekanntesten deutschen Volkslieder. Mit Noten und vierfarbig illustriert. Volkslieder lassen die Jahreszeiten erklingen und führen uns durch die Natur. Sie berichten von Liebe und Freundschaft, Abschied und Sehnsucht. Und sie begleiten uns durch die festlichen Stunden des Jahres. Mit sämtlichen Noten und den farbigen Illustrationen von Egbert Herfurth ist dieser Klassiker unter den Liederbüchern ein wahrer Schatz für Groß und Klein, der zum Blättern und Mitsingen einlädt! 288 Seiten
Nr. P A1247 Gebunden 9,95 €



Ulla Lachauer
Der Akazienkavalier
Von Menschen und Gärten
Mein Garten, das war der Matsch nach dem Regen und ein Versteck an der Hecke, das nur mir gehörte. Ich liebte die Wochen um Fronleichnam, wenn alles wie verrückt blühte, Gravensteiner Äpfel, den modrigen Duft der Champignons, die Vater im Gartenhaus züchtete, Kartoffelfeuer, das verwilderte Gebüsch am Wäscheplatz. Ich liebte ganz besonders die Minuten nach dem Ruf „Jetzt aber ins Bett!“ An warmen Sommerabenden konnte man fürs Federballspiel oft noch eine halbe Stunde rausschinden. Noch heute könnte ich alles aufzeichnen, er ist wie eine innere Landkarte. Ulla Lachauer besuchte Gärten in ganz Deutschland, in Paris, der Costa del Sol, auf der Kurischen Nehrung und in der Vergangenheit des alten Ostpreußen. 272 Seiten
Nr. P A0156 Taschenbuch 8,99 €



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Im Ermland, Oberland, und Masuren.
Laufzeit: 60 Minuten
DVD
Nr. P A0351 5,95 €



Johannes Thiele
Rote Kirschen ess ich gern
Das allerschönste Kinderbuch
Können Sie noch Gedichte wie „Das Schlaraffenland“ oder „Die komischen Heinzelmännchen“ von August Kopisch aufsagen? Erinnern Sie sich an die Kinderlieder von damals, die Ihnen vorgesungen wurden und die Sie dann selbst gesungen haben, an „Maikäfer flieg“ und „Weißt du, wieviel Sternlein stehn“? Rote Kirschen ess ich gern ist ein fabelhaftes Hausbuch für Kinder und Erwachsene und ein Schatz für Jung und Alt. Eine unvergessliche Reise in die Kindheit mit all den Facetten, wie ein Kaleidoskop sie zeigt, das der Großvater aus ein paar bunten Glassplittern gebaut hat. In dieser Vollständigkeit und Anschaulichkeit darf es als einmalig bezeichnet werden. Dieses wunderschön nostalgisch gestaltete Buch verführt Sie zu einer Entdeckungsreise in die wunderbare Kinderwelt von damals. In dieser einmaligen Sammlung findet man alles, was die Tradition den Kindern manchmal über Jahrhunderte hinweg vermittelt hat. 360 Seiten
Nr. P A1223 Gebunden 24,00 €



Maria Sibylla Merian
Klappkarten
Die liebevollen und detailgetreuen Naturmotive der Naturforscherin und Künstlerin Maria Sibylla Merian sind weltweit bekannt. Ihr Todestag jährt sich in diesem Jahr zum 300. Mal. Schon mit 11 Jahren war Maria Sibylla Merian in der Lage, Kupferstiche herzustellen; bald übertraf sie in dieser Technik ihren Lehrer und entwickelte einen persönlichen Malstil. Ihre Blumenbilder ergänzte sie nach dem Vorbild der Utrechter Malerschule mit kleinen Schmetterlingen und Käfern. In diesem Set finden Sie ihre schönsten Kunstwerke zusammen mit poetischen und ermutigenden Zitaten berühmter Persönlichkeiten. 8 Klappkarten sind in der Schachtel enthalten.
Nr. P A1124 Klappkarten 7,95 €



Weise gehen in den Garten
Lebensweisheiten von Busch bis Ringelblatz
Er muss es gewusst haben, Johann Wolfgang von Goethe, der Dichter, Naturwissenschaftler, Genussmensch. Und so schwärmte er wie viele andere weise Männer und Frauen beim Anblick von duftenden Blumen und prallen Früchten, von summenden Insekten und rauschenden Baumkronen – ob im Gärthen vor dem Haus oder in freier Natur. Dieses Büchlein sei ein Beweis und mit seinen kunstvoll kolorierten Kupferstichen zugleich eine Liebeserklärung an Mutter Natur, ein Geschenk für Weise! 60 Seiten
Nr. P A1313 Gebunden 9,95 €



Elisabeth Bangert
Blechkuchen ohne Schnickschnack (80 Seiten im Großformat)
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Küche“
Blechkuchen sind das pure Kuchenglück – frisch aus dem Ofen und verführerisch duftend! Die schönsten Rezepte aus Omas Backstube sind gefragt wie eh und je: Mit Rhabarberkuchen, Apfel-Rahmkuchen oder Johannisbeerbaiser bringen Sie das Gefühl von früher auf die Kaffeetafel. Alle Rezepte sind leicht verständlich erklärt und einfach nachzubacken. Ein umfangreicher Ratgeber informiert über die verschiedenen Teigsorten, die wichtigsten Zutaten und die benötigten Backutensilien.
Nr. P A1016 Gebunden 6,00 €



Elisabeth Bangert
Gugelhupf ohne Schnickschnack (80 Seiten im Großformat)
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Küche“
Der Gugelhupf ist ein Kuchenklassiker, der trotz seiner Schlichtheit eine Vielfalt an köstlichen Variationen ermöglicht. Mit diesem Band aus der beliebten Schnickschnack-Serie kann man ihn neu entdecken. Die Rezepte sind genau erklärt und einfach nachzubacken.
Nr. P A1392 Gebunden 6,00 €



Stefan Pompetzki
Baltische Staaten
Litauen – Lettland – Estland
Der Zauber des Baltikums – unberührte Wälder, endlose Ostseestrände, malerisch gelegene Seen. Litauen, Lettland, Estland – das Baltikum. Unbekannt, spannend, abwechslungsreich, geschichtlich wechselvoll und manchmal erschütternd. Freundliche, bescheidene Menschen und – Ruhe. Der soeben erschienene, reichhaltig und brillant illustrierte Bildband von Stefan Pompetzki entführt in die faszinierende Welt der drei Baltischen Staaten. 244 Abbildungen auf 192 Seiten im Großbildbandformat.
Nr. P 534877 Gebunden 29,95 €



Harald Rockstuhl
Atlas Memelland 1941 – Landkarte Stadt- und Landkreis Memel
Historische Karten Ostpreußen
Reprint von 1941 des Zusammendruckes aus den Karten des Deutschen Reiches 1:100 000. Herausgegeben vom Reichsamt für Landesaufnahme Berlin. Mit Messtischblatt-Begrenzungen und Messtischblatt-Nummern. In 2 Farben gedruckt. 56 Seiten
Nr. P A1340 Kartoniert 19,95 €



Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Königsberg in Preußen mit Samland 1928
Historische Karten Ostpreußen
Reprint von 1928 des Zusammendruckes aus den Karten des Deutschen Reiches 1:100 000. Hrsg. vom Reichsamt für Landesaufnahme Berlin. Mit Messtischblatt-Begrenzungen und Messtischblatt-Nummern. In 4 Farben gedruckt. 48 Seiten.
Nr. P A1341 Kartoniert 19,95 €



Christine Brückner (947 Seiten)
Jauche und Levkoyen/ Nigendwo ist Poenichen/ Die Quints
Die Poenichen-Triologie
Nr. P 7951 16,00 €



Aus dem Land der Wichtel
Backbuch (Format 27 x 21 cm)
Die Eule Hieronymus und die lustigen Wichtel zeigen in ihrer Backstube, wie die leckersten Kuchen, Torten und Muffins gebacken werden. Ein tolles Backbuch für Kinder, das Spaß macht. Die Rezepte sind leicht verständlich, sodass sie ein Kind mit Hilfe eines Erwachsenen umsetzen kann. Mit Geschichten aus dem Land der Wichtel und vielen farbigen Fotos. 64 Seiten
Nr. P A1322 Gebunden 7,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Stromversorgung
akut gefährdet

Berlin – Wegen Strommangels im deutschen Netz ist es im Juni mehrfach zu chaotischen Zuständen gekommen, so die vier Netzbetreiber auf Anfrage der „Frankfurter Allgemeinen“. Die Lage sei sehr angespannt gewesen und konnte nur mit Hilfe der europäischen Nachbarn unter Kontrolle gebracht werden. Unklar blieb laut der Zeitung, wie nahe Deutschland am Blackout gestanden habe. Infolge der „Energiewende“ steht die deutsche Stromversorgung immer öfter am Rande des Zusammenbruchs. *H.H.*

»Leute wollen
keine E-Autos«

München – Es gebe „keine Kundenwünsche nach batterie-elektrischen Autos, keine“, sagte BMW-Entwicklungsvorstand Klaus Fröhlich laut dem Magazin „Forbes“ im Rahmen eines Pressegesprächs. E-Autos würden nur aufgrund staatlicher Fördermittel verkauft. Ansonsten würden die „Europäer diese Dinger nicht kaufen“, so Fröhlich. *H.H.*

ZUR PERSON

Ikone aller
Asylsucherhelfer

Der linke Zeitgeist schnitzt sich seine Vorbilder. Jung müssen sie sein – und weiblich, alles andere eben als „Alte weiße Männer“, die eine Feministin in einem Buch für alles Elend dieser Welt pauschal verantwortlich macht. So hat man Greta Thunberg zur Heldin aller Umweltaktivisten geformt, und für die Freunde der Willkommenskultur ist es jetzt **Carola Rackete**.

Die 31-jährige „Kapitänin“ – seemännisch korrekt müsste es „weiblicher Kapitän“ heißen – ist der neue Liebling des deutschen Mainstreams in Politik, Medien und Kirche. Sie wird dafür gefeiert, vor der libyschen Küste 53 Afrikaner aus deren Schlauchboot auf ein Schiff des selbsternannten Berliner Flüchtlingshilfevereins „Sea-Watch“ gebracht zu haben und mit ihnen nach einer 16-tägigen Odyssee im Mittelmeer zur italienischen Insel Lampedusa gefahren zu sein, obwohl der Hafen für sie gesperrt war.

Seitdem steht die aus Preetz bei Kiel stammende und in Hambühren bei Celler aufgewachsene Tochter eines Oberstleutnants der Bundeswehr unter Hausarrest und wird von ihren Anhängern wie eine Märtyrerin gefeiert. Vor allem auch deshalb, weil sie sich einer Anweisung von Italiens konservativem Innenminister Matteo Salvini widersetzt hat.

Dass sie mit Tripolis einen näheren Hafen hätte ansteuern können, ficht die in der Elstflether Jade-Hochschule in Nautik ausgebildete Rackete nicht an. Ebenso wenig die Kritik von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, dass sie sich zur Helfershelferin von Schleusern macht. Mit ihrer Lampedusa-Aktion hat sie auch viel mehr Aufmerksamkeit für den „Sea-Watch“-Verein erzielen können, als wenn sie Rotterdam – das Schiff fuhr unter niederländischer Flagge – angelaufen hätte. Als Nautischer Offizier, unter anderem auf Greenpeace-Schiffen, weiß sie, wie man sich kampagnenwirksam zur Heldin kürt.

H. Tews



Wahrlich historisch

Warum die Deutschen weg sind, wie wir Feinde gewinnen und Einfluss verlieren, und wie Syrer unter der deutschen Hitze leiden / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Manchmal wundert man sich, worüber sich die Leute so alles wundern. So gaben sich viele Kommentatoren ganz erstaunt, dass es Kanzlerin Merkel nicht gelungen sei, den CSU-Politiker Manfred Weber als Präsidenten der EU-Kommission durchzusetzen. Die Wahrheit ist: Seit Merkel die deutsche Regierung führt, ist nie mehr ein Deutscher auf einen internationalen Spitzenposten gelangt. Wenn jetzt tatsächlich Ursula von der Leyen EU-Kommissionspräsidentin werden sollte, wäre dies nicht Merkels Plan entsprungen, sondern die Idee des Polen Donald Tusk gewesen, der vor seiner Zeit als Bundespräsident dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vor-saß. Dahin allerdings hatte ihn Gerhard Schröder gehievt. Dann kam Merkel, und mit ihr bislang kein einziger Deutscher mehr auf irgendeine wichtige Position. Bemerkenswert, wo Deutschland die größte Volkswirtschaft und Nation der EU ist. Der Publizist Gabor Steingart meint, Merkel glaube offenbar, dass man „dem deutschen Interesse am besten dadurch dient, dass man es nicht durchsetzt“, womit die Kanzlerin unser Land zur „unsichtbaren Nation“ gemacht habe.

Deutschland „unsichtbar“? Das ist ungerecht. Die Kanzlerin hat unser Land nämlich sehr wohl ins Rampenlicht gerückt, und wie! Sie hat die Partner im europäischen Energieverbund mit ihrer unabgesprochenen „Energiewende“ brüskiert. Sie hat die EU-Außengrenzen eingerissen, und ihre Anhänger beschimpfen seitdem jeden, der diese Grenzen zu reparieren versucht, von Ungarn bis Italien. Merkel hat den US-Präsidenten gleich nach dessen Wahl streng und öffentlich zur Einhaltung „unserer Werte“ ermahnt. Ein diplomatisch einmaliger Vorgang, der jenseits des Atlantiks allerhand Wellen (der Ent-rüstung) geschlagen hat.

Sie hat es sogar geschafft, den Südeuropäern während der Euro-Krise mit deutschen Milliarden

unter die Arme zu greifen und sie gleichzeitig (!) so sehr gegen Deutschland aufzubringen, wie wir es teilweise noch nie erlebt haben – etwa bei den traditionell deutschfreundlichen Spaniern.

Also, das ist doch was! Unsichtbar? Quatsch. Durch Merkels Politik ist Deutschland in den Medien der Welt so allgegenwärtig wie die Grippegefahr im Winter. Und genauso beliebt. „Merkels bittere Brüssel-Blamage: Europa rächt sich an der Kanzlerin“, titelt die „Bild“. Rächen? Wofür nur? Ob ihr die Deutschen das übelnehmen? Kaum, die Staatsmedien stellen sicher, dass unsere Bewunderung für die Kanzlerin keine Blessuren erleidet. Außerdem weiß Merkel, wie man es anstellt, dass alles um einen herum in Trümmer fällt, ohne selbst einen Kratzer abzubekommen.

Gegenüber besagter Boulevard-Zeitung hat ein „hochrangiger CDU-Mann“ gegif-tet: „Sie (Merkel) wird schon dafür sorgen, dass sie aus der Sache (dem Scheitern von Unionskandidat Weber) möglichst unbeschadet herauskommt. Denn für sie sind die drei wichtigsten Buchstaben nicht CDU, sondern: ICH.“ Dass die „wichtigsten Buchstaben“ eigentlich elf an der Zahl sein sollten, die zusammengesetzt „Deutschland“ ergeben, darauf ist der „hochrangige CDU-Mann“ nicht gekommen. Was soll's?

Um den begehrten „Platz in den Geschichtsbüchern“ muss unsere ewige Regierungschefin nicht bangen, denn ihr Werk erstrahlt in historischer Einmaligkeit. Normalerweise ist es ja so: Neid, Argwohn, ja Wut bei den Nachbarn kann es erregen, wenn eine Regierung ihr Land immer stärker macht und eine internationale Position nach der anderen erobert. Macht eine Führung ihr Land dagegen schwächer, indem es die Grundlagen seines Reichtums untergräbt („Energiewende“, Krieg gegen die Auto-Industrie), ihm immer neue Lasten aufbürdet (Euro-Rettung, Grenzöffnung) und es auch noch verkommen lässt (Verfall von Schulen, Infrastruktur

und so weiter), dann quittieren die Nachbarn das eher mit Häme, schlimmstenfalls sogar Mitleid. Die politische Führung Deutschlands hat nun das Undenkbare möglich gemacht: Während sie Deutschland konsequent, umfassend und nachhaltig schwächt, bringt sie die Nachbarn immer heftiger gegen uns auf – ein noch nie gesehenes Kunststück der Weltpolitik! Wahrlich historisch.

Damit der Schmerz bei den Partnern nicht nachlässt, muss die Dosis an Provokation und Beleidigung stetig erhöht werden. SPD-Außenminister Heiko Maas donnert auf Facebook wegen der Festsetzung der „Sea-Watch-3-Kapitänin“ durch die italienischen Behörden: „Aus unserer Sicht kann am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens nur die Freilassung von Carola Rackete stehen. Das wer-

den ich Italien nochmal deutlich machen.“ Der bekannte Blogger Don Alphonso ringt nach Luft: „So stelle ich mir den Sommer 1914 vor. Er (Maas) sagt nicht: Dem italienischen Botschafter oder unseren Gesprächspartnern. Er sagt nicht: Dem Außenminister Enzo Milanesi. Er sagt nicht: Dem Justizminister Alfonso Bonafede. Er sagt: Italien. Das Land. Das Volk. Maas ist amtsuntauglich.“

Amtsuntauglich? Das kommt darauf an, was man vorhat. Wenn es ihnen darum geht, nicht nur Deutschland in die Grütze zu fahren, sondern zugleich auch die EU tödlich zu verwunden, dann halten der Außenminister wie die Kanzlerin wacker Kurs. Erinnern wir uns: Jahrelang schien es sicher zu sein, dass die Briten den Brexit ablehnen würden. Erst Merkels Grenzöffnung 2015 hat laut Meinungsforschern die (knappen) Mehrheitsverhältnisse kippen lassen.

Jetzt sitzen wir mit Süd- und Osteuropäern beinahe allein im Boot. Was liegt da näher, als sich nunmehr auf die verbliebenen Restpartner so richtig einzuschließen, wie es „Chefdiplomat“ Maas fulminant vorführt. Zumal die ig-

noranten Italiener offenkundig nicht kapieren wollen, wie Vorfälle à la Lampedusa neuerdings zu handhaben sind.

Bei denen läuft das so: Bricht jemand widerrechtlich in ihr Gebiet ein und zerquetscht dabei fast ein Patrouillenboot, dann wird er festgesetzt, vor Gericht gestellt und möglicherweise verurteilt. „Rechtsstaat“ nennen sie dieses merkwürdige Prozedere.

„Rechtsstaat“ ist eine dieser rechtspopulistischen Hetzvokabeln, mit denen dunkle Gestalten auch hierzulande den Hass schüren und die Gesellschaft spalten. Aber bei uns kommen sie damit nicht durch. Unsere Führung steht nämlich nicht nur über dem Recht, sie hat neuerdings sogar die Mathematik besiegt.

Beweis: Neulich hat ein Oppositionsparlamentarier die Beschlussfähigkeit des Bundestages angezweifelt. Damit die gegeben ist, muss mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Saal sein. Es waren aber nur rund 100 von 709. Macht nichts: Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth stellte fest, dass 100 mehr als die Hälfte von 709 und die Beschlussfähigkeit damit gegeben ist. Basta.

So leuchtet der Bundestag als authentisches Spiegelbild von Deutschland im Jahre 2019. Warum sollten im Parlament denn noch die Regeln und Gesetze gelten, wenn sich draußen das Land so „drastisch verändert“, wie es Katrin Göring-Eckardt schon 2015 voller Freude vorhergesagt hat.

Diese Veränderung bringt es mit sich, dass die Befolgung von Recht und Regeln zur Glücks- oder Verhandlungssache wird, was dann beispielsweise so aussieht: Täglich machen Meldungen die Runde über Ausschreitungen in Freibädern, wo „Gruppen“ oder „junge Männer“ (deren Herkunft möglichst unerwähnt bleibt und deren Hiersein natürlich nichts mit der Grenzöffnung seit 2015 zu tun hat) prügeln, messern, provozieren, beleidigen und Ähnliches, ohne dafür bestraft zu werden.

In Düsseldorf erklärte ein Polizeisprecher die Eskalation mit dem Wetter. Die große Hitze habe den „jungen Männern“ zugesetzt. Klar, an Temperaturen über 30 Grad müssen sich Algerier, Iraner oder Syrer halt erst gewöhnen.

MEINUNGEN

Nils Heisterhagen, Sozialdemokrat und Autor des Buches „Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen“, wundert sich im „Cicero“ (26. Juni) über die **krass einseitige Auslegung des Wortes „Vielfalt“**:

„Allerdings sind jene, die für die Akzeptanz der Vielfalt werben, oft so eindimensional, dass sie schon deutlich normativ werden und implizit andeuten: Nur die Vielfalt, die wir meinen. Aber Vielfalt, das heißt eben nicht nur arm und reich, akademisch gebildet und Hauptschulabschluss, Atheist und Kirchengänger, sondern es heißt auch: Refugees Welcome und Migrationskritiker, Elektroauto-Enthusiast und Dieselliebhaber, Veganer und Fleischesser, feministische Männer und Machos, Feministinnen und konservative Hausfrauen.“

Hinter der immer hysterischer werdenden **Hexenjagd „gegen Rechts“** sieht **Thorsten Hinz** in der „Jungen Freiheit“ (28. Juni) die **Verzweiflung der Etablierten** aufblitzen:

„Die sich als Verteidiger der Demokratie aufspielen, unternehmen in Wahrheit alles, um die freie, faire, öffentliche Meinungs- und Mehrheitsbildung zu blockieren ... Das sind Zeichen akuter Panik im politisch-medialen Komplex ... Im Angesicht dessen, was sie angerichtet haben, sind die etablierten Politiker und Medienvertreter außerstande, sich rational, argumentativ, kurzum: im echt demokratischen Sinne zu legitimieren.“

Zu den Protesten aus Deutschland gegen das Vorgehen der italienischen Behörden im Fall „**Sea-Watch 3**“ bemerkt **Peter Rásonyi** in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (1. Juli):

„Es ist erstaunlich, wie leichtfertig deutsche Prominente, Politiker und selbst der Bundespräsident übersehen, dass auch Italien ein Rechtsstaat ist, der legitimerweise seine Migrationspolitik selbst definiert, seine Grenze schützt und seine Gesetze durchzusetzen versucht.“

Marco Gallina sieht hinter den wütenden deutschen Ausfällen gegen Italien nach den Vorfällen von **Lampedusa** (siehe Seite 1) ganz andere Motive als Humanität. Auf „**Freie Welt.net**“ (1. Juli) schreibt er:

„Wenn die deutschgrüne Bewegung demnach von ‚Menschlichkeit‘ spricht, handelt es sich in Wirklichkeit um Hass. Hass auf die italienische Regierung und ihren Innenminister, der alles Verachtenswerte, ‚Rechte‘ symbolisiert. Hass auf den gemeinen Italiener, der sich von Salvini hat verführen lassen.“

Die Zeichnerin **Franziska Becker**, die seit 1977 für die feministische Zeitschrift „Emma“ arbeitet, antwortet im „Spiegel“ (29. Juni) auf Vorwürfe, ihre islamkritischen **Karikaturen seien „rassistisch“**:

„Islamisten sind weltweit eine mächtige Kraft, die mittlerweile auch in viele westliche Staaten vorgedrungen ist ... Religion an sich interessiert mich nicht, meine Kritik richtet sich gegen den Missbrauch der Religion ... Ich stelle die Frage, was in Deutschland los wäre, wenn der politische Islam sich hier weiter ausbreiten würde. Der Islamismus ist eine faschistische Ideologie.“